Morgenausgabe

Nr. 247 / A 125 — 46. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
30. Mai 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Am Vorabend der Wahlen

Sachlichkeit und Fair Play.

Von Egon Wertheimer.

London, 27. Mai 1929.

Wenn nicht in allerletzter Minute der Versuch gemacht werden sollte, nach dem Muster von 1924 die sachlichen Fragen zu verschleiern und die Entscheidung im Zeichen eines gefühlsmäßigen Impulses herbeizuführen, werden die Wahlen vom Mai 1929 dadurch denkwürdig bleiben, daß sie von Anfang an im Zeichen der vollen Sachlichkeit und des gegenseitigen Fair Plays geführt worden sind. Im Vordergrund der Agitation der Parteien stand vom ersten Tage an die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und mit einem großen Abstand hierzu das Problem des Weltfriedens. Alle übrigen innerpolitischen und außenpolitischen Fragen spielten daneben nur eine untergeordnete Rolle. Die Wählerschaft schien, unabhängig von ihrer sozialen Schichtung, an allen übrigen Fragen nicht interessiert zu sein und im Zeichen dieser beiden Probleme die Entscheidung für und gegen die drei Parteien zu treffen.

Sämtliche Zeitungen und Redner der Parteien haben übereinstimmend festgestellt, daß der Wahlkampf mit einer Ruhe und Sachlichkeit geführt worden ist, wie ihn das politische Leben Großbritanniens seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet hat. Der Grund hierfür ist in der allgemeinen Ueberzeugung zu suchen, daß sämtliche drei großen Parteien — die Kommunisten kommen als politischer Faktor nicht in Betracht — ernsthaft gewillt und bestrebt sind, dem Uebel der Arbeitslosigkeit auf ihre besondere Weise beizukommen. Wozu noch hinzutritt, daß die demütigenden Erfahrungen mit den Panikwahlen des Jahres 1924 eine ständige Warnung vor Gefühlsentscheidungen darstellen, die sich Zeitungen und Wähler voll und ganz zu Herzen genommen zu haben scheinen. Die Folge dieser Sachlichkeit ist eine äußere Ruhe, ja Apathie, die auf den außenstehenden Beobachter den Eindruck erweckt, als sei sich die britische Wählerschaft des ungeheuren Ernstes und der welthistorischen Perspektiven ihrer Entscheidung am 30. Mai überhaupt nur ungenügend bewußt.

Unter diesen Umständen ist es schwieriger als jemals zuvor, dem Ausgang der kommenden Wahlen irgendwelche Prognosen zu stellen; dies um so mehr, als zwei große X in der politischen Gleichung jede Voraussage zuschanden machen: die unbekannte Haltung der 5,5 Millionen neuen weiblichen Wähler und der spielerhafte Charakter des britischen Wahlsystems, das unter dem Dreiparteiensystem Sitz und Stimme im Parlament wahlloser verteilt als jemals zuvor.

Ist es also unmöglich, das Ergebnis der kommenden Wahlen auch nur annähernd in parlamentarischen Sitzen vorauszusagen, so ist doch eine allgemeine Charakteristik der Stellung der Wählerschaft zu den drei Parteien, wie sie sich aus der Presse, aus den Eindrücken von Wahlversammlungen und hunderterlei persönlichen Beobachtungen ergibt, nicht unmöglich.

Die Konservativen.

Die Konservativen haben im Wahlkampf 1924 das Feld beherrscht, und diese allgemeine Stimmung der Wählerschaft ist in den letzten Tagen des damaligen Wahlkampfes noch durch skrupellose parteipolitische Ausbeutung des gefälschten Sinowjew-Briefes gesteigert worden. Seither haben die Konservativen viereinhalb Jahre regiert, und die Wähler von damals sind tief ernüchtert. Ein Teil derjenigen, die damals in der Panik konservativ stimmten, hat heute das Gefühl, im Jahre 1924 einem Trick zum Opfer gefallen zu sein; ein anderer Teil der Wählerschaft ist der Politik des Fortwurstelns, die unter dem Schlagwort „Safety First" (vor allem Sicherheit) zu einer Tugend gemacht wurde, satt und wünscht irgendeine energische, konstruktive Politik. Dem steht allerdings auf der anderen Seite der Ruf der Konservativen Partei als einer guten Treuhänderin der Geschäfte der Nation, das natürliche Beharrungsvermögen weiter bürgerlicher Kreise und vor allem die unbezweifelbare persönliche Popularität Stanley Baldwins als Aktivposten gegenüber. Alles in allem genommen, dürfte man daher mit der Behauptung nicht fehlgehen, daß die Konservativen bei den kommenden Wahlen auf ihre unmittelbare Anhängerschaft plus einem vollen prozentualen Anteil an den neuen weiblichen Wählern zurückfallen werden. Praktisch bedeutet das den Verlust aller jener unpolitischen Wählerschichten, die — eine amorphe Masse — zwischen den verschiedenen politischen Parteien schwimmen, sich erst spät entscheiden, um dann allerdings weitgehend den Ausgang der Wahlen zu entscheiden.

Die Liberalen.

Die Liberale Partei hat im Jahre 1924 infolge der Zersetzung ihrer Organisation und der tiefen inneren Meinungsverschiedenheiten, die sich an den Kampf Asquith gegen Lloyd George knüpften, eine vernichtende Niederlage erlitten. Seither ist die liberale Parteimaschine mit Hilfe von Lloyd Georges dunklem Korruptionsfonds durch Sir Herbert Samuel wieder musterhaft reorganisiert worden. Der Tod Herbert Asquiths (Lord Oxford) hat überdies Lloyd George zum unbestrittenen Führer der Partei gemacht. Lloyd George hat diese seine neueroberte Führerstellung ausgezeichnet zu nutzen gewußt; sein untrüglicher politischer Instinkt hat ihm gesagt, daß die Liberale Partei einen zündenden Wahlruf brauche, und er hat, unter Ausnutzung der allgemeinen Besorgnis über die Stabilität der Millionenerwerbslosigkeit, mit seinem Wahlversprechen die Initiative im gegenwärtigen Ringen der Parteien an sich gerissen. Dies Wahlversprechen, um das sich der gesamte Wahlkampf gedreht hat, lautet, in wörtlicher, wenn auch gekürzter, Uebersetzung:

„Falls die Nation die Liberale Partei bei den kommenden Wahlen mit der Verantwortung der Regierung betraut, so sind unsere Pläne zur Vergebung von Arbeiten fertiggestellt und können ohne jeden Verzug in Angriff genommen werden... Diese Arbeiten werden die furchtbaren Arbeitslosenziffern im Laufe eines einzigen Jahres auf einen normalen Prozentsatz herunterdrücken und... die Nation bereichern sowie sie instand setzen, erfolgreich mit ihren Rivalen auf dem Weltmarkt zu konkurrieren."

Es hieße die gesamte Atmosphäre des gegenwärtigen Wahlkampfes falsch darstellen, wollte man leugnen, daß dies feierliche, konkrete Wahlversprechen Lloyd Georges eine starke Suggestivkraft entfaltet und auf weite Wählerschichten Eindruck gemacht hat. Es hat in hohem Grade dazu beigetragen, die Liberale Partei über den toten Punkt hinwegzumanövrieren, auf dem sie bis vor kurzem trotz ihrer Reorganisation verharrte.

Wie weit sich diese Wiederbelebung der Liberalen praktisch auswirken wird, ist allerdings schwer vorauszusagen. Alles deutet darauf hin, daß es Lloyd George gelungen ist, einen Teil jener oben gekennzeichneten unpolitischen Wähler auf ihrem Wege von Baldwin zu Macdonald aufzuhalten und ihnen die halbvergessene Tatsache ins Bewußtsein zu rücken, daß es ein Mittel gibt, gegen Baldwin zu stimmen, ohne sich für die Arbeiterpartei entscheiden zu müssen. Dieser Entwicklung steht allerdings ein gewichtiges Moment entgegen, das bei der großen Bedeutung persönlicher Fragen im britischen Wahlkampf keineswegs unterschätzt werden darf: das unüberwindliche Mißtrauen, das ein großer Teil der Nation nun einmal gegen Lloyd George gefaßt hat; die Erinnerung an die Legion von Versprechungen, die Lloyd George in der Vergangenheit gebrochen hat. Dazu tritt noch ein weiteres Moment: der britische Wähler hat eine unüberwindliche Abneigung dagegen, einem aussichtslosen Kandidaten seine Stimme zu geben. Die Gewinne der Liberalen am 30. Mai werden groß sein, daran zweifelt niemand, sie dürften nach der Auffassung des Verfassers ganz Europa in Erstaunen versetzen, aber sie werden sich ausschließlich auf jene Wahlkreise beschränken, in denen die Liberalen im Jahre 1924 mit einer knappen Minderheit hinter den Konservativen zurückgeblieben sind. Die Chance ist, wie jeder Blick auf die Ergebnisse der letzten Wahlen beweist, groß genug, sie ist jedoch von vornherein begrenzter als diejenige der Arbeiterpartei.

Die Arbeiterpartei.

Der ausländische Beobachter in England wird in aller Regel geneigt sein, die Aussichten der Arbeiterpartei eher zu unter- als zu überschätzen. Spiegelt sich doch infolge des Mangels einer ausgebauten Arbeiterpresse die Stärke der Labour Party, der Elan ihres Wahlkampfes, ihr Fortschritt in den einzelnen Wahlkreisen nur sehr gebrochen in den Tageszeitungen wider. Ihre moralische Stärke beruht in diesem Wahlkampf in ihrer offenen Kampfstellung sowohl gegen die Unfruchtbarkeit des konservativen Schlagwortes „Safety First" als auch gegen die liberalen Luftschlösser. Ihre stimmen- und stimmungsmäßige Stärke ruht auf der wachsenden Erkenntnis der Arbeiterschaft, daß die Probleme der Zeit, einschließlich der Erwerbslosigkeit, nicht durch Palliativmittel, wie das gigantische liberale Projekt der Vergebung öffentlicher Arbeiten, noch durch Schutzzollpolitik gelöst werden können, sondern daß eine Reorganisierung der Wirtschaft als solcher nötig ist.

Die Aussichten der Arbeiterpartei stützen sich auf den wachsenden Prozentsatz der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren in den sozialistischen Gedanken hineingewachsen ist, ihre Hauptgewinne kann sie daher in den industriellen Wahlkreisen erhoffen, in denen aus traditionellen Gründen bisher noch immer konservativ oder liberal gewählt wurde. Sie kann damit rechnen, diesmal jene seltsame konservative Hochburg Birmingham im Sturme zu nehmen und einen Großteil der konservativen Enklaven in Glasgow zu beseitigen. Man wird darüber hinaus ohne Uebertreibung feststellen können, daß diesmal für die beiden bürgerlichen Parteien kein einziger Wahlkreis mit einer industriellen Bevölkerung sicher ist, in dem die Konservative oder die Liberale Partei eine Majorität von weniger als 2500 Stimmen über die Arbeiterpartei besaß. Dies bedeutet, vorsichtig gesprochen, einen sicheren Gewinn von 80 bis 100 Wahlkreisen und damit voraussichtlich der Aufstieg zur größten Partei im kommenden Unterhaus. Man wird sich allerdings selbst unter der Wirksamkeit des gegenwärtigen Wahlrechts vor phantastischen Erwartungen und daher vor schweren Enttäuschungen hüten müssen: die Mehrzahl der agrarischen Sitze, ein Großteil der Londoner Wahlkreise und der ganze Süden Englands dürften der Arbeiterpartei diesmal noch nicht zufallen.

So bietet sich, am Vorabend der Wahlen, das Bild größter Ungewißheit über den Ausgang der großen Entscheidung. Nur soviel kann mit einiger Bestimmtheit gesagt werden, daß die Majorität der Konservativen gebrochen werden, aber keine einzelne Partei eine volle Mehrheit erobern wird. Der britischen Begabung für improvisierte Lösungen schwieriger und neuartiger politischer Situationen dürfte daher nach dem 30. Mai weitester Spielraum gewährt sein.

Einigung in Paris.

Ueber die Zahlen — noch nicht über die Vorbehalte.

Paris, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz hat den heutigen Tag mit einer ebenso großen wie plötzlichen Ueberraschung abgeschlossen. Sie hat sich über die Ziffern der künftigen Jahreszahlungen Deutschlands geeinigt.

Die deutsche Abordnung gab am Mittwoch abend folgende Mitteilung aus: Die Sachverständigen der Gläubigermächte und die deutschen Sachverständigen haben sich schon seit einiger Zeit bereit erklärt, die amerikanische Ziffer von 2050 Millionen Mark, wie sie vom Vorsitzenden vorgeschlagen wurde, anzunehmen, obwohl bezüglich einiger Auslegungsfragen noch Meinungsverschiedenheiten bestanden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind jetzt geklärt und es ist eine Auslegung, die sowohl für die Gläubiger wie für Deutschland annehmbar ist, gefunden worden, vorbehaltlich allerdings der Einigung über die Vorbehalte, deren Entscheidung noch offensteht.

Die Einigung ist also noch nicht ganz vollständig; denn sie hängt noch von der Verständigung über die bisher ungelöst gebliebene Frage der deutschen Vorbehalte ab. Was heute ziffernmäßig erreicht wurde, ist folgendes:

Der Young-Plan tritt am 1. September 1929 in Kraft. Bis dahin zahlt Deutschland, vom 1. April ab gerechnet, noch 5 Monate die Dawesraten im Gesamtbetrag von 1040 Millionen, dazu die fällige Zahlung aus den Industrieobligationen von 150 Millionen. Vom 1. September 1929 bis 31. März 1930 zahlt Deutschland auf die erste Young-Annuität 742 Millionen. Der Rest der ersten Young-Rate wird auf die folgenden 36 Annuitäten umgelegt und erhöht diese um 35 bis 40 Millionen jährlich. Der Durchschnitt der 37 Jahreszahlungen bleibt aber unverändert auf 1988,8 Millionen. In den nächsten 10 Jahren hat Deutschland weiter folgende Zahlungen zu leisten:

1707,9 Millionen Mark, 1685,0 Millionen Mark, 1738,2 Millionen Mark, 1804,9 Millionen Mark, 1866,9 Millionen Mark, 1892,9 Millionen Mark, 1939,7 Millionen Mark, 1977,0 Millionen Mark, 1995,3 Millionen Mark.

Vom elften Jahre ab steigen die Annuitäten langsamer weiter bis etwa 2,3 Milliarden, um vom 25. Jahre ab wieder beträchtlich zu sinken.

Reichsbahn gegen Schiedsspruch.

Finanzlage wird verböserl.

Es war zu erwarten, daß die Reichsbahngesellschaft gegen den höchst bescheidenen Schiedsspruch mit seinen so geringen Lohnerhöhungen auch mit Zahlen über die Finanzlage noch zu Felde ziehen wird. Das geschieht jetzt durch Mitteilungen über die letzte Verwaltungsratssitzung, der bekanntlich stets Herr von Siemens präsidiert.

Es heißt darin, daß Geschäftsbericht und Bilanz der Reichsbahn für 1928 genehmigt worden seien. Ueber die Finanzlage im vergangenen Jahre wird gesagt: „Das Gleichgewicht zwischen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben und die Erfüllung der der Reichsbahn auferlegten besonderen Verpflichtungen konnten nur durch eine unerwünschte Einschränkung der Sachausgaben erreicht werden."

Erklärungen der Reichsbahn über ihre Jahresabschlüsse darf man mit Mißtrauen begegnen. Ein Urteil wird die Oeffentlichkeit sich erst bilden können, wenn Geschäftsbericht und Bilanz veröffentlicht werden. Hoffentlich geschieht das bald.

Aber die Reichsbahn versucht auch bewußt, ihre Finanzlage schlechter darzustellen als sie ist. Ueber die ersten vier Monate des laufenden Jahres sagt sie nämlich: „Die ersten vier Monate des laufenden Geschäftsjahres 1929 haben, beeinflußt durch die Wirtschaftsdepression und durch den langen und starken Frost, die in Rechnung gestellten Mehreinnahmen nicht gebracht. Die Einnahmen sind bis zum 1. Mai 1929 um rund 30 Millionen Mark gegen den Voranschlag zurückgeblieben, während die Ausgaben durch den Frost gesteigert wurden."

Wenn die Einnahmen bis zum 1. Mai nur um 30 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind, so ist das nicht ein Zeichen ungünstiger, sondern günstiger Finanzentwicklung. Einmal dürfte schon im Mai mit seinen Rekordverkehrsziffern die Differenz der ersten vier Monate aufgeholt sein. Zweitens ist unerfreulich, woher wirkliche Einnahmeausfälle selbst in den ersten vier Monaten kommen sollen, da die Verkehrsziffern die des Vorjahres erreicht haben. Drittens sind die ersten Jahresmonate immer die schlechtesten Einnahmemonate der Reichsbahn; der Berechnung des Einnahmeausfalls ist aber wahrscheinlich der monatliche Einnahmedurchschnitt zugrunde gelegt, der natürlich zu hoch ist.

Der Feststellung, daß eine Erhöhung der Personalausgaben, wie sie der Schiedsspruch verlange, bei „dieser ungünstigen Finanzlage" nicht möglich sei, fehlt also die Beweiskraft. Das gilt auch für die Feststellung, daß eine Deckung für die Mehrausgabe bei den geltenden Tarifsätzen nicht vorhanden sei. Wir sind gewohnt, daß die Reichsbahn mit Tariferhöhungen droht; aber auch hier wird der Beweis der Notwendigkeit abzuwarten sein.

Die Reichsanleihe.

Zur steuerlichen Behandlung.

Aus dem Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt:

In der Einkommensteuererklärung wird lediglich nach dem steuerpflichtigen Einkommen, nicht dagegen nach den steuerfreien Beträgen gefragt. Infolgedessen brauchen die Zinsen der steuerfreien Reichsanleihe von 1929 in der Einkommensteuererklärung als Kapitalerträge auch nicht angegeben zu werden. Ebenso braucht in der Vermögenserklärung die steuerfreie Reichsanleihe wegen ihrer Vermögensfreiheit als Kapitalvermögen nicht angegeben zu werden.

Unberechtigt sind auch die Befürchtungen, daß die Zeichnungslisten von den Finanzämtern eingefordert werden können; diese Listen gehören zu den Geschäftspapieren der Banken und kommen nicht zur Kenntnis der Steuerbehörden.

Der Bade-Magistrat.

Feierliche Begrüßung des Verschieber-Prinzen.

Kolberg, 29. Mai. (Eigenbericht.)

In der Stadtverordnetensitzung fragte der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Landtagsabgeordneter Ostwald, den Magistrat, ob es zuträfe, daß der Kolberger Magistrat den am Sonntag anläßlich eines Regimentstages in Kolberg anwesenden Eitel Friedrich durch einen besonderen Vertreter habe begrüßen lassen. Der deutschnationale Oberbürgermeister Lehmann gab dies ohne weiteres zu. Diese Feststellung löste bei der Linken lebhafte Protestkundgebungen aus. Die Unverfrorenheit, mit der hier ein reaktionärer Magistrat die republikanische Bevölkerung herausfordert, wirkt um so gewollter, wenn man berücksichtigt, daß die letzten Reichstagswahlen eine klare republikanische Mehrheit der Kolberger Bevölkerung ergeben haben. Sie wirkt aber auch vollends unverständlich, angesichts der Tatsache, daß Kolberg Seebad ist und auch zahlreiche Republikaner zu seinen Gästen zählt. Die monarchistische Geste des Magistrats soll augenscheinlich die republikanischen Gäste verscheuchen.

Die Bauern von Husum.

45 Angeklagte zu je 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Husum, 29. Mai.

In dem großen Bauernprozeß wegen der Kundgebung vor dem Husumer Gerichtsgebäude wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Von den 57 Angeklagten, von denen nur 27 erschienen waren, wurden elf freigesprochen, die übrigen zu je 100 Mark Geldstrafe oder eine Woche Gefängnis und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Das Verfahren gegen einen Angeklagten war abgetrennt worden. In der Urteilsbegründung heißt es: der Freispruch der elf Angeklagten habe erfolgen müssen, da eine Teilnahme an den Kundgebungen nicht erwiesen sei. Von Gefängnisstrafen sei abgesehen worden, da die Handlung nicht aus ehrloser Gesinnung erfolgte, und weil die Lage der Landwirte berücksichtigt werden müsse.

Hakenkreuz-Ueberfall auf den Konsul.

Berufungsverhandlung in Bremen.

Bremen, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Am Freitag, dem 31. Mai, beginnt vor dem Landgericht in Bremen die Berufungsverhandlung gegen acht Nationalsozialisten, die im Januar wegen der Ueberfälle auf jüdische Passanten und den brasilianischen Konsul zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Geladen sind 18 Zeugen, als Verteidiger hat die Hitler-Partei neben anderen Anwälten Dr. Frank (München) bestellt, der auch im Münchener Hitler-Prozeß verteidigte.

Letzter Appell in England.

Macdonald: 10 Millionen Stimmen!

London, 29. Mai.

Premierminister Baldwin erklärte in einer Rede in Preston, er habe niemals um die Gunst der Massen geworben, aber sich während der letzten vier oder fünf Jahre Mühe gegeben, etwas zu erreichen, und er sei entschlossen, diese Bemühungen fortzusetzen. Was immer auch das Wahlergebnis sein werde, er werde sich nicht beklagen und es heiteren Mutes hinnehmen.

Lloyd George gab in einer Rede nochmals der Ueberzeugung Ausdruck, daß die konservative Regierung ausgespielt habe und es der Liberalen Partei gelingen werde, das Arbeitslosenproblem zu lösen.

Ramsey Macdonald

erklärte: Wir wollen zehn Millionen Stimmen und keine Minoritätsregierung haben!

An der Börse, wo schon seit Monaten Voraussagen für die Wahlen ausgegeben werden, wurde heute als voraussichtliches Ergebnis der morgigen Wahl notiert: Konservative 269, Arbeiterpartei 246, Liberale 98, Unabhängige 7 Sitze. Bei den letzten Wahlen hatten die Konservativen 413, die Arbeiterpartei 150 und die Liberale Partei 40 Sitze errungen.

Schluß des Wahlfeldzugs.

London, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Der letzte Tag der Wahlkampagne ist, wie die vorangegangenen, ohne jegliche Ueberraschung verlaufen. Von keiner Seite ist der Versuch gemacht worden, nach dem Muster der Neuwahlen von 1924 in letzter Stunde eine Panikstimmung zu erzeugen. „Daily Mail", die damals durch die Veröffentlichung und vorangegangene Versendung des Sinowjew-Briefes an andere Zeitungen den Stimmungsumschwung gegen die Arbeiterpartei in den letzten 48 Stunden herbeiführte, begnügt sich diesmal bezeichnenderweise mit der Veröffentlichung eines nichtssagenden Artikels ihres Besitzers Lord Rothermere, in dem dieser seine Leser auffordert, gegen die Arbeiterpartei zu stimmen, und im übrigen seiner Befriedigung darüber Ausdruck gibt, daß das Resultat der Wahlen zu einer Minderheitsregierung führen dürfte.

In einem Interview stellt Ramsay Macdonald fest, daß ihn auf seiner Wahlagitation, in deren Verlauf er annähernd 4000 Kilometer im Auto zurückgelegt hat, nicht mehr betroffen habe als

die Stärke der Erbitterung gegen die konservative Regierung

und insbesondere gegen ihr unfruchtbares Verhalten in der Außenpolitik. Diese letztere habe dazu geführt, daß zahlreiche Personen ohne feste politische Ueberzeugung diesmal entschlossen seien, für die Arbeiterpartei zu stimmen, weil nach ihrer Ueberzeugung Großbritannien die Führung in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit und der Aussöhnung der Völker an sich reißen müsse. „Ich appelliere," so schloß Macdonald, „an die Nation, der Arbeiterpartei dieselbe Wirkungsmöglichkeit zu geben, welche die Konservativen und Liberalen zahllose Male in der Geschichte Großbritanniens besessen haben. Beide anderen Parteien haben sich als unfähig erwiesen, die soziale Frage zu lösen."

Die Wahl selbst beginnt am Donnerstag in einzelnen, insbesondere den proletarischen Wahlkreisen, um 7 Uhr morgens, in anderen um 8 Uhr früh, sie dauert bis 8 bzw. 9 Uhr abends. Infolge der Vermehrung der Anzahl der Wähler gegenüber 1924 und des späten Wahlschlusses wird im Laufe der Nacht vom Donnerstag auf Freitag lediglich ein Drittel der Wahlresultate bekanntgegeben werden. In einigen Wahlkreisen wird mit der Zählung der Stimmen erst am Freitag morgen begonnen.

Nach den Sachsenwahlen.

Stimme aus den Gewerkschaften.

Dresden, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Die „Sächsische Gewerkschaftszeitung" nimmt zur Regierungsfrage in Sachsen Stellung. Sie empfiehlt eine positive Stellungnahme der Sozialdemokratie. Bei einem Versagen der Sozialdemokratie sei mit dem Abbau der beiden Arbeiterfeiertage am 1. Mai und 9. November, mit dem Abbau des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums und mit der Verkrüppelung der Sozialverwaltung zu rechnen. Die Sozialdemokratie könne in der Opposition nur verlieren, dagegen durch eine Beteiligung an der Regierung manches, wenn auch nicht alles, im Interesse der Arbeiter erreichen. Die Partei könne nicht ruhig zusehen, daß der Faschismus den politischen Kurs im Arbeiterland Sachsen beeinflusse, und daß der Landtag und die Regierung von Hitlers Gnaden abhängig seien. Eine derartige Regierung ermöglichen, hieße Wasser auf die Mühlen der Monarchisten und Faschisten leiten. Auch dürfe man den Zusammenhang zwischen Landes- und Reichspolitik nicht übersehen. Die Landesregierung habe nicht nur durch ihre Vertretung im Reichsrat, sondern auch durch vorherige gutachtliche Stellungnahme zu allen Gesetzentwürfen, durch die ständigen Verhandlungen mit der Reichsregierung allerhand Möglichkeiten, auf die Reichsgesetzgebung und ihre Durchführung einzuwirken. Daher sei es der Sozialdemokratie viel leichter möglich, Arbeiterinteressen durch Beteiligung an der Regierung, als in der Oppositionsstellung zu vertreten. Man soll keine Koalition um jeden Preis schließen, aber die Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft gebiete, einen ernsthaften Versuch zur Bildung der Großen Koalition zu unternehmen. Die Sozialdemokratie müsse die Initiative zur Bildung einer Koalitionsregierung ergreifen und die Verhandlungen mit Vorsicht und politischer Klugheit, aber auch mit dem Willen zum Erfolg durchführen.

Was Faschisten imstande sind.

Versuch der Aushungerung eines Krankenheims.

Die Arbeiterversicherungsanstalt Wien hat ein Heim für Genesende in Zeillern an der Donau. Ein Heimwehrler Friedl war wegen disziplinwidrigen und unkameradschaftlichen Verhaltens ausgewiesen worden. Darauf marschierte die Heimwehr vor dem Heim auf, um die Wiederaufnahme des Mannes zu erpressen. Sie erlangte seine Verlegung in ein anderes Heim.

Nun besetzten die Faschisten die Zugangswege und verboten den Bauern, weiter Milch ins Heim zu liefern. Man drohte ihnen, die Kannen auszuleeren. Die Heimbewohner gerieten in große Aufregung. Die Verwaltung hat natürlich sofort für Ersatzlieferung gesorgt — geschädigt sind nur die Bauern.

*

Trotz des Aufmarschverbots haben die Heimwehrler am Sonntag in Aspang bei einer „Wimpelfeier" abermals schweren Unfug getrieben — und die Gendarmerie stand salutierend dabei!

Massenverhaftung in Südtirol.

Deutsche von Faschisten verhaftet und gefesselt.

Innsbruck, 29. Mai. (TU.)

Der Mord im Ahrntal hat in Südtirol wieder eine stärkere Bedrückung der Deutschen zur Folge gehabt. Insgesamt sind neuerdings wieder 19 Personen verhaftet und bei ihnen Haussuchungen vorgenommen worden. Auch der Gemeindearzt von Steinhaus, Dr. Kiener, der den Tatbestand des Mordes im Ahrntal aufgenommen hatte, wurde plötzlich, ohne Angabe von Gründen, verhaftet. Die Verhafteten wurden an Händen und Füßen gefesselt und teilweise an Stühle gebunden.

Streikdrama in Holland.

Ein Arbeiter erschossen, viele verwundet.

Amsterdam, 29. Mai.

Dem „Telegraaf" zufolge ist es in der Ortschaft Finsterwolde (Provinz Groningen), wo die Landarbeiter in einem Lohnstreik stehen, zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und einer Gendarmerieabteilung gekommen, bei dem die Beamten von ihren Säbeln und der Schußwaffe Gebrauch machten. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt, einer ist seinen Verletzungen erlegen. Eine ganze Anzahl Streikende erlitt leichtere Verletzungen. Der Bürgermeister von Finsterwolde hat alle Ansammlungen von fünf oder mehr Personen verboten.

Die Mandatsverteilung in Belgien.

Leichte Stärkung der katholisch-liberalen Koalition.

Brüssel, 29. Mai.

Nach den jetzt amtlich vorliegenden Wahlergebnissen verteilen sich die einzelnen Sitze wie folgt: die Katholiken haben 76 Sitze, die Sozialisten 70, die Liberalen 28, die nationalistische Flamenpartei 11, die Kommunisten 1; außerdem ist ein flämischer Nationalist getrennt gewählt worden. Die Katholiken gewinnen 4 Sitze und verlieren 6 (— 2), die Sozialisten gewinnen 6 Sitze und verlieren 14 (— 8), die Liberalen gewinnen 7 Sitze und verlieren 2 (+ 5). Die Kommunisten verlieren 1 Sitz, die flämischen Nationalisten gewinnen 6 und verlieren 1 (+ 5). Unter den gewählten flämischen Nationalisten befindet sich Debeuckelaere, der im Jahre 1921 vor dem Militärgericht wegen der Anklage stand, eine Meuterei flämischer Soldaten während des Krieges begünstigt zu haben. Für den Senat sind die Ergebnisse folgende: Die Sozialisten haben 3 Sitze zugunsten der flämischen Nationalisten verloren. Die Regierung verfügt jetzt über 104 Stimmen, hat also 3 gewonnen, während die Stimmenzahl der Opposition 83 beträgt.

Ein Bauernkrieg in Polen.

Um einen Wiesenweg.

Warschau, 29. Mai.

Zwischen zwei polnischen Dörfern im Kreise Gawrolin bei Warschau ist wegen der Benutzung eines Wiesenweges ein regelrechter Krieg ausgebrochen. Aus beiden Dörfern rückten sämtliche Männer mit Dreschflegeln, Mistgabeln und Knüppeln bewaffnet aus und lieferten sich eine Schlacht, bei der 11 Bauern schwer und ungezählte andere leichter verletzt wurden. Ein größeres Polizeiaufgebot machte dem Kampf ein Ende und nahm 9 Verhaftungen vor.

Brot- und Fleischmangel in Rußland.

Die schwierige Lebensmittelversorgung der russischen Industriegebiete.

Moskau, 28. Mai. (Ost-Expreß.)

Das Plenum der Zentralkommission für die Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft hat nach einem Bericht des Handelskommissariats eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß in den nächsten zwei Monaten (d. h. bis zur neuen Ernte) eine nennenswerte Besserung in der Lebensmittelversorgung der Industriezentren nicht zu erwarten ist. Infolgedessen müsse der Konsum der verfügbaren Lebensmittelvorräte, besonders Brot und Fleisch, mit der größten Sparsamkeit erfolgen. Der Konsum von Brot in Speisehäusern und Teestuben und die Verwendung von Mehl in Konditoreien und bei der Herstellung von Makkaroni wird von jetzt ab möglichst eingeschränkt.

Die neue Sowjetregierung.

Keine Veränderung.

Moskau, 29. Mai.

Bei der ersten Tagung des neugewählten Zentralvollzugsausschusses der U. d. S. S. R. wurde der aus 27 Mitgliedern bestehende Vorstand gewählt: Vorsitzender wurde Kalinin, Stellvertreter Petrowski, Tscherwjakoff, Mussabekoff, Chodschajeff und Litkoff; Sekretär Jenukidee. Vorsitzender der Volkskommissariate Rykoff, Stellvertreter Rudsutak, Ordschonikidse und Schmidt. Außenkommissar Tschitscherin, Kriegskommissar Woroschiloff, Verkehrskommissar Rudzutak, Handelskommissar Mikojan, Finanzkommissar Brjuchanoff, Post- und Telegraphenkommissar Antipoff, Arbeitskommissar Uglanoff. Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates Kuibyscheff, Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion Ordschonikidse, Leiter der statistischen Zentralverwaltung Nisjutin.

Deutschenhaß in Neuseeland. Wie aus New-Auckland gemeldet wird, hat die Ankündigung von dem bevorstehenden Besuche des deutschen Kreuzers „Emden" in Neuseeland dort so starke Erregung und heftige Erörterungen hervorgerufen, daß der deutsche Konsul um eine Absage aller geplanten offiziellen Veranstaltungenn gebeten hat.

Fraktionsbericht in Magdeburg.

Das Referat Breitscheids.

Nach dem Abschluß der Beratung über die Wehrfrage mit dem Ergebnis, das wir schon in der gestrigen Abendausgabe mitteilen konnten, hat der Parteitag den Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion entgegengenommen, den ihr Vorsitzender Rudolf Breitscheid in ebenso großzügiger und anregender wie die Einzelheiten schildernder Rede gab. Wenn ihm auch, wie er zur Erheiterung des Parteitags sagte, der große Vogel vom Parteivorstand die Rosinen aus dem Fraktionskuchen schon herausgepickt hätte, so blieb dem Berichterstatter doch auch genug Interessantes zu sagen übrig.

Mit stürmischem Beifall unterstrich der Parteitag die Erklärung des Fraktionsführers, daß die Sozialdemokratie an den Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln lasse und ebenso wenig eine Zollverteuerung der Volksernährung mit ihrer Mitverantwortung decken würde.

Wir geben das inhaltsreiche Referat an anderer Stelle dieses Blattes.

Einstimmig forderte der Kongreß der größten Partei Deutschlands die Räumung der immer noch besetzten Gebiete.

Gebt das Saargebiet frei!

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag ist ein Saar-Antrag gestellt worden, an dessen einstimmiger Annahme nicht zu zweifeln ist. Es heißt darin:

„Die Partei fordert erneut in Uebereinstimmung mit der französischen Bruderpartei und der Stellungnahme der gesamten Sozialistischen Internationale und unabhängig vom Ausgang der Pariser Reparationskonferenz die sofortige ungeteilte und bedingungslose Rückgabe des Saargebiets an Deutschland. Er erwartet zugleich von Reich und Ländern innerhalb ihres Hoheitsgebietes die weitestgehende Förderung aller Bestrebungen, die den Prozeß der Wiedereingliederung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets an die des Reiches zum Ziele haben, insbesondere derjenigen auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Wiedergewinnung der natürlichen Absatzgebiete in Südwestdeutschland."

1½ Millionen Arbeitslose weniger!

Die Reichsanstalt deckt ihre Ausgaben.

800 000 Hauptunterstützungsempfänger kann die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung aus eigener Kraft pro Monat unterstützen. Diese Zahl ist erreicht. Seit Ende Februar ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 1½ Millionen zurück. Sie betrug am 15. Mai nur noch 927 000 und ist, wenn sich nunmehr auch das Tempo des Rückgangs naturgemäß, wie in jedem Jahr um diese Zeit, verlangsamt, sicherlich am 1. Juni bei rund 800 000 angelangt.

Der Stand vom November vorigen Jahres ist wieder erreicht. Die Entlastung des Arbeitsmarktes von den Außenberufen her ist sehr kräftig gewesen. In den agrarischen Gebieten, wie Schlesien, Pommern, Bayern, ist im Abstieg der saisonalen Arbeitslosigkeit noch immer ein kräftiger Fortschritt zu beobachten. Auch vom Baugewerbe ist noch ein belebender Strom zu erwarten. Infolge der verhältnismäßig späten Verabschiedung des Etats stehen erst jetzt für den Wohnungsbau genügend Mittel zur Verfügung. In Berlin sind neuerdings namhafte Beträge für Bauarbeiten flott gemacht worden. Die Belebung des Arbeitsmarktes durch die Außenberufe ist also noch nicht abgeschlossen.

Natürlich muß jetzt die weitere Belebung in erster Linie von der Konjunktur her erfolgen. Hier spielt Paris die entscheidende Rolle, schon in psychologischer Hinsicht. Wenn aber auch auf der Konjunkturseite die Dinge im Augenblick noch recht wenig rosig aussehen, so besteht doch zu übertriebenem Pessimismus keine Veranlassung.

Die Reichsanstalt hat mit ihren Prognosen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes, vor allem für den Abstieg der Arbeitslosenziffer auch gegenüber dem Konjunkturforschungsinstitut, das die Entwicklung etwas skeptischer betrachtete, recht behalten. An Schwarzmalerei haben nur die Feinde der Arbeitslosenversicherung ein Interesse; denn sie brauchen Panikstimmung und Psychose, um unter deren Druck die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung zu erzwingen.

„Demokratische" Unternehmerpolitik.

Die Hetze gegen die Arbeitslosenversicherung.

Der „Demokratische Zeitungsdienst" übernimmt jetzt die sonderbaren „Enthüllungen" des Vorsitzenden des Arbeitsamts Stolp, Oberregierungsrat von Vincke, die wir bereits gekennzeichnet haben. Die offizielle Korrespondenz der Demokratischen Partei schickt den Auslassungen des Oberregierungsrats folgenden Kommentar voraus:

> Der Kampf für eine Arbeitslosenversicherungsreform muß und soll sachlich geführt werden. Aber es hat auch keinen Zweck, aufgetretene Mißstände zu verschleiern. Und es mögen sich vor allem die freien Gewerkschaften sagen lassen, daß ihre Taktik falsch ist, wenn sie jeden Mißstand als eine Bagatelle oder als nicht vorhanden hinstellen. Es muß aber auch zum Ausdruck gebracht werden, daß die freien Gewerkschaften eine gewisse Gesinnungsknechtschaft ausüben auf die Beamten der Arbeitsämter, die vielfach den Druck der freien Gewerkschaften so stark spüren, daß sie in ihrer inneren Unabhängigkeit auf das schwerste bedroht sind. Die Beamten der Arbeitsämter, auch soweit sie aus den freien Gewerkschaften stammen, sind in den meisten Fällen allerbesten Willens, aber sie dürfen nicht unter Druck gestellt werden, sondern jetzt ist es notwendig, zu sagen, was gesagt werden muß."

Es ist für den „Demokratischen Zeitungsdienst" vielleicht nicht ungefährlich, von „Gesinnungsknechtschaft" ausgerechnet im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung zu sprechen. Oder ist es ein purer Zufall, daß demokratische Blätter — und jetzt sogar die offizielle Korrespondenz der Partei — eine Kampagne gegen die Arbeitslosenversicherung entfalten, nachdem die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände damit begonnen hat?

Im übrigen verdienen die beweislosen Verdächtigungen gegen die freien Gewerkschaften und die Angestellten der Arbeitsämter nicht eine Antwort. Aber man kann wohl fragen: Was sagen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zu dieser Hetze der Demokratischen Partei gegen die Arbeitslosenversicherung?

In Angora wurde der deutsch-türkische Konsulats-Rechtshilfsvertrag unterzeichnet. Wirtschaftsminister Rachmi wurde wegen der Wirtschaftskrise zum Rücktritt gezwungen. Zum Nachfolger wurde Schkir ernannt.

Das Milieu.

(Zum Jakubowski-Prozeß.)

„De Häuner leggen Eier, de Swin kann man freten, — äwer wat schall wi mit de veele Kinner maken?!"

Die Revision der Reichsbehörden.

Schwere Vorwürfe des Rechnungshofes.

Das Deutsche Reich schließt jetzt auf beiden Seiten des Hauptbuches mit rund je zehn Milliarden Goldmark jährlich ab. Es ist selbstverständlich, daß bei diesen Riesensummen eine scharfe Ausgabenkontrolle zu erfolgen hat. Parlamentarisch erfolgt sie neuerdings — und das ist ein Verdienst, das die Sozialdemokratie für sich in Anspruch nimmt —, auf die Art, daß in einem besonderen Rechnungsprüfungsunterausschuß jede Haushaltsrechnung (Jahresabschluß) des Reiches mit dem Haushaltsplan (Voranschlag) zunehmend schärfer verglichen wird. Daneben läuft eine exekutive Prüfung durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches auf Richtigkeit der Rechnungen, Einhaltung des Haushaltsplanes und Achtung vor der Reichshaushaltsordnung.

Der Rechnungshof hat im jüngst vergangenen Jahrzehnt und auch früher in Potsdam eine merkwürdig weltabgewandte Rolle gespielt. Nicht zuletzt vom Reichstag aus und hier zuerst durch die sozialdemokratische Fraktion hat er neuerdings starken Impuls empfangen. Damit hat sich nicht nur sein Arbeitshorizont erweitert, seine bisherige, häufig nicht zureichend beachtete Tätigkeit findet auch vermehrte und ständig wachsende Aufmerksamkeit. Dazu kommt, daß der Rechnungshof mit Erfolg dahin gedrängt worden ist, seine Arbeit immer näher an die Gegenwart heranzurücken. Deswegen ist z. B. seine eben dem Reichstag zugegangene jüngste Veröffentlichung — Denkschrift und Bemerkungen des Rechnungshofes des Deutschen Reiches zur Reichshaushaltsrechnung 1926 — eine außerordentlich bedeutsame Arbeit, die bei der Mitteilung ihrer Revisionsergebnisse bis in die jüngsten Monate reicht.

Der Rechnungshof beginnt seine Denkschrift mit einer grundsätzlichen Erörterung über das Bruttoprinzip im Reichshaushaltsplan und in der Reichshaushaltsrechnung, das heißt, die Veranschlagung und Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben je für sich und in voller Höhe. Dieses Bruttoprinzip ist die

Grundbedingung einer geordneten Finanzwirtschaft.

Diese Grundbedingung ist in der Reichshaushaltsordnung festgelegt, aber in der Praxis bei weitem noch nicht durchgeführt. Der Rechnungshof stellt in seinem Berichte fest, daß auch heute noch im Haushaltsplan bei 159 Titeln ein Vermerk etwa des Inhalts steht, daß „die Einnahmen dieses Titels den Mitteln zufließen". In einfaches Deutsch übersetzt, heißt das, daß hier Einnahmen, die in die Hunderttausende und Millionen gehen, dem Reichstag verschwiegen und von den Ministerien selbständig als inoffizieller, vom Reichstag nicht bewilligter Zuschuß neben den bewilligten Mitteln ausgegeben wird.

Solche Titel, die das Bruttoprinzip der geordneten Finanzwirtschaft mißachten, haben wir allein im Reichswehrministerium beim Heer 44, bei der Marine 29, und im Reichsverkehrsministerium 17! Das sind aber nur die Titel des ordentlichen Etats und der fortdauernden Ausgaben. Aber auch bei den einmaligen Ausgaben und im außerordentlichen Haushalt bestehen heute bei jenen Ministerien noch 28 Titel, bei denen Einnahmen ohne Bewilligung des Reichstages den Mitteln zufließen und selbstverständlich ohne Bewilligung und Wissen des Reichstages von den Ministerien und sonstigen Dienststellen ausgegeben werden.

Der Rechnungshof ist jetzt bei der Untersuchung dieser sämtlichen dunklen Titel, er wird darüber eine besondere Denkschrift vorlegen.

Bei den Einzelprüfungen, die der Rechnungshof vorgenommen hat, fand er geradezu tolle Mißwirtschaft. Dabei kann nicht genug beachtet werden, daß im großen und ganzen der Rechnungshof nur stichprobenweise prüft.

Es wäre zu verwundern, wenn die

Ausgabenwirtschaft des Auswärtigen Amtes

dem Rechnungshof zur Kritik keinen Anlaß gäbe. So erfährt man jetzt einiges über die Kosten der Reise der deutschen Delegation zur Londoner Konferenz. Die Nachprüfung dieser Rechnungen hat sich so lange hingezogen, weil das Auswärtige Amt erstaunlich viel Zeit zur klaren Rechnungslegung benötigt hat. Die Oeffentlichkeit erfährt jetzt zu ihrem großen Erstaunen, daß auf der Londoner Konferenz die deutsche Delegation größer war als die Zahl der englischen Teilnehmer. Ursprünglich hatte man 46 Personen angemeldet, die von der englischen Regierung als ihre Gäste behandelt wurden und demzufolge weder für Unterkunft noch für Verpflegung irgendwelche Ausgaben hatten. Es kam aber eine deutsche Delegation von 79 Personen! Die von England nicht Eingeladenen ließen sich vom Deutschen Reich so bezahlen, daß sie leben konnten, als ob sie von der englischen Regierung eingeladen wären und die Eingeladenen liquidierten Aufwandsentschädigungen, als ob sie nicht eingeladen gewesen wären. Dabei genierte man sich nicht, dem armen Deutschen Reiche auch die verteilten Trinkgelder in Rechnung zu setzen, man gab dazu — es kostete ja nichts — auch noch so außerordentlich hohe Trinkgelder, daß es ein Skandal ist.

Das ist nur ein Beispiel aus der Rechnungsführung des Auswärtigen Amtes. Ebensolche Kapitel gibt es auch in anderen Etats, so z. B. bei denen des Heeres und der Marine. Aber das tollste Kapitel bleibt diesmal doch das Reichsverkehrsministerium.

Der Rechnungshof stellt fest, daß beim Verkehrsministerium in den Abteilungen für Luft- und Kraftfahrwesen in weitem Umfange eine

geordnete Haushaltswirtschaft überhaupt nicht bestanden

hat und zum großen Teil auch heute noch nicht besteht. Der Haushalt des Verkehrsministeriums ist auch heute noch unübersichtlich, die Belege sind vielfach so allgemein gehalten, daß der Rechnungshof ohne mündliche Aufklärung oder Akteneinsicht mit ihnen nichts anzufangen wußte. Der Rechnungshof erklärt deswegen auch etwas deprimiert, daß es ihm bisher noch nicht möglich gewesen sei, sämtliche Gebiete des Luft- und Kraftfahrwesens, auf denen sich das Reichsverkehrsministerium finanziell betätigt, einer genauen Nachprüfung zu unterziehen.

Bisher stellte der Rechnungshof aber schon fest, daß der Verkehrsminister z. B. für bestimmte Aufgaben kaufmännische Sachverständige hinzuzieht, die er zugleich als Treuhänder beauftragt. In einem solchen Falle hat der Treuhänder überdies mit Zustimmung des damaligen Reichsfinanzministers einmalig die Summe von 100 000 Mark Honorar erhalten, dann hat er noch eine Sonderprovision für die Rückkäufe des Reiches in Höhe von 62 000 Mark bezogen! In einer eiligen Rechtsangelegenheit hat der Reichsverkehrsministers für ein mündliches Rechtsgutachten und einzelne Verhandlungen an Gebühren 30 000 Mark bezahlt.

Bei den einzelnen Betriebsstellen des Flugwesens gibt es heute noch keine Buchung der Stoffe und Geräte beim Hauptlager und keine Revisionen! Das Durcheinander der Dienststellen ist unbegreiflich. Allein an der Personalabrechnung des Flugwetterdienstes beteiligen sich neun Ministerien und 44 Dienststellen.

Welchen Betrag zur Sanierung von Flugzeugbaufirmen das Reichsverkehrsministerium in den Jahren 1924 bis 1926 aufgewendet hat, vermochte der Rechnungshof wegen der Undurchsichtigkeit der Buchführung bis heute noch nicht mit voller Genauigkeit festzustellen! Bisher nimmt er an, daß die Summe von 24 Millionen Mark „mindestens" erreicht werden wird.

In einem Falle hat eine kleinere Flugzeugfirma sich auf zu große Aufgaben eingelassen. Es gab Mißerfolge und große geldliche Schwierigkeiten. Das Reich sprang ein. Aber selbst zu einer Zeit, in der die Firma die fälligen Löhne und Gehälter nur mit Reichshilfe zahlen konnte, liquidierte der Direktor dieser Firma an persönlichen Spesen im Zeitraum von 18 Monaten rund 100000 Mark und ließ sie auf Fabrikationskostenkonto verbuchen. Nebenher ließ er sich für längere Zeit rückwirkend sein Gehalt von monatlich 700 Mark auf 2000 Mark erhöhen und gewährte sich ebenfalls rückwirkend eine monatliche Repräsentationszulage von 1000 Mark.

Der deutschnationale Reichsverkehrsminister Koch ließ aber diesen Geschäftsführer, obwohl er von dessen „Einnahmepraxis" unterrichtet war, weiter an seinem Platz.

Der Rechnungshof stellt weiter fest, daß ihm auch sonst Fälle großen persönlichen Aufwands von Angehörigen reichsunterstützter Firmen bekannt geworden sind. Ueberall wurden im Flugwesen kostspielige Organisationen geschaffen; das Reich hatte zu zahlen. Bei Bestellung neuer Flugzeugtypen hat der Reichsverkehrsminister immer gleich fünf Stück in Auftrag gegeben, ohne daß sie vorher erprobt waren. So stehen noch heute die berühmten Schlafwagen-Luftomnibusse des Reichsverkehrsministeriums unbrauchbar herum. Bei Erfindungen ist der Verkehrsminister ebenfalls immer großartig vorgegangen. Zur Vornahme von Vorversuchen zwecks Feststellung der praktischen Brauchbarkeit eines erfinderischen Gedankens sind einem Erfinder 250 000 Mark gegeben worden, während er selbst nur 24000 Mark aufgewandt hat! Die Versuche blieben erfolglos, dennoch bekam der Mann für 32 Monate pünktlich jeweils am ersten Tage des Monats 1500 Mark persönliche Vergütung, dazu erhielt er noch ein Darlehen; natürlich wurde weder das Darlehn zurückgezahlt, noch kamen Zinsen ein.

In diesem Stile geht es durch das gesamte Verkehrswesen. Das Deutsche Reich zahlte!

Erfreulich ist, daß die Denkschrift des Rechnungshofes noch rechtzeitig vor der Beratung der Haushalte des Reichsfinanzministeriums, des Wehrministeriums und des Verkehrsministeriums veröffentlicht worden ist. Der Reichstag wird an der Hand der Mitteilungen des Rechnungshofes mit den zuständigen Ministerialdienststellen ein deutliches Wort zu reden haben. Wir hoffen, daß sich dabei eine klare Mehrheit für eindeutige Beschlüsse ergibt.

Kurt Heinig.

Kampf gegen Kraftvergeudung.

Betrachtungen zur Sonderausstellung „Arbeitssitz und Arbeitstisch".

Der Mensch, der Arbeit leistet, wird müde; wer sie mit unvernünftigem Kraftaufwand leistet, wird besonders rasch müde. Es liegt deshalb nicht nur im Interesse der Produktion, sondern mindestens ebensosehr im Interesse des arbeitenden Menschen selber, daß der Arbeitsvorgang „rationalisiert", d. h. vernunftgemäß gestaltet wird.

Nun zeigt es sich, daß die von der Tradition überlieferte Körperhaltung bei einer bestimmten Arbeit oft sehr unrationell ist. Der Schuster z. B., der noch heute mit dem Knieriemen wie einst Hans Sachs den Schuh festhält, preßt dabei die inneren Organe zusammen, so daß das Blut nicht genügend durch sie zirkulieren kann und infolgedessen Erkrankungen entstehen. Außerdem ermüdet er unnötig rasch durch die Muskelanstrengung, die die dauernde Krümmung der Wirbelsäule erfordert. Eine geeignete Arbeitsvorrichtung, die das Geradesitzen ermöglicht, schafft hier ebenso Arbeitserleichterung wie eine solche für den Schneider, der dadurch aus seiner gekrümmten Hockstellung befreit wird.

Die Sonderausstellung „Arbeitssitz und Arbeitstisch", die im Deutschen Arbeitsschutzmuseum, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, bis zum 8. Juni einschließlich stattfindet (geöffnet täglich von 11 bis 19 Uhr, auch Sonntags; Eintritt 30 Pf.), zeigt an diesen und anderen Beispielen, wie eine

bequemere, kraftsparende Arbeitshaltung

zu erreichen ist, und welcher praktische Nutzen dem Arbeiter daraus erwächst. Betätigungen, die nur einseitig oder von ganz bestimmten Muskelpartien ausgeführt werden, führen leicht zu einer Verbildung des Körpers. Sie sind aber im Arbeitsprozeß nicht für alle Arbeiten zu vermeiden. Hier kann nur turnerische und sportliche Betätigung in den Feierstunden, evtl. auch in eingeschobene Erholungspausen während der Arbeit, ein wirkungsvolles Gegengewicht bieten.

Eines der Hauptgesetze im modernen Betrieb lautet: „Keine Arbeit darf im Stehen verrichtet werden, wenn sie sitzend verrichtet werden kann." Der Körper soll sitzend eine möglichst entspannte Haltung haben. Stühle mit zweckmäßig konstruierten, bisweilen erfreulicherweise sogar schon mit elastischen, gefederten Sitzen, mit einer Rückenlehne, die sich der Körperhaltung anpaßt, und wo es nötig ist, ebensolchen Arm- und Fußstützen vermeiden jede überflüssige Ermüdung des Arbeitenden, ob er nun an der Maschine in der Fabrik oder an dem Schreib- oder Kartothektisch eines Bureaus sitzt.

Der Arbeitsplatz

soll den Sitzgelegenheiten entsprechen: sachlich, übersichtlich und bequem sein. Den Füßen muß genügend Raum zu bequemer Haltung geboten werden, die Tischkante sich dem Körper anpassen, die Arbeitsgeräte in Reichweite sein. Ist der Arbeitsbereich größer, so sind allseitig drehbare oder auf Schienen laufende Stühle zweckmäßig, um unnötiges Hin- und Herlaufen zu vermeiden.

In der Ausstellung sieht man eine große Anzahl solche zweckmäßige Arbeitsplätze. Leider wird als Ruhegelegenheit gerade für Fabrikarbeiter, die dauernd stehen müssen und nur in den wenige Minuten währenden Pausen sitzen können, uns der starre Hocker mit rundem Sitz und ohne jede Lehne vorgeschlagen, obwohl es nicht schwer sein dürfte, bequemere Klappstühle mit Lehne und viereckigem Sitz, die sehr raumsparend sind, zu konstruieren. Ueberhaupt werden noch viel zu viele Hocker ohne Rückenlehne verwendet. Auch ein Bureaustuhl für Einbeinige, konstruiert von der AEG., läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Durch Neigung der Sitzfläche an der einen Seite ist zwar die Möglichkeit gegeben, den Stelzfuß oder die Prothese unter dem Tisch unterzubringen. Sonst aber ist auf jede Bequemlichkeit verzichtet.

Sehr günstig wäre es gewesen, wenn man für diese Ausstellung von dem vorhandenen Material des Museums profitiert hätte. Weshalb stellte man nicht geeignete Sitz- und Stützgelegenheiten vor die Maschinen des Museums und zeigte so gleich praktisch, wie und wobei davon Gebrauch gemacht werden kann? Die Sonderschau soll doch, wie von verschiedenen Rednern bei ihrer Eröffnung betont wurde, gerade für den kleinen und mittleren Betrieb wesentliche Anregungen geben. Diese vielen blitzblanken und neuen Dinge dürften aber leider bei vielen Beschauern den Eindruck erwecken, als kämen sie nur für sehr neuzeitlich eingerichtete, kapitalstarke Betriebe in Betracht.

Verbandstagswahl der Buchdrucker.

Mehr als Dreiviertelmehrheit für Amsterdam.

Die Berliner Buchdrucker nahmen Dienstag und Mittwoch die Stimmzettelauszählung der durch Urwahl zum Verbandstag gewählten Delegierten vor. Das Resultat ist folgendes: Abgegebene Stimmzettel 12 036, davon ungültig 2641, darunter 219 weiß. Verblieben gültig 9395, die für die Kandidaten der Amsterdamer Richtung abgegeben wurden. Die ungültigen bzw. weißen Stimmzettel waren die der kommunistischen Opposition. Sie brachte es auf 22 Proz. der abgegebenen Stimmen. Die Amsterdamer Kandidaten wurden mit mehr als Dreiviertelmehrheit gewählt. Das besagt genug über das tatsächliche Kräfteverhältnis bei den Buchdruckern.

Das Verbrechen an den Rohrlegern.

Die Spaltung vollzogen.

Seit Monaten schon wird von dem in sowjetrussischen Diensten stehenden „Rohrleger" Niederkirchner auf die Absplitterung der Berliner Rohrlegerbranche vom Metallarbeiterverband hingearbeitet. Während sich die kommunistisch geleiteten oder stark unter kommunistischem Einfluß stehenden Branchen im Metallarbeiterverband nach der Paroleausgabe Moskaus noch abwartend verhielten, fing Niederkirchner in der Rohrlegerbranche an, die ersten Sprengminen zu legen. Die Ortsverwaltung stellte ihn deshalb vor die Frage, ob er als Branchenleiter weiterhin wie früher die Verbandsstatuten und die Beschlüsse der Organisation achten wolle, oder ob er daran denke, in Zukunft seine gewerkschaftliche Tätigkeit entsprechend den Moskauer Anweisungen auszuüben.

Wie schon des öfteren bei ähnlichen Anlässen verstand es Niederkirchner auch diesmal, dieser für ihn peinlichen Frage mit mehr oder weniger gewundenen Redensarten auszuweichen. In demagogischer Art verstand er es weiter, auch die Branchenversammlungen der Rohrleger über seine wahren Absichten zu täuschen und sie zu Beschlüssen zu verleiten, die die gesamte Branche in Widerspruch mit den Statuten brachten und die eine offene Kampfansage an die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes darstellten.

Diese Hörigkeit der Rohrleger findet ihre Erklärung nur darin, daß einmal von der Niederkirchner-Clique ein wahrer Gesinnungsterror ausgeübt wurde, zum anderen aber, daß Niederkirchner den Versammlungen förmlich suggerierte, nicht er und seine Kumpanei wollen die Absplitterung der Branche, sondern die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Daß die Organisation diesem schamlosen Treiben nicht untätig zusehen konnte, sondern Niederkirchner kurzerhand seiner Funktion enthob und ihn dann, als er trotzdem auf diesem Posten verblieb, aus dem Verbande ausschloß, war unvermeidlich. Wenn trotz dieser Maßnahmen, zu denen die Organisationsleitung nach dem Statut gezwungen war, die Branchenversammlung Niederkirchner weiter mit der Leitung der Branche und mit der Führung der Lohn- und Manteltarifbewegung beauftragte, darüber hinaus sogar der Organisation die Beiträge sperrte, einen an die Branchenleitung, also an Niederkirchner abzuführenden Wochenbeitrag von einer Mark und die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes beschloß, so zeugt das von dem Willen zur Spaltung.

Daß ein großer Teil der Berliner Rohrleger nur mit den Wölfen heult, in Wirklichkeit aber nicht mit dem frevelhaften Spiel Niederkirchners einverstanden ist, beweist die Tatsache, daß Hunderte von denen, die die Versammlungen besucht haben, in denen die organisationsfeindlichen Beschlüsse gefaßt wurden, sich bereits bei der Ortsverwaltung gemeldet und erklärt haben, weiterhin Mitglied des Metallarbeiterverbandes zu bleiben. Bei längerer, ruhiger Ueberlegung dürfte es bei keinem Rohrleger noch Zweifel darüber geben, ob seine Interessen in einer starken Organisation, wo Hunderttausende anderer Metallarbeiter mit ihm in Solidarität verbunden sind, besser gewahrt werden als in einem Zwerggebilde, das **weder eine organisatorische noch eine finanzielle Grundlage hat und außerhalb der Arbeiterbewegung und der freien Gewerkschaften steht.**

Niemand von den Berliner Rohrlegern dürfte doch wohl ernstlich daran glauben, daß die Unternehmer der Gas-, Wasser- und Heizungsindustrie mit einem Niederkirchner einen Tarif abschließen, der ihnen keine Gewähr dafür bieten kann, daß dieser Tarif auch eingehalten wird, und der auch nicht die Machtmittel besitzt, um die Unternehmer dazu zu zwingen.

Die Berliner Rohrleger haben sich gerade dadurch, daß sie in eine starke Organisation eingegliedert waren, Löhne über dem Durchschnitt und verhältnismäßig gute Arbeitsbedingungen erzwingen können. Einer bedeutungslosen Splitterorganisation wäre das nie gelungen und würde es auch nicht gelingen, diese Lohn- und Arbeitsbedingungen auf die Dauer zu halten. In unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es auch Krisen, die nur starke Organisationen erfolgreich überwinden können.

Die Branche der Berliner Rohrleger steht heute nicht mehr vor der Spaltung; sie ist bereits gespalten. Der eigene Laden ist aufgemacht und wartet auf die Kundschaft. Die Ausstattung ist Attrappe. Diese Sonderorganisation wird zu der gleichen Bedeutungslosigkeit verurteilt sein wie alle die Inflationskinder von Kaiser, Weyer, Schumann u. Co. Die Interessen der Berliner Rohrleger werden auch in Zukunft nur in dem eine Million Mitglieder umspannenden Deutschen Metallarbeiterverband wirksam vertreten werden.

Verbandstag der Zimmerer.

Kiel, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Im weiteren Verlauf des Verbandstages der Zimmerer nahmen die Delegierten zwei Referate entgegen. Zuerst sprach Genosse Dr. Franz Neumann, Berlin, über „Zeit- und Streitfragen aus dem Arbeitsrecht". Er führte u. a. aus:

Mit Erschrecken hat die Arbeiterschaft feststellen müssen, welch ungeheure Machtfülle den Gerichten, insbesondere dem Reichsarbeitsgericht in die Hand gegeben ist. In der Stellung des Richters zum geschriebenen Gesetz hat sich seit der Revolution eine entscheidende Wandlung vollzogen. Mit Hilfe des § 242 BGB. ist die Rechtsordnung dazu gelangt, ganze Rechtsinstitute aus den Angeln zu heben und an Stelle des geschriebenen Rechts Billigkeitserwägungen zu setzen. Es ist gar kein Zweifel, daß diese Schwankung des Richtertums sich gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse richtet. Der Redner behandelt im übrigen die neuesten Vorgänge im Arbeitsrecht in erschöpfender Weise.

„Die neue Form der Wirtschaft" lautete das Thema, über das Genosse Prof. Nr. Nölting, Frankfurt, referierte. Wenn auch die mit dem Ausgang der Revolution verknüpften Hoffnungen auf eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschaftsordnung sich nicht erfüllt haben, so gelangten doch neue Formprinzipien und Organisationsformen in der Wirtschaft zum Ausbruch, die ihr ein neues Gesicht geben. Der immer stärker unter die ausschlaggebende Zahlenmacht der Arbeiterschaft gestellte demokratische Staat greift in den Wirtschaftsbereich als Regulationsinstanz und Steuerhebel ein. Wenn sich in der Politik die politischen Leistungsfunktionen allmählich loslösten von der Eigentumsmacht am Staate, so tritt auch in der Wirtschaft die Produktionsordnung der Besitzordnung immer selbständiger gegenüber. Die Wirtschaftsführung gerät in die Hände einer Konzernbureaukratie, die in denjenigen Verwaltungsorganen, die der Monopolkapitalismus schafft, die Produktion lenkt. In diesen Kollegialinstanzen ist der Einfluß des demokratischen Staates und der Einfluß der Arbeiterorganisationen einzubauen. Wie in der Politik der alte staatliche Hoheitsbegriff immer mehr verabschiedet wird zugunsten einer überstaatlichen Organisationsidee, so wird auch in der Wirtschaft die Idee der nationalen Selbstgenügsamkeit preisgegeben und ersetzt durch das Prinzip der weltwirtschaftlichen Regulation und Planwirtschaft. So greifen die drei Formprinzipien der Politik auf das wirtschaftliche Geschehen über und geben der Wirtschaft ein Gesicht, dessen Ziele bestimmt werden von den Händen der in zähem Kampf vorwärts dringenden Arbeiterschaft. Mögen die vorliegenden Erfahrungstatsachen vielfach noch unbefriedigend sein, so geben die unter weitere Zukunftsperspektive gestellten Entwicklungstendenzen der Arbeiterschaft Anlaß zu berechtigten Hoffnungen.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau.

Keine Verständigung.

Die am Dienstag begonnenen Parteiverhandlungen über den Rahmentarif und das Ueberarbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau wurden am Mittwoch zu Ende geführt. Eine Einigung in den wichtigsten Punkten wurde nicht erzielt. Am 17. Juni beginnen die Verhandlungen vor der Schlichterkammer.

*

Die technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaues haben die Gehaltstafeln gekündigt. Nach den Meldungen der Unternehmerpresse hat der Zechenverband beschlossen, über die Gehaltsforderungen nicht eher zu verhandeln, bis die Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden über den Manteltarifvertrag und die Arbeitszeit zum Abschluß gekommen sind.

Es geht vorwärts im ZdA.

Ununterbrochene Mitgliederzunahme.

In der Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten berichtete Genosse Gottfurcht ausführlich über die umfangreiche Tarifarbeit, über erfreuliche Fortschritte in der Jugendarbeit und über die fortdauernde starke Arbeitsbelastung aller Abteilungen der Organisation. Der Erfolg der rührigen Arbeit zeigt sich in den Mitgliederzahlen. Im 1. Vierteljahr 1929 stieg der Mitgliederstand von 30 393 auf 32 208. Am 1. Mai 1929 hatte die Ortsgruppe bereits den Stand von 32 910 Mitgliedern erreicht. Auch weiterhin kann von einer aufsteigenden Mitgliederbewegung berichtet werden.

Im Kassenbericht konnte der Genosse Weyland darauf hinweisen, daß trotz der außerordentlich starken Inanspruchnahme der Kassen der Ortsgruppe, dem Vermögen ein Betrag von annähernd 6000 Mark zugeführt wurde. Allerdings wird auch der Geldbedarf im Laufe dieses Jahres im Hinblick auf die Schaffung neuer Bureauräume ein außerordentlich großer sein. Es geht vorwärts im ZdA.

Für den Aachender Steinkohlenbergbau ist vom Schlichter für das Rheinland, Jötten, ein Schiedsspruch gefällt worden, der folgende Neuregelung vorsieht: Erhöhung der tariflichen Schichtlöhne ab 1. Juni um 3 Proz., Erhöhung der Sätze der Jugendlichen von 14 bis 15 Jahren und der Lehrlinge ab 1. Juni um 5 Proz. und ab 1. Oktober um weitere 3 Proz., Kürzung der Schichtzeit ab 1. Juni auf 11 Stunden, ab 1. Oktober auf 10½ Stunden und ab 1. Januar Kürzung der Schichtzeit unter Tage um eine halbe Stunde. Der Schichtlohn wird dadurch nicht beeinflußt. Die Neuregelung soll bis zum 30. November 1930 Geltung haben.

Im Lohnstreit der Straßenbahner Rheinland-Westfalens wurde am Dienstag ein Schiedsspruch gefällt, der folgende Neuregelung vorsieht: Erhöhung des Spitzenlohnes bei den gelernten Arbeitern um 4 Pf. und Aufbesserung der übrigen Löhne in dem vertraglich festgesetzten Prozentverhältnis, ferner Erhöhung der Zulage für Vorarbeiter von 6 auf 8 Pf., der für Gruppenführer und Revisionskontrollführer von 3 auf 5 Pf. Das Abkommen soll vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 1930 laufen.

Betriebsräte und Vertrauensleute der Fachgruppe der Glaser! Donnerstag, 30. Mai, 19 Uhr, wichtige Sitzung aller Funktionäre im Hause Grolmannstr. 56, Zimmer 18, 3. Stock. **Die Fachgruppenleitung.**

Achtung, Fachgruppe der Glaser! Freitag, 31. Mai, 17 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal I. Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarifablauf. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung werden alle Kollegen ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen, ohne dieses kein Zutritt. **Die Fachgruppenleitung.**

Verband der Maler, Filiale Berlin. Freitag, 31. Mai, 19½ Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25, Versammlung sämtlicher Fachblattbezieher und Betriebsräte. Tagesordnung: 1. Bedeutung sachlicher Leistungsfähigkeit. Referent Kollege Jatzkowmann. 2. Diskussion und Verschiedenes. Sämtliche Kollegen, die an sachlicher Weiterbildung Interesse haben, sind neben den Fachblattbeziehern und Betriebsräten eingeladen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, sagen die Gruppen: **Moabit:** Städt. Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Vortrag: „Führer der deutschen Arbeiterbewegung." — **Wedding:** Städt. Jugendheim Ortsstr. 10. Vortrag: „Rechtsfragen des täglichen Lebens." — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Lauffstraße, an der Lessingstraße. Heimann bringt unmöglich Glaubliches und unglaublich Mögliches. — **Tempelhof:** Gruppenheim Luxemburg Germaniastraße 4—6. Bunter Abend — Musik und Tanz. — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Literarischer Abend: Heinrich Heine. — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Neue Spiele im Jugendheim. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Pote Schule, Swinemünder Straße. Reihenvortrag: „Sozialversicherungen — Invaliden- und Krankenversicherung." — —

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, sind folgende Veranstaltungen: **Treptow:** Jugendheim Wildenbruchstr. 53 (Zugang von der Grenzstraße in Treptow). Vortrag: „Die Frau in der Sozialgesetzgebung. Referent Frau Dr. Alexander. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15. Vortrag: „Deutschland und sein Außenhandel." Referent Heinz Mann.

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **K. H. Pächter;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

PETERS UNION
FAHRRAD-REIFEN
OFT NACHGEAHMT – NIE ERREICHT!

Wer mordete und wer wußte es?

Widerspruchsvolle Aussagen im Jakubowski-Prozeß.

L. R. Neustrelitz, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Der heutige Tag gehört in der Hauptsache Fritz Rogens. So erlebte man das Grauen der Tat in allen ihren Einzelheiten. Fritz schilderte, wie bereits in der Abendausgabe mitgeteilt, den Sonntag, erzählt, wie er im Auftrage Jakubowskis von August die Leiche des kleinen Ewald entgegengenommen und sie in dem Kaninchenloch versteckt hat, alles mit ruhiger Stimme, vielleicht doch mit einem leisen Unterton innerer Bewegung. Er schont seinen Bruder nicht, schont nicht Jakubowski, bleibt fest selbst bei der dramatischen Vorhaltung durch den Verteidiger August' und den Nebenkläger. Durch seine Schuld sei Jakubowski hingerichtet worden, sei er sich denn nicht dessen bewußt, daß seine Aussagen in dieser Verhandlung dem Bruder den Kopf kosten können, fragt der Verteidiger. Wie konnte er es verantworten, daß dank seiner belastenden Aussagen Jakubowski hingerichtet wurde, dringt in ihn der Nebenkläger. Er wisse, was auf dem Spiel stehe, antwortete er dem einen, Jakubowski habe ihm das Versprochene nicht gegeben, dem anderen. Und als August erklärte, daß der Bruder ihn belaste, weil er ihn früher oft geprügelt habe und Fritz ihm schon während der Schulzeit immer die Schuld zugeschoben habe, lacht Fritz. Er verachtet seinen älteren Bruder. Die wiederholten Schilderungen August Rogens von seiner Teilnahme am Verbrechen sind aber so detailliert, gehen so ins einzelne, nähern sich dermaßen der Schilderung Fritz Rogens, die Gründe, die er als Erklärung für sein Geständnis angibt, erscheinen so fadenscheinig, daß man sich fast des Eindrucks nicht erwehren kann: damals hat er die Wahrheit gesagt, jetzt lügt er. Und gar sein von ihm selbst niedergeschriebener Lebenslauf. Er sagt hier ausdrücklich: Mich reut meine Tat, ich werde es nie mehr tun. Er blieb bei seinem Geständnis auch vor dem Untersuchungsrichter, obgleich dieser ihn auf die Möglichkeit hingewiesen hat, daß es ihm unter Umständen den Kopf kosten könne.

Ein seltsamer Mensch, dieser Fritz Rogens. Als der Vorsitzende ihn fragt, ob ihm die Tat nicht doch allzu gruselig erschien, schweigt er. Beim Spielen mit den Möllerschen Kindern vergaß er, daß er bei der Wegschaffung der Leiche helfen sollte. Und als er schließlich die Leiche verscharrt hatte, gab er eine Stunde später Jakubowski durch Kopfnicken und Zublinken zu verstehen, daß alles geklappt habe und fragt nun gleichzeitig, weil die Schwester dabei ist, ob Ewald schon da sei. Und die Mutter? Sie verreist, damit das Kind umgebracht werden kann, kehrt zurück und sucht stundenlang nach Ewald, an dessen Ermordung sie mitgeholfen hat. Der Nebenkläger schält wieder ein Argument für Jakubowskis Unschuld heraus: Wozu wäre Frau Kähler zu Jakubowski gegangen und hätte ihn nach dem Verbleib des Jungen gefragt, wenn es wahr sein sollte, daß Jakubowski Sie absichtlich fortgeschickt hat? Also kann es nicht wahr sein. Sie muß aus eigenem Antrieb gefahren sein. Fritz sagt aber, Jakubowski habe ihm erzählt, daß er die Mutter zur Reise bestimmt habe. So belastete Fritz Rogens auch hier Jakubowski. Morgen will man die Heidekaten besuchen, die Mordstelle, wie auch das Kaninchenloch, in dem die Leiche Ewalds verscharrt wurde.

Verhandlungsbericht.

Fritz Rogens bekundet im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung, daß er mit seiner Schwester Gertrud, die abends das Verschwinden Ewalds entdeckte, nach dem Kleinen gesucht habe. Dabei sei er mit seiner Schwester zu Jakubowski gekommen.

Um den Verdacht von sich abzulenken, habe er in Gegenwart von Gertrud und Blöcker dem Jakubowski zugeblinkt und ihn gefragt, ob Ewald nicht da sei.

Jakubowski habe geantwortet: Nein. Dann wurde gemeinsam mit anderen Dorfbewohnern gesucht, und zwar eine gute Stunde lang, natürlich vergeblich in der Dunkelheit. Fritz Rogens hat, wie er angibt, später Josef in seiner Kammer aufgesucht und ihn gefragt, ob er sein Versprechen halten würde. Das habe Jakubowski bejaht.

Vors.: Sie sollen auch gesagt haben: Josef, warum suchst du nicht mehr? Hast du so wenig übrig für dein Kind? Jakubowski soll geantwortet haben, es hätte keinen Zweck, weiter zu suchen. R.-A. Dr. Brandt: Was soll das bedeuten, daß Sie, der Sie selbst am Morde beteiligt waren, den anderen Komplicen Vorwürfe machten? Vors.: Wissen Sie nicht mehr, daß Sie den Kriminalrat Gennat das angegeben haben? Fritz Rogens zuckt die Achseln. Nachts kam Frau Kähler nach Haus. Sie weckte zunächst Fritz und fragte nach Ewald. Fritz sagte, er wüßte nicht, wo er sei. Frau Kähler hat dann, wie sie angibt, das Haus und das Dorf abgesucht. Sie habe bei Josef gefragt, der antwortete:

„Ich nicht weiß."

Mit anderen Dorfbewohnern zusammen will sie dann die Umgebung abgesucht haben. Vors.: Was sollte denn das Suchen für einen Zweck haben? Sie wußten doch vorher, was geschehen würde. Frau Kähler: Ich wußte doch aber nicht wie. Ich wußte auch nicht, ob es ausgeführt war. Vors.: Dann ist ihr eben zur Gewißheit geworden, daß die Tat ausgeführt worden war! Ist Ihnen der Verdacht, daß der Mord ausgeführt war, erst so spät gekommen oder schon beim Suchen?

Frau Kähler: Nein, schon beim Suchen.

Vors.: Ja, Frau Kähler konnte doch im innersten Winkel ihres Herzens noch die Hoffnung gehabt haben, die Tat könnte vielleicht doch nicht ausgeführt sein. Außerdem mußte sie ja schließlich vor den Nachbarn so tun, wie sie es tat.

R.-A. Brandt: Es lag doch nahe, zu Jakubowski zu gehen, um Aufklärung zu bekommen?

Die Angeklagte schweigt.

Dann wird Blöcker verhört. Dabei dreht es sich hauptsächlich darum, wo Jakubowski sich zur Zeit der Tat aufgehalten hat. Die Zeitangaben der Beteiligten sind sehr schwankend. Jakubowski war vorübergehend von dem Eggertschen Gehöft, wo er und Blöcker als Knechte beschäftigt waren, abwesend. Als er zurückkam, erzählte er, er sei bei Frau Mott gewesen.

Der Vorsitzende verweist demgegenüber auf die Erklärung Jakubowskis am Tage nach der Auffindung der Leiche, die er dem Untersuchungsrichter wiederholt hat. Darin bestreitet Jakubowski, irgendetwas von dem Verschwinden des Kleinen zu wissen und gibt ein ausführliches Alibi. Er will sich in der fraglichen Zeit fortwährend auf der Straße aufgehalten haben. Das Urteil des Schwurgerichts nimmt an, daß diese halbe Stunde von Jakubowski benutzt wurde, um zum Heidekaten zu gehen. Im Prozeß selbst hat Jakubowski auch schließlich zugegeben, daß er ein Stück in Richtung der Heidekate gegangen sei. Die Angabe, bei Frau Mott gewesen zu sein, stellt Jakubowski als Scherz hin, weil er mit der Mott immer aufgezogen wurde.

R.-A. Müller hält Fritz Rogens vor, ob er nicht doch mit Kreuzfeld nachträglich gesprochen haben könne, ob er nicht einmal zum Beispiel auf Kreuzfeld zugekommen sei, den Hut ins Gesicht gezogen, und sich als Kriminalbeamter ausgegeben habe, der Kreuzfeld verhaften wolle.

Fritz Rogens (lächelnd): Nein.

Vors.: Auch nicht im Scherz?

Fritz Rogens: Nein.

R.-A. Müller: Frau Kähler, hat August Ihnen das nicht erzählt?

Angekl. Frau Kähler: Ja.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Am Nachmittag begibt sich das Gericht nach Lübeck, um am Donnerstag früh zum Ortstermin nach Palingen zu fahren.

Idyll vom Rangsdorfer See

um dessen Ufererhaltung für die Allgemeinheit jetzt ein Streit geführt wird.

Berufung Dr. Jacobys I verworfen.

Nach 7½wöchiger Dauer wurde am Mittwochvormittag in der Berufungsverhandlung des Bergmann-Prozesses das Urteil der ersten Großen Strafkammer des Landgerichts I über die nur noch übriggebliebene Berufung der Angeklagten, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Jakoby I und Kaufmann Ohnstein verkündet. Das Urteil lautete: „Die Berufung des Angeklagten Dr. Jacoby wird auf seine Kosten verworfen, und zwar mit der Maßgabe, daß er der Beihilfe am fortgesetzten

---

Jack London:

42]

Lockruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Aber endlich war alles in Ordnung. Aus dem wartenden Auto wurde eine Segeltuchtasche geholt, und als Daylight das letzte Paket Scheine hineingestopft hatte, schnappte er sie zu. An der Tür drehte er sich noch einmal um. „Noch eines: wenn ich zu dieser Tür hinaus bin, habt ihr eure Handlungsfreiheit wieder, aber ich will euch ein paar Winke geben. Erstens keinen Haftbefehl — savvy? Dies Geld gehört mir, ich hab's euch nicht gestohlen. Wenn es herauskommt, wie ihr mich reinlegen wolltet, so wird man auf eure Kosten lachen, und das nicht zu knapp. Weiter: Ihr habt mich ausgeplündert, und ich habe mir mein Geld wiedergeholt. Wenn ihr versucht, mich verhaften zu lassen und mich noch einmal auszuplündern, schieße ich euch über den Haufen. Ihr seid gerade die Rechten, Burning Daylight das Fell über die Ohren zu ziehen. Also nehmt euch in acht, daß es hier nicht ein paar Beerdigungen gibt. Wenn ihr mir in die Augen seht, dann wißt ihr, daß ich meine, was ich sage. Die Talons und Quittungen hier gehören euch. Guten Morgen!"

Als sich die Tür hinter ihm geschlossen hatte, sprang Nathaniel Letton ans Telephon, aber Dowsett stellte sich ihm in den Weg.

„Was wollen Sie tun?" fragte Dowsett.

„Die Polizei. Das ist gemeiner Raub. Ich laß mir das nicht gefallen."

Dowsett lächelte ingrimmig und schob den dürren Finanzier auf seinen Sessel zurück.

„Lassen Sie uns erst mal drüber reden," sagte er, und Leon Guggenhammer pflichtete ihm eifrig bei.

Es kam nichts dabei heraus. Die drei wahrten ihr Geheimnis. Auch Daylight verriet nichts, als er aber an diesem Nachmittag im Salonwagen in seinen Sitz zurückgelehnt saß, lachte er herzlich und lange.

New York konnte nie aus der Geschichte klug werden oder eine vernünftige Erklärung dafür finden. Wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, hätte Burning Daylight fertig sein müssen, und doch wußte man, daß er unmittelbar darauf mit anscheinend unvermindertem Kapital wieder in San Franzisko auftauchte. Das bezeugte die Größe seiner neuen Unternehmungen, wie der Panama-Post, deren Kontrolle er Seftly ausschließlich kraft seines Geldes und seiner Kampftüchtigkeit entriß, und die er zwei Monate später für eine, dem Gerücht nach, fabelhafte Summe den Harrimans überließ.

•

Nach Daylights Rückkehr wuchs sein Ruf schnell. Es war gerade kein beneidenswerter Ruf. Man fürchtete ihn. Er wurde als Raufbold, als Teufel, als Tiger verschrien. Sein Spiel war vernichtend, und keiner wußte, wie und wann sein nächster Schlag fallen würde. Alles kam überraschend. Er schlug unerwartet zu, ließ seinen Geist nicht ausgetretene Bahnen gehen, sondern erfand immer neue Kniffe und Kriegslisten.

Zu ruhiger Kapitalsanlage neigte er nicht, die hätte sein Geld nur gebunden und sein Risiko verringert. Was ihn an den Geschäften reizte, war das Moment der Spannung, und sein Draufgängertum erforderte stets neue Mittel. Er band sich immer nur für kurze Zeit, steckte Geld in eine Sache und zog es wieder heraus, um es anderweitig anzulegen, sobald er seinen Gewinn in Sicherheit hatte. Heute hier, morgen da, er war ein wahrer Seeräuber auf dem Meere des Kapitalismus. Er spielte genau nach den Regeln, aber schonungslos. Die Verbindungen, die er von Zeit zu Zeit einging, waren ausschließlich von Nützlichkeitsgründen diktiert; in seinen Verbündeten sah er Leute, die ihn ihrerseits bei der ersten Gelegenheit übers Ohr hauen würden. Trotzdem war er selbst anständig gegen sie, wenn auch nur so lange, wie sie selbst es waren, und sein Wort galt soviel wie seine Unterschrift.

Der Grund zu seiner Schonungslosigkeit war, daß er seine Mitspieler verachtete. Er hatte jede Illusion bezüglich des Spieles, das unter dem Namen Geschäft ging, verloren und sah es nun in seiner ganzen Nacktheit.

Die moderne Gesellschaft war ein riesiger organisierter, auf Ausbeutung der Schwachen und Minderbegabten berechneter Schwindel. Arbeit, rechtmäßige Arbeit war die Quelle allen Reichtums, nirgends aber sah man die rauhhändigen Söhne der Arbeit sich ihrer Früchte freuen. Fuhren sie in eigenen federnden Automobilen, kleideten sich in feine seidene Stoffe? ... Tausende, Hunderttausende saßen Nächte hindurch und schmiedeten Ränke, um sich zwischen die Arbeiter und die von diesen geschaffenen Dinge zu drängen. Diese Ränkeschmiede waren die Unternehmer. Ihnen fiel der Gewinn zu, der durch kein Gleichgesetz geregelt, sondern nur durch ihre eigene Stärke und Gemeinheit bestimmt wurde.

Freilich gab es auch unter ihnen Unterschiede. Jene kleinen Geschäftsleute, Ladeninhaber und dergleichen waren in Wirklichkeit nur die Handlanger der Großen, über denen wiederum die ganz Großen saßen. Magnaten, über Heere von Arbeitern gebietend, mehr Spieler als Räuber, die kein direkter Gewinn befriedigte, und deren unersättliche Gier sie zu Großmachtskämpfen untereinander trieb. Das nannte man haute finance.

Noblesse oblige galt bei den Großen des Handels und der Industrie nur in seltenen Ausnahmefällen. Diese modernen Uebemenschen waren eine Horde Banditen, die die erfolgreiche Frechheit besaßen, ihren Opfern ein Gesetz über Recht und Unrecht zu predigen, das sie selbst nicht befolgten. Ihnen galt das Wort eines Mannes nur so lange, wie er gezwungen war, es zu halten. Das Wort „Du sollst nicht stehlen" wurde nur auf den ehrlichen Arbeiter angewandt. Sie selbst waren über solche Gebote erhaben. Sie stahlen und wurden von ihren Mitmenschen nach der Größe ihrer Beute geehrt.

Daylight war ein dickschädeliger Praktikus, und nichts lag ihm ferner als Bücherweisheit. Er hatte sein Dasein unter den einfachsten Verhältnissen verbracht und keiner Gelehrsamkeit bedurft, um das Leben zu verstehen, und jetzt, unter den komplizierten Verhältnissen, erschien es ihm ebenso einfach. Er durchschaute Betrug und Lüge und fand das Leben hier ebenso elementar wie am Yukon. Die Männer waren aus demselben Stoff gemacht. Sie hatten dieselben Wünsche und Leidenschaften hier, wie dort! Finanz war nur Poker im großen.

So kam es, daß Daylight ein erfolgreicher Kapitalist wurde, wenn auch kein Sklavenhalter und Blutsauger. Bedrückung der Schwachen erschien ihm verächtlich. Aber im Hinterhalt liegen und dem erfolgreichen Räuber die Beute abjagen, das war ein lustiger, aufregender Sport, wie er ihn liebte.

(Fortsetzung folgt.)

Betrug Bergmann schuldig M. Das Urteil gegen Ohnstein wird aufgehoben, und der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen." Der Angeklagte Dr. Jacoby war vom Schöffengericht zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und mit Bewährungsfrist für den Rest der Strafe verurteilt worden. — In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Dr. Sternheim aus, daß der Hauptangeklagte Bergmann ein Schwindelunternehmen aufgemacht hatte. Der Angeklagte Jacoby sei nicht Mittäter gewesen, habe sich aber der Beihilfe schuldig gemacht.

Neuköllner Realgymnasium.

Einweihung des Hauses am Bahnhof Köllnische Heide.

Das in Neukölln am Bahnhof Köllnische Heide errichtete neue Schulhaus für das staatliche Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium wurde am Mittwoch feierlich geweiht. Schüler und Eltern versammelten sich mit dem Lehrerkollegium und Vertretern von Behörden des Staates und der Stadt in der großen Aula. Unter den Gästen war auch der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Die Schule hatte früher ihr Heim in Berlin in der Kochstraße, wurde 1914 wegen allmählicher Abwanderung ihrer Schüler nach Neukölln hinausverlegt und mußte sich dort lange mit vorläufiger Unterbringung in Häusern anderer Schulen begnügen. Das eigene Haus, das jetzt am Bahnhof Köllnische Heide in der Zwillingstraße fertig dasteht und schon benutzt wird, ist ein Werk des Regierungsbaurats Beckmann. Die Forderungen, die man an ein neuzeitliches Schulhaus stellt und stellen muß, sind in diesem stattlichen Bau zum Teil erfüllt worden. Die Kosten belaufen sich auf 1½ Millionen M., wozu auch die Stadt mit einem Zuschuß beigetragen hat.

Bei der Einweihungsfeier schilderte Baurat Beckmann selber in erläuterndem Vortrag den von ihm ausgeführten Bau. Vizepräsident Grimme vom Provinzialschulkollegium beglückwünschte die Schule zu ihrem neuen Heim. Er sprach von der pädagogischen Krise unserer Zeit, in der man nach einem neuen Typus des Menschen sucht. Die Züge des arbeitenden Menschen werde dieser Typus tragen. Grimme erinnerte an den Gründer der Anstalt, an Hecker, der schon um die Mitte des 18. Jahrhunderts, 1747, nach seinen heute in manchen Punkten noch „modern" klingenden Grundsätzen diese Schule als eine Schule ganz neuer Art, als eine erste Realanstalt schuf. Oberstudiendirektor Dr. Behrens, der jetzige Leiter des Kaiser-Wilhelm-Realgymnasiums, zeigte in seinem Vortrag über die Entwicklung der Heckerschen Anstalt, daß sie nicht aus dem Streben nach einem neuen Bildungsideal hervorgegangen war. Industrie und Handel, die damals in Preußen aufblühten, erforderten die neue Schulart. Daß Oberstudiendirektor Behrens versprach, das von ihm geleitete Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium werde die Jugend zu guten Bürgern der deutschen Republik erziehen, stellen wir mit Befriedigung fest. Glückwünsche der Stadt Berlin brachte Stadtschulrat Nydahl. Redner des Elternbeirates, der Schulgemeinde und mehrerer Vereine schlossen sich an.

Wer erwartet hatte, daß bei Gelegenheit dieser Einweihungsfeier die staatliche Schulverwaltung den Namen „Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium" durch einen zeitgemäßeren ersetzen werde, sah sich enttäuscht.

Neubabelsberger Zustände.

Ein 80jähriger Filmkomparse berichtet.

Die große Masse ist und bleibt einmal das Heer der Getretenen, egal, ob sie 18 oder 80 Lenze zählen. So erzählt beispielsweise ein Achtzigjähriger von seiner Filmtätigkeit bei einer Aufnahme der Universum-Film A.-G. in Neubabelsberg.

„Wir wurden," sagte er, „etwa 80 alte Knaben, meist über 80 Jahre alt, für eine Tagesgage von 15 Mark zu einer Aufnahme nach Neubabelsberg engagiert. Morgens 8 Uhr Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof, nachmittags um 17 Uhr sollte Arbeitsschluß sein; es wurde aber, wie gewöhnlich, später, und zwar 19 Uhr, also immerhin eine Arbeitszeit von 11 Stunden. Natürlich beträgt bei einer Filmaufnahme die aktive Tätigkeit der Komparserie ein Minimum an Zeit, und all die vielen, endlos langen Stunden werden meist mit nerventötendem Warten und Herumstehen zugebracht. Jungen Menschen mag dies nicht allzu schwer fallen, für einen Achtzigjährigen aber bedeutet dies immerhin eine ganz ungeheuerliche Kraftanspannung, noch dazu, wenn die vorhandenen Sitzplätze für das Filmvolk aus Sitzen ohne Rückenlehne bestehen, so daß man den Rücken an den scharfen Mauersteinen scheuert. Als dann endlich die langersehnte Feierstunde schlug, reichte man uns durch ein Fenster im verschlossenen Umschlag das Geld. Dabei stellte es sich heraus, daß es nicht 15 M. waren, wie wir es quittiert hatten, sondern 13,50 M., der Betrag von 1,50 M. wurde für Steuer in Abzug gebracht. Nach all diesen wenig erfreulichen Vorfällen kommt aber der Höhepunkt der Rücksichtslosigkeit. Kein Mensch interessierte sich dafür, wie die gebrechlichen alten Leute wieder nach Hause kommen. Zur Aufnahme hatte man sie wohl vom Bahnhof abgeholt; nachdem sie jedoch ihre Schuldigkeit getan hatten, war natürlich keine Veranlassung mehr, sich weiter um sie zu bekümmern. Wie unwichtig und wertlos ist doch schließlich ein Mensch, und noch dazu ein alter!"

Wenn wir im Kino sitzen, dann gehört unser ganzes Interesse, das sich in Freude oder auch Trauer spiegelt, dem Star, seinen Toiletten, seiner gepflegten Persönlichkeit, seiner Kunst. Was da noch so nebenher mitläuft, wer sieht das? Da huscht wohl einmal für eine Sekunde ein altes, verhutzeltes Gesicht über die Leinwand, da wird ein gebeugter Rücken, dort eine gichtverknotete Hand sichtbar, alles Folie, Staffage für einen Mann oder eine Frau, die im Mittelpunkt des Geschehens steht. Was hinter den Kulissen geschieht, sofern es nicht interessanten Klatsch oder sonstwelche Sensation bedeutet, wer kümmert sich darum?

Stinnes und die andern.

Die sechs auf der Anklagebank.

Im Prozeß gegen Stinnes und Genossen wurde gestern die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Die nächste Verhandlung findet Sonnabend früh statt. Unser Mitarbeiter Hans Bauer schreibt:

Es gab eine Zeit, in der der Name Stinnes ein Begriff war: Programm und Symbol. Heute sitzt man einem leibhaftigen Träger des ehemals so angesehenen Namens im Gerichtssaal gegenüber, und man ist verwundert: Ein unscheinbarer, kleiner, fast kümmerlicher Mann sitzt auf der Anklagebank. In den amerikanischen Filmen werden so die kleinen Angestellten dargestellt, die in die Tretmühle eines harten und eintönigen Tagewerkes Gespannten. Es ist Schablone, mit dem Begriff des Reichtums den der Dickbäuchigkeit zu verbinden. Ein ausdrucksloses, nichtssagendes Gesicht, das zuweilen lächelt, aber ein merkwürdig unfreies, ein verknifffenes Lächeln! Die Lippen verziehen sich, aber die Augen lächeln nicht mit: sie bleiben klein und ernst. Ein Mann, dem man nicht zutraut, daß er sich jemals begeistern kann, und der vor allem niemals jemanden wird in Begeisterung versetzen können.

Welch eine merkwürdig gemischte Anklagebank! Welch ein Sammelsurium entgegengesetzter und verschiedenartiger Charaktere! Ein Einziges eint sie: der Glaube an das Geschäftemachen: an das Machen großer, ganz großer Geschäfte freilich. Es sind keine kleinen Leute, die hier vor Gericht stehen. Mit Kleinigkeiten haben sie sich nie abgegeben. Eine souveräne Verachtung des gewöhnlichen Schiebers ist ihnen gemeinsam. Da sitzt neben Stinnes der Generaldirektor Schneidt auf der Anklagebank. Ein ähnlicher Kaufmannstyp vielleicht wie Stinnes, aber ein völlig anderer Menschentyp: Ein Oesterreicher, witzig und überaus wortgewandt, dabei ohne Geste und Aufdringlichkeit, ein guter Conférencier. Er stammt aus der gastronomischen Branche. Während des Krieges ist er Oberleutnant gewesen — wie sollte auch ein so lebenstüchtiger Mensch wie er es ausgerechnet beim Militär zu nichts gebracht haben! — und er legt Wert darauf — vielleicht, weil er hofft, daß das einen guten Eindruck hinterläßt —, seine Kriegserlebnisse ziemlich ausführlich zu schildern. Nach dem Kriege hat Schneidt Geschäfte gemacht, mal günstige, mal weniger günstige, aber immer Geschäfte, Geschäfte.

Ein ähnlicher Typ wie er: Leo Hirsch, nur menschlich erheblich unsympathischer. Ein breites, feistes Lebemannsgesicht. Geboren in Budapest, zu Haus überall in der Welt, wo es viel zu verdienen gibt. Das Anleihegeschäft will er sich so gedacht haben: Man sammelt die Altbesitzer von Kriegsanleihe unter einen Hut, gibt ihnen Vorschuß und läßt sich für geringes Geld von ihnen ihre Ansprüche abtreten. „Ein interessantes Geschäft" bedeutet ihm so etwas, und „interessante Möglichkeiten" sind es, die sich für ihn ergeben. Fabelhaft, mit welchen Beziehungen solche Leute aufwarten können! Kaum ein Großbankdirektor ist in Inland und Ausland, den Hirsch nicht kennt. Sogar mit der österreichischen Regierung hat er in Sachen einer Auslandsanleihe verhandelt. Ein Prozentgenie, ein Großparasit der Wirtschaft, ein Kronzeuge wider das Wesen und die Möglichkeiten des Kapitalismus!

Bela Grosz, ein Tschechoslowake, der Aelteste der Angeklagten, ein Mann mit einem Gelehrtengesicht, sollte das rumänische Geschäft einrenken. Er spricht mit leiser, etwas tonloser Stimme, weiß aber, wie alle, die hier angeklagt sind, recht wohl, was er will, und prägt sehr sichere ökonomische Formulierungen. Er ist leitender Angestellter einer großen Holzfirma gewesen und mußte wegen verfehlter Devisenpolitik aus dem Geschäft ausscheiden. Nüchtern und sachlich trägt er vor. Er ist derjenige unter allen Angeklagten, der den seriösesten Eindruck erweckt.

Von Waldow und Rothmann, die beiden Stinnes-Vertrauensleute, sind bislang noch nicht zu Wort gekommen. Waldow: eine hellblonde Friesengestalt, rassenmäßig ein Ueberdeutscher. Rothmann: ein elegant ondulierter, gesundfarbiger Sportstyp.

Sechs Angeklagte... Sechs feine Leute in schönen Anzügen, mit guten Manieren und schnittigen Autos, die draußen vor der Tür warten... Sechs Sumpfpflanzen des Kapitalismus, die ehrliche Arbeit nicht gelernt haben und aus den Lücken der Gesetze — und wahrscheinlich nicht nur aus ihnen — Vorteil zu ziehen trachten.

Billiges Gemüse?

Uebergroße Mengen, zum Teil unabsetzbar.

Die anfänglich hohen Gemüsepreise haben in Verbraucherkreisen die Besorgnis hervorgerufen, daß auch weiterhin mit übermäßigen Preisen für diese wichtigen Lebensmittel gerechnet werden muß. Diese Annahme trifft nicht zu. Wir haben im Gegenteil durchaus normale Preise zu erwarten, sobald das hiesige Gemüse in großen Mengen auf den Markt kommt, was zum Teil schon jetzt der Fall ist.

Die große Kälte des letzten Winters hat die rechtzeitige Bestellung der Felder verhindert, Kälterückfälle im Frühling haben die ersten Auspflanzungen, z. B. Kohlrabi, vernichtet. Warmes Wetter und Regen haben aber das Wachstum in den letzten Wochen sehr gefördert. Spinat, Salat, Rhabarber und Spargel kommen, wie die Feststellungen im Großhandel der Berliner städtischen Markthallen ergeben, **in übergroßen Mengen zum Verkauf und sind zum Teil nicht abzusehen.** Ein Fallen der Preise ist die unausbleibliche Folge.

Im Großhandel bringt jetzt Spinat 3—4 Pf., Gubener Salat 10—15 Pf., hiesiger 10—20 Pf., Freiland-Rhabarber 2 bis 5 Pf. und Spargel erster Sortierung 40 bis 50 Pf. je Pfund. Große Mengen dieser für die Ernährung wichtigen Gemüsearten sind trotz bester Qualität um keinen Preis abzusetzen. Es kann deshalb nicht genug empfohlen werden, diese Gemüse, die zum Teil dem Verderb verfallen müssen, recht oft auf die Mittagstafel zu bringen.

Die für den Anbau ungünstige Witterung hat uns von der Treibhausware und vom Auslande abhängig gemacht. Erstere ist infolge hoher Betriebskosten sehr kostspielig. Besonders fiel ins Gewicht, daß sehr lange und verstärkt geheizt werden mußte. Bei der Auslandsware muß der Weltmarktpreis gezahlt werden, weil die Einfuhrländer auch andere Länder beliefern. Andere wichtige Gemüse, die jetzt noch aus dem Auslande oder aus Treibhäusern bezogen werden müssen, werden bald in großen Mengen erscheinen. Hierher gehören z. B. Kohlrabi, die in 8—10 Tagen vom Freiland hereinkommen und dann ebenfalls billig werden.

Juwelengräfin vor dem Schnellrichter.

Sie soll auch die Hausangestellten bestohlen haben.

Die als Juwelendiebin verhaftete Gräfin Montoy wird heute vormittag dem Schnellrichter beim Polizeipräsidium vorgeführt werden, der über die weiteren Maßnahmen befinden wird.

In der gräflichen Juwelendiebstahlsaffäre hat die Kriminalpolizei gestern neue Ermittlungen angestellt. Auch in der Wohnung des toten Rittmeisters v. Wedel am Lützowplatz wurde noch Schmuck aus dem Diebstahl vorgefunden. Weiter hat man festgestellt, daß v. Wedel den Schmuck in einzelnen Stücken verkaufte. **Ein Graf v. Einsiedel nahm ihm z. B. ein Wertstück von 500 Mark für noch nicht 40 Mark ab.** Die Kassette hatte die junge Gräfin einem früheren Hofbeamten des Königs von Württemberg, Grafen von Lippa, zur Aufbewahrung übergeben. Von dort wanderte sie zu einem Rechtsanwalt Grafen v. Strachwitz, wo sie jetzt beschlagnahmt wurde. Ein großer Teil des Schmucks war aber schon von der Komtesse herausgenommen und durch v. Wedel verkauft worden. Weiter soll die junge Gräfin die Geldanweisung eines Fürsten Hohenlohe gefälscht haben. In einen Abgrund aber sieht man, wenn man erfährt, **daß die Komtesse auch die Dienerschaft ihrer Tante bestohlen hat.** Wiederholt soll sie einen alten Diener angepumpt haben, ohne an Rückzahlung zu denken, ja sie hat ihm sogar aus einer Kassette 50 Mark entnommen.

Inzwischen hat die Komtesse vom Selbstmord ihres Freundes Kenntnis erhalten.

Auf dem Friedhof erhängt.

Besucher des 12. Apostel-Friedhofes am Sachsendamm im Bezirk Schöneberg machten gestern nachmittag eine grausige Entdeckung. An einer etwas abgelegenen Stelle sahen sie an einem Baum die Leiche eines Mannes hängen. Die

Leopold Cadiel
Das Haus für grosse Weiten
KÖNIG-STR. 22-26

Es lohnt sich, die Extra-Angebote für Donnerstag, Freitag und Sonnabend zu beachten.
Die Güte der Waren, die ungemeine Auswahl und die Billigkeit der Preise veranlassen Ihre bewundernde Zustimmung zu erfallen.

Hochsommer-Kleider
aus Vollvolle in blendend schönen Mustern, vorzüglichen Qualitäten und in vielen Farben
3 Serien:
Serie I nur 19.-
Serie II nur 22.-
Serie III nur 25.-

Für unbeständige Witterung reinwollene imprägnierte
Loden-Mäntel
in moderner Verarbeitung und allen Größen nur 29.-
Fescher und praktischer
Oelhaut-Mantel
in vielen Farben nur 25.-
Die beliebten Trench-Coat-Mäntel
unentbehrlich bei Regen und Sturm, ganz auf Futter nur 25.-

Reizendes, jugendliches
Komplet
aus vorzüglichem Crêpe Caid, mit reinseidener Crêpe de Chine-Bluse, mit abgetönter Krawatte; das Jäckchen mit eleganten Taschen mit großen Goldknöpfen. Der Rock auf Gummizug mit der modernen Faltenlage. Das prächtige Komplet ist das modernste Kleidungsstück für unsere jungen Damen.
nur 49.-

Aus unserem riesigen Strickwarenlager weiße
Reinwollene Strickkleider
Jumper mit feinen kunstseidenen Effekten. Diese Kleider sind federleicht und auch an warmen Tagen zu tragen. nur 16.-
Strickkleider
aus weichem, nicht blitzendem Material in vielen Farben und allen Weiten nur 16.-
Kunstseidene Pullover
Ärmellos oder mit langen Ärmeln nur 7.-

Für die Badesaison:
Bildschöne Badeanzüge
aus Jacquard-Trikot in prächtigen farbenfrohen Mustern, in allen Weiten z. Einheitspreis von nur 4.50
Bademäntel
für Damen u. Herren aus vorzüglichem Kräuselstoffen nur 9.75
Prächtige Strandanzüge m. Bobbykappen, auch mit langen Hosen
Bade-Wäsche äußerst preiswert
Schlafanzüge
in allen Farben, in eleganter Verarbeitung und allen Größen nur 6.-

Reinseidene u. kunstseidene
Krawatten
in riesigen Mengen, modernsten Mustern, durchweg .. nur 1.50

An unserem besonders gepflegten Lager für Morgenröcke finden Sie leichte, luftige
Morgenröcke
in prächtigen Druckmustern, in modernsten Formen
zu billigsten Preisen

Polizei wurde sofort benachrichtigt, die in dem Toten einen Weichensteller Fritz Mandel aus der Prinzregentenstraße 93 in Wilmersdorf feststellte. Der Selbstmörder hatte, wie die Ermittelungen ergaben, längere Zeit auf dem Friedhof geweilt und dann in einem unbeobachteten Augenblick die Tat vollführt. Der Grund zu der Verzweiflungstat ist noch unbekannt.

120 Stundenkilometer.

D-Zug-Versuchsfahrt zwischen Hamburg und Nauen.

Zur Ermittlung der höchstmöglichen Geschwindigkeit wurde gestern vom Hamburger Hauptbahnhof ein leerer D-Zug mit ungefähr 15 modernen Wagen aus Stahlkonstruktion nach Nauen, bis an die Grenze des Hamburger Direktionsbezirks, abgelassen.

Der Zug benötigte für die 251 Kilometer lange Strecke eine Zeit von 2 Stunden 37 Minuten und entfaltete eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Kilometern gegenüber einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 88 Kilometern und einer Höchstgeschwindigkeit von 100 Kilometern der D-Züge. Die ganze Berliner Strecke war auf diese Fahrt vorbereitet. Personen- und Güterzüge wurden während der Durchfahrt des Versuchszuges auf ein Nebengleis abgestellt, damit er nirgends Aufenthalt hatte. Die Fahrt sollte zeigen, ob auf einem nach modernsten Prinzipien erneuerten Bahnkörper bedeutend höhere Geschwindigkeiten als die sonst üblichen möglich sind. Kurz vor 8 Uhr abends traf der Zug auf der Rückfahrt von Nauen wieder in Hamburg ein.

Wieder aufgegebene Ozeanflüge.

Sie sind nach kurzer Zeit umgekehrt.

New York, 29. Mai.

Das amerikanische Flugzeug „Grüner Blitz" und das Flugzeug „Gelber Vogel", die gestern vom Flugplatz Old-Orchard zu Transozeanflügen starteten, sind nach kurzer Zeit umgekehrt und wieder auf dem Startplatz gelandet.

Uebertriebene Einsturzgerüchte.

Die Tatsache, daß sich an einer Wand des Seitenflügels im Hause Breslauer Straße 30, das an die Stadtbahn grenzt, ein Riß gezeigt hat und daß an einzelnen Fenstern des Gebäudes sich Stuck- und Mörtelteile gelöst hatten und hinabgestürzt waren, gab zu übertriebenen Gerüchten Anlaß, wonach der Seitenflügel vom Einsturz bedroht sei. Wie von zuständiger Stelle demgegenüber mitgeteilt wird, hat die Städtische Baupolizei gestern eine eingehende Untersuchung des Hauses Breslauer Straße 30 vorgenommen und dem Hausbesitzer aufgegeben, die in der Umgebung der Fensterrahmen eingetretenen Risse und Sprünge binnen 24 Stunden zu beseitigen. Irgend eine Gefahr für das Haus und seine Bewohner besteht nicht.

Der Ankauf des Flugplatzes Johannisthal.

Der Magistrat läßt jetzt der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen, mit der er die Zustimmung zu dem geplanten und von ihm beschlossenen Ankauf des Flugplatzes Johannisthal beantragt. Dieser Flugplatz, der bisher einer Terraingesellschaft gehört hat, soll hauptsächlich als Sport- und Frachtflugplatz benutzt werden und auch als Notlandeplatz dienen. Dagegen soll der Zentralflughafen Tempelhofer Feld dem Luftverkehr, der Flugplatz Staaken dem Luftschiffverkehr vorbehalten bleiben. In Johannisthal werden für 2 203 496 Quadratmeter Land sowie für Gebäude und Bahnanlage samt rollendem Material fünf Millionen Mark gefordert.

Rechtsanwalt Kröck in Moabit eingeliefert.

Der auf einen Haftbefehl der Berliner Staatsanwaltschaft III unter der Anschuldigung der Unterschlagung von Mandantengeldern in München festgenommene Berliner Rechtsanwalt A. Kröck, ist am Dienstag in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Rechtsanwalt Kröck wurde bereits gestern nachmittag dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Zimmer, zur Vernehmung vorgeführt. Es liegen vier Anzeigen vor, nach denen er Gelder von Mandanten in Höhe von über 30 000 M. veruntreut haben soll. Vor dem Untersuchungsrichter gab Rechtsanwalt Kröck zwar zu, die Gelder nicht ausgezahlt zu haben, bestritt aber strafbare Absicht. Infolge seines nervösen Zusammenbruchs sei er nicht in der Lage gewesen, seine Kassenführung in Ordnung zu halten.

Hast Du irgendwo ein Laster, vergesse nie das Kwiet'sche Pflaster
jedoch achte dabei immer auf den Patentschutz „Schlimmer Finger". Seit 80 Jahren käuflich in Apotheken à 45 Pf. Gutachten über Hautkrankheiten, kranke Brüste durch Hans Kwiet's Pflaster-Fabrik, Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 29a.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

14. Kreis Neukölln. Freitag, 31. Mai, 19 Uhr, im Parteibureau, Fuldastraße 55–56, Sitzung der Abteilungsobleute der Zeitungskommissionen. — Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich am Freitag, 31. Mai, 20 Uhr, an der Veranstaltung der Sozialistischen Arbeiterjugend, Filmvorführung im Saalbau Bergstr. 147, zu beteiligen.
20. Kreis Reinickendorf. Kursus Dr. Schlesinger! Alle Kursusteilnehmer treffen sich zum Abschluß unserer Arbeit heute, Donnerstag, 30. Mai, 20 Uhr, im Volkshaus, Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 114, zum zwanglosen Beisammensein. Gesangsvorträge, Rezitationen, Tanz.

Morgen, Freitag, 31. Mai:

46. Abt. 18½ Uhr Abrechnung bei Keller, Fürstenstr. 1.
69. Abt. Wilmersdorf. 20 Uhr Abteilungsvorstandssitzung mit allen Funktionären bei Ihlenfeld, Uhland- Ecke Günzelstraße.
91. Abt. Neukölln. Sonntag, 2. Juni, Bannerweihe in Seelow. Die Abteilung beteiligt sich recht zahlreich daran. Treffpunkt 12½ Uhr Kleinbahnhof Hermannstraße. Fahrkarten werden gemeinsam gelöst wegen der Fahrpreisermäßigung.

Jungsozialisten.

Arbeitsausschußsitzung mit den Werbebezirksleitern heute, Donnerstag, 30. Mai, 19½ Uhr, im Jugendheim Kreuzberg, Porckstr. 11.

Gruppe Wedding-Gesundbrunnen: Die Anmeldungen für die Wienfahrt müssen bis heute, Donnerstag, 30. Mai, abends, beim Genossen Alfred Reibling, N. 65, Müllerstr. 30, abgegeben sein. Mindestanzahlung 10 M.

Gruppe Süden: Freitag, 31. Mai, 20 Uhr, im Jugendheim Porckstr. 11, Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist wichtig, da über einen anderen Wochentag für die Gruppenabende entschieden werden soll.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Groß-Berlin: Die Helfersitzung heute, Donnerstag, 30. Mai, im Rathaus Neukölln, muß umständehalber ausfallen.

Kreis Neukölln, Gruppe Weddin: Heute, Donnerstag, von 17½–19 Uhr Zeltlagerbesprechung im Jugendheim Flughafenstr. 68.

Geburtstage, Jubiläen usw.

84. Abt. Sankwitz. Unserem langjährigen Genossen Paul Lampke und seiner lieben Ehefrau die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Silberhochzeit.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Abt. Unser Genosse Robert Stolpe (nicht, wie irrtümlich angegeben wurde, Stolp) ist im Alter von 65 Jahren verstorben. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Einäscherung heute, Donnerstag, 30. Mai, 10½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Kameraden, die bereit sind, am Sachsentreffen in Chemnitz am 29. und 30. Juni teilzunehmen, melden sich baldmöglichst zwecks Zusammenstellung eines Sonderzugesellschaftszuges im Gaubureau, Sebastianstr. 37–38. Fahrpreis etwa 13 M. — Wilmersdorf: Sonntag, 2. Juni, Teilnahme an der Bannerweihe in Brunne bei Fehrbellin. Abfahrt 6½ Uhr Fehrbelliner Platz, Pflichtveranstaltung. — Schöneberg-Friedenau, Kameradschaft „Auben": Donnerstag, 30. Mai, in der Menzel-Klause, Menzel- Ecke Thorwaldsenstraße, Versammlung. — Lichtenberg: Sonnabend, 1. Juni, Kameradschaft Rummelsburg und Karlshorst gemeinsame Mondscheinfahrt nach Ziegenhals mit Motorboot „Zukunft". Abfahrt 19 Uhr am Lokal Schönert am Rummelsburger See. Gäste willkommen. — Ruderriege: Donnerstag, 18 Uhr, Bootshaus, Uebungsabend.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands, e. V., Gruppe Steglitz. Donnerstag, 30. Mai, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gruppenlokal, Hohenlohestraße 3.

Reichskurzschriftverein Berlin-Moabit. Donnerstag, 20–22 Uhr, Rathenower Straße 8a, Anfänger-, Fortgeschrittene-, Redeschriftlehrgänge. Auskunft bei H. Gagern, Berlin NW. 21, Wiclefstr. 21.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Freitag, 14. Juni, 20 Uhr, im Zimmer 93 der 6. Treptower Gemeindeschule, Wildenbruchstr. 53 II, spricht Dr. Richard Müller-Freienfels über „Der Einfluß des Berufslebens auf die seelische Entwicklung der Jugend".

Bund Berlin für Einheitskurzschrift. Uebung in allen Geschwindigkeiten jeden Freitag von 20–22 Uhr im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6, am Reichstagsgebäude, und jeden Dienstag von 20–22 Uhr im Schulhause Utrechter Str. 30–31, am Wedding. Anfängerkurse sowie Aufnahme neuer Mitglieder zu jeder Zeit. Auskunft erteilt Fritz Plauschinn, Berlin-Zehlendorf, Waldemarstr. 8.

English Conversational Club founded 1878. Meetings every Friday 8 p. m. Café Josty, Potsdamer Platz. Lecturer: Mr. Knappe on: „The Industrialisation in Spain." Guests, Ladies und Gentlemen, are welcome.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Ziemlich kühl, wechselnd bewölkt, anfangs Neigung zu leichten Regenfällen, böige nördliche Winde. — **Für Deutschland:** Südwärts fortschreitende Abkühlung, im Alpenvorland Regenfälle, im übrigen Süddeutschland Gewitterneigung.

Dönhoff-Brettl. Der wunderschöne Garten ist eröffnet und bietet Saal und Garten mitten in der Stadt einen herrlichen und erfrischenden Aufenthalt. Der Varietébetrieb ist wieder in vollem Gange, dazu Tanz bei großem Orchester.

Donnerstag, den 30. Mai, 18.40 Uhr, findet der humorvolle Sondervortrag des bekannten Berliner Humoristen Ludwig Manfred Lommel im Rundfunk statt. Er spricht über das Thema „12 000 M. auf Welle Rungendorf". Wer sich einige köstliche Minuten verschaffen möchte, versäume nicht, es sich pünktlich vor seinem Lautsprecher bequem zu machen.

Funkwinkel.

Es gehört heute viel Kühnheit dazu, nach Georg Simmel und Max v. Boehns Untersuchungen über „Mensch und Mode" zu sprechen, wenn man nur ethisch verzierte Banalitäten zu sagen weiß. Ernst Wilhelm Balk vermischt moralische Betrachtung mit historischen Tatsachen und Beschreibungen von Modetorheiten. Die moralischen Betrachtungen erübrigen sich von vornherein, da sie nicht als das Endresultat einer logisch verbundenen Ideenreihe angesehen werden können, einer Ideenreihe, die auf kulturwissenschaftlicher und psychologischer Basis beruht, sondern allein einem verwirrten Ueberblick angeheftet sind. Der Hörer hat wirklich nichts von diesen und ähnlichen Veranstaltungen. Auf seiner Suche nach Generalnennern für die moderne europäische Literatur ist Dr. Werner Mahrholz nach Rußland gelangt. Er analysiert die Literatur nicht nur Sowjetrußlands, sondern er verknüpft sie ebenfalls mit der Vergangenheit mit Tolstoi und Dostojewski. Er sucht außerdem Verknüpfungen des Neuen mit der alten künstlerischen Tradition des Landes. Ein Unternehmen übrigens, an dem sich vor ihm schon mancher im Berliner Rundfunk versucht hat, allerdings kaum mit diesem Wissen, mit dieser Klarheit und Objektivität, mit diesem weitgespannten Horizont, der es Mahrholz ermöglicht, sowohl die Emigranten wie auch die Bolschewisten ohne weltanschauliche Stellungnahme mit unantastbarer Sachlichkeit zu behandeln. Dann abends „Aida", die Uebertragung des letzten Scala-Gastspiels aus der Lindenoper auf alle deutschen Sender. Dadurch gelangt eine künstlerische Aufführung, die von hohem Niveau ist, auch zur Kenntnis jener Hörer, die es sich nicht leisten könnten, die unerschwinglichen Preise zu bezahlen. Der Rundfunk wirkt in diesem Falle wie ein Segen, wie eine ausgleichende Gerechtigkeit. Empfängt man auch nicht den unmittelbaren Eindruck, so spürt man doch einen Hauch von diesen Herrlichkeiten. Ueber die Aufführung selbst wird hier noch an anderer Stelle eingehend gesprochen werden. F. S.

Verkäufe

Gebrauchten, gut erhaltenen Kinderwagen und Sportwagen verkauft H. Pietsch, SO. 36, Grosestraße 63 II.

Webfehler-Teppiche.

Kleine Webfehler	2×3	19.—	Mark
Kleine Webfehler	2×3	24.—	Mark
Kleine Webfehler	2½×3½	38.—	Mark
Kleine Webfehler	3×4	59.—	Mark
Ia. Qualität	2×3	38.—	Mark
Ia. Qualität	2½×3½	55.—	Mark
Ia. Qualität	3×4	85.—	Mark

Körner, Berlin, Potsdamerstraße 28b. Hausnummer beachten.

Linoleum. Billat, Kolonieſtraße 9 •

Laubparzellen 890.—, schön gelegen, kleine Anzahlung. H. Paul, Bahnhof Lehnitz, Bootshaus. •

[illegible]

Getragene Herrengarderobe, Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Rak, Germannstraße 25/26, früher Mulackstraße •

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportgehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. •

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gummimäntel, Cutawayanzüge, Gabardinemäntel, Covercoatpaletots, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge spottbillig. Gesellschaftsanzüge werden verliehen. Halpern, Rosenthalerstraße 4, 1. Etage. •

Möbel

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden •

Möbelkäufer
merkt Euch
und der
Möbelbazar,
große Auswahl,
kleine Preise!
Beispiele:

Schlafzimmer	435.	Speisezimmer	345.
Herrenzimmer	360.	Spiegelschränke	118.
Anrichteküchen	75.	Kleiderschränke	48.
Holzbettstellen	48.	Chaiselongues	28.
Metallbettstellen	16.	Auflegematratzen	13

Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten. Kleine Anzahlungen. Kassa-Rabatte bis zehn Prozent. Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. Neukölln, Hermannplatz 7; Steglitz, Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Straße 90, Untergrund-Bahnhof

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Anrichteküchen, Auswahlküche, Weißlackschränke, Flurmöbel, Riesenauswahl, Spottpreise. Zahlungserleichterung. •

Schlafzimmer, Küchen, Ankleideschränke, Metallbetten, Korbmöbel, kleine Wochenraten, Kutel, Große Frankfurterstraße 34, Strausberger Platz.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Büfetts, Bücherschränke, Schreibtische, runde Tische, Standuhren, Ankleideschränke aller Größen, Sofas, Ruhebetten. Kulante Zahlungsweise. Moebel-Vorbel, Moritzplatz, Fabrikgebäude •

Feldbettstellen, Pankow, Schmidtstraße 1, Pappelallee 12. •

Wochenendbetten 12.—, Pappelallee 12, Pankow, Schmidtstraße 1. •

Musikinstrumente

Einspianos, überaus preiswert. Pianofabrik Einf. Brunnenstraße 55. •

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonfülle. Langjähriger Garantieschein. Kleine Ratenzahlung. Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz.

Radio

Anoden 3.50, Akku 3.50, Sparröhren 1.50, Apparate Teilzahlung. Drehkondens 1.20. Schönleinstraße 2. •

Fahrräder

Teilzahlung, kulante Bedingungen, Fabrikpreise, nur Qualitätsräder. Fahrradbau „Wima", Ackerstraße dreißig.

Fahrraddecken 2.50, Schläuche 1.20, Pedale 1.50, Reparaturen billig. Schönleinstraße 2.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Kleinmetalle, Quecksilber, Silberschmelze Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 29 (Haltestelle Adalbertstraße)

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Johannisstraße 4. •

Unterricht

Schnellfördernde Einzelfächer für Erwachsene: Tagesunterricht, Abendunterricht, Stenographie, Maschinenschreiben, Diktatübungen, Debatteschrift, fremdsprachliche Stenographie, Korrespondenz, Rechnen, Buchführung für jeden Betrieb, Wechsellehre, Deutsch, Fremdsprachen (Deutsche und nationale Lehrkräfte). — Rackows kaufmännische Privatschule W. und Dr. K. Rackow, Wilhelmstraße 49 (nahe Leipzigerstraße); Tauentzienstraße 1; Alexanderplatz 50. •

Vermietungen

Wohnungen

Portierwohnung, zweizimmrig, Westenlage, Gehalt 60.—, gute Bratstelle, abzugeben. Näheres unter W. 20 Hauptexpedition des „Vorwärts".

2-, 2½-, 3-, 3½-Zimmer-Neubauwohnungen in Bielschaften, Rummelsburg, Karlshorst und Reinickendorf. Rückzahlbarer Baukostenzuschuß 500 M. pro Zimmer. Beziehbar Frühjahr 1929. Wohnraum, Belle-Alliance-Str. 79 Bergmann 6304

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Erfahrener Motorenschlosser, Führerschein 2 und 3b, lange Jahre selbständig, Meister in größerem Autowerk Berlins gewesen, umsichtiger, absolut sicherer Fahrer, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht Stellung als Meister, Kalkulator, Motorenschlosser, Fahrer oder Lagerverwalter. Georg Fischer, O. 112, Mainzerstraße 3.

Stellenangebote

Maschinenbauerlehrling von Maschinenfabrik im Südosten gesucht. R. Ritschke u. Co., Waldemarstraße 43.

Vier Klassen Anzüge und Mäntel

Wohlfeile Angebote!

Klasse I Mk. 39.-	Klasse II Mk. 55.-	Klasse III Mk. 68.-	Klasse IV Mk. 85.-
Sakko-Anzüge modefarbig und grau gemusterte Stoffe	*Sakko-Anzüge* grau- u. braunkarierte kammgarnartige Stoffe, zweireihige Form	*Sakko-Anzüge* blauKammgarn, zweireihige Form	*Sakko-Anzüge* modefarbig gestreifte und blaugrau karierte Stoffe
Sport-Anzüge mit kurzer und langer Hose, modefarbig kariert	*Sport-Anzüge* rostbrauner kar. Cheviot, 4teilig, Sakko, Weste, kurze u. lange Hose	*Sport-Anzüge* hellfarbige, nach englisch. Art gemusterte Sportstoffe mit kurzer und langer Hose	*Sport-Anzüge* braunkarierte Cheviots, flotte Sportdessins, 4teilig
Trenchcoats graugrüner Gabardine, gefüttert, mit Oeltucheinlage	*Paletots* marengo Cheviot, einreih., mit verdeckter Leiste	*Ulster* blaugrau karierter Cheviot mit Ringsgurt	*Sport-Paletots* aus Covercoatstoffen, moderne Form

BAER SOHN A.-G. Berlin N 4, Chausseestr. 29-30 U-BAHN Stett. Bhf.

Eisenherren gegen Konjunktur.

Zur Erhöhung der Roheisenpreise. — Der nachsichtige Reichswirtschaftsminister.

Gegen die Heraufsetzung der Roheisenpreise, die vom Roheisenverband unmittelbar vor Pfingsten mit Rückwirkung ab 15. Mai zur größten allgemeinen Ueberraschung vorgenommen wurde, ist bisher weder vom Reichswirtschaftsministerium, noch von den Eisenverarbeitern Widerspruch erhoben worden. Das Vorgehen der Schwerindustrie hat zwar der Form wie der Sache nach allseitig Verurteilung gefunden, aber offenbar bleibt es, wie gewöhnlich, bei unwirksamer Kritik und man scheut das Eingreifen. Uns erscheint freilich, nicht nur aus konjunkturpolitischen, sondern auch aus grundsätzlichen staats- und wirtschaftspolitischen Erwägungen ein Einschreiten gegen die Preiserhöhung der Schwerindustrie unbedingt erforderlich.

Man pfeift auf feierliche Versprechen.

Vor 1½ Jahren sah sich bereits das Reichswirtschaftsministerium gezwungen, gegen die Schwerindustrie anläßlich der völlig unerwarteten und unberechtigten Erhöhung der Eisenpreise vom Januar vorigen Jahres auf Grund der Kartellverordnung vorzugehen. Der Reichswirtschaftsminister ordnete damals an, daß sämtliche Beschlüsse und der Schriftwechsel der Eisenverbände dem Reichswirtschaftsminister vorgelegt werden müßten. Diese Sicherheitsmaßnahme, die sogenannte „Kuratelverordnung", ist damals leider schon einen Monat später aufgehoben worden gegen die Zusicherung der eisenschaffenden Industrie, „sie werde vor Ergreifung wichtiger, die gemeinsame Eisenwirtschaftspolitik beeinflussender Maßnahmen das Reichswirtschaftsministerium rechtzeitig unterrichten, so daß dieses Gelegenheit zur Stellungnahme erhält".

Wir haben damals den Rückzug des Reichswirtschaftsministeriums vor der Eisenindustrie und dem Reichsverband der Industrie aufs schärfste gemißbilligt und die Zusicherungen der Eisenindustrie als leere Versprechungen ohne jede Garantie und damit als wirkungslos und wertlos bezeichnet. Die letzten Vorgänge zeigen leider, wie recht wir mit unserer Auffassung behalten haben, und wie wenig die Eisenindustrie die Bedingungen, unter denen der „verpflichtende Eisenfrieden" abgeschlossen wurde, imehält.

Ausreden!

Der Roheisenverband versucht sich nun allerdings damit herauszureden, daß er unmittelbar an dem seinerzeitigen Abkommen gar nicht beteiligt war, daß es sich ferner bei der jetzigen Maßnahme um keine „echte" Preiserhöhung, sondern nur um eine Aufgabe von Kampfpreisen handelt.

In Ausflüchten und Tatsachenverdrehungen ist die Schwerindustrie von jeher Meister gewesen. Die Vereinbarung im Reichswirtschaftsministerium galt — darüber kann nach dem Text der seinerzeitigen Erklärung gar kein Zweifel bestehen — für die gesamte Großeisenindustrie, und daß die Hochofenwerke, in denen Roheisen produziert wird, einen Bestandteil der Großeisenindustrie bilden, das läßt sich schwerlich bestreiten.

Auch der Auffassung, daß es sich um keine „echte" Preiserhöhung handelt, können wir nicht folgen. Die Ermäßigung des Roheisenpreises Ende 1927 ist zwar seinerzeit mit Rücksicht auf die Preisunterbietung der Maximilianshütte erfolgt, übrigens ein halbes Jahr später fast zur Hälfte wieder ausgeglichen worden; jedoch mußte die Eisenindustrie nicht bloß wegen der billigeren Angebote des Röchlingschen Hüttenwerkes, sondern auch wegen des niedrigeren Preisstandes für englisches Roheisen — die Konkurrenz der kontinentalen Eisenländer ist ja durch die Kontingentsabkommen ausgeschaltet — von ihren übersetzten Roheisenpreisen heruntergehen. Nachdem nun in jüngster Zeit die englischen Roheisenpreise sich wieder um etwa 4 M. bessern konnten, benutzt die Eisenindustrie sofort diese Gelegenheit, um die inländischen Eisenpreise entsprechend heraufzusetzen.

Hinter dem Schutz der Eisenzölle.

So verwirklicht die Schwerindustrie ihr Versprechen, die Inlandspreise den Auslandspreisen anzupassen! Die Steigerung der Weltmarktpreise und entsprechende Besserung der Ausfuhrerlöse hat bisher nicht zu einer Verringerung der Spanne zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis geführt; sie wird vielmehr unter dem Schutze der hohen Eisenzölle und der internationalen Gebietsschutzabkommen zu einer Heraufsetzung der inländischen Eisenpreise ausgenutzt und auf diese Weise wird die enorme Spannung zwischen Inlandspreis und Auslandspreis verewigt. Unter Berücksichtigung der jetzt vorgenommenen Preiserhöhung und unter Berücksichtigung der Qualitätsverschiedenheiten bleibt der deutsche Roheisenpreis um mehr als 10 Mark über dem englischen und auch bedeutend über den Preisen des französisch-luxemburgisch-belgischen Roheisenverbandes, obwohl diese Auslandspreise in letzter Zeit bereits erheblich gestiegen sind.

Dieser Preisunterschied besteht, obwohl die Rationalisierung gerade in der deutschen Großeisenindustrie besonders große Fortschritte gemacht hat. **Die jährliche Arbeitsleistung pro Kopf der Belegschaft ist in den rheinisch-westfälischen Hochofenwerken nach der Produktionsstatistik von 1925 bis 1927 von 472 Tonnen auf 609 Tonnen Roheisen im Jahresdurchschnitt, also um fast 30 Proz. gestiegen. Der Lohnaufwand per Tonne Roheisen ist in der gleichen Zeit von 5,71 auf 4,48 M. zurückgegangen.** Seit 1927 sind sicherlich weitere Rationalisierungserfolge durch Steigerung der Arbeitsleistung und durch Ersparnisse auf wärmetechnischem Gebiet zu verzeichnen. An diesen großen Rationalisierungserfolgen läßt die Schwerindustrie weder die Arbeiterschaft noch die Verbraucher teilnehmen.

Die falsche Front der Eisenverbraucher.

Die eisenverarbeitende Industrie hat nun schon seit längerer Zeit ganz darauf verzichtet, ihre Interessen auf wirtschaftlichem Gebiet gegen die Schwerindustrie wahrzunehmen, sie hat sich vollkommen dem Preisdiktat der Schwerindustrie unterworfen und sich auch auf sozialpolitischem Gebiet, wie sich im Ruhrkampf zeigte, vollkommen ins Schlepptau nehmen lassen. Nun bestehen zwischen der eisenverarbeitenden Großindustrie und der Schwerindustrie in vielen Fällen enge wirtschaftliche Beziehungen, aber auch dort, wo sie nicht vorhanden sind, hat sich eine außerordentlich starke Abhängigkeit herausgebildet.

Die „Kölnische Zeitung" hat jüngst darauf aufmerksam gemacht, daß den in der Aoi-Gemeinschaft zusammengeschlossenen Fachverbänden der eisenverarbeitenden Industrie ein Teil der den Exportwerken von der eisenschaffenden Industrie gewährten Rückvergütungen zufließt, und daß so das Rückvergütungssystem „einen starken finanziellen Rückhalt für die Verbände bildet". Durch diese Verquickung von Rückvergütungen der Eisenindustrie an die exportierenden Eisenverarbeiter mit der Finanzierung der Verbände wird sicherlich deren Selbständigkeit gegenüber der Eisenindustrie nicht gerade verstärkt. Auch wenn die Eisenverarbeiter, also die zunächst unmittelbar Betroffenen, aus den hier angeführten Gründen sich der jetzigen Preiserhöhung nicht widersetzen, so

müßte doch der Reichswirtschaftsminister

schon aus Gründen der Autorität und zur Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Interessen gegen die Eisenpreiserhöhung einschreiten. Ein solches Vorgehen ist u. E. auch aus konjunkturpolitischen Gründen unbedingt erforderlich. Der jetzige Zeitpunkt stark abgeschwächter Konjunktur bei einer Arbeitslosigkeit von letzthin noch mehr als einer Million Menschen ist für jede Preiserhöhung denkbar ungeeignet, da sie die Gefahr in sich birgt, die Wirtschaftslage noch weiter zu verschlechtern. In dieser Situation dürfen die verantwortlichen Stellen keinerlei Preismaßnahmen dulden, die der heute erforderlichen Preissenkung zuwiderlaufen.

Man versucht von schwerindustrieller Seite, die jetzige Eisenpreiserhöhung zu bagatellisieren. Gewiß, die jetzige Roheisenpreiserhöhung wirkt sich für den Hauptteil der Roheisenerzeugung, der in eigenen Werken zu Stahl- und Walzwerkfabrikaten weiterverarbeitet wird, nicht aus. Immerhin handelt es sich auch noch bei denjenigen Eisenmengen, die außerhalb der Stahlindustrie weiterverarbeitet werden, um beträchtliche Mengen. In den Eisengießereien werden rund 2 Millionen Tonnen inländische Roheisen verarbeitet, dazu kommen noch etwa 200 000 Tonnen Roheisen aus den westlichen Ländern, die über den Roheisenverband gekauft werden, und deren Preise automatisch mit heraufgesetzt werden, so daß die jetzige Preiserhöhung

für die Eisengießereien allein eine Verteuerung um 8 bis 9 Millionen Mark

bedeutet. Es ist anzunehmen, daß die Gießereien diese Erhöhung der Materialkosten durch entsprechende Preiserhöhung auf ihre Abnehmer — das ist in erster Linie die Maschinenindustrie — abwälzen. Es besteht also sehr wohl die Gefahr, daß von dieser Preiserhöhung gewisse Materialkostenerhöhungen für die eisenverarbeitende Industrie ausgehen. Wenn man bedenkt, wie gerade diese Industrien, voran die Maschinenindustrie, im Ruhrarbeitskampf jede Selbstkostenerhöhung als völlig untragbar bezeichnet haben, so muß man sich wahrlich wieder einmal wundern, daß sie nur gegenüber den Arbeitern, nicht aber gegenüber den Rohstofflieferanten, ihre Interessen wahrzunehmen für nötig halten.

Es muß endlich noch auf eines hingewiesen werden. Wenn man diese neue Preiserhöhung, die unter Brüskierung der staatlichen Stellen, unter Bruch der übernommenen Informationsverpflichtungen, und ohne jeden sachlichen Grund erfolgte, einfach durchgehen läßt, so ermutigt man die Schwerindustrie geradezu, in Zukunft weiterhin so bedenkenlos zu handeln. Man darf sich dann vielleicht nicht wundern, wenn die Eisenindustrie ein paar Monate später, wenn die Weltmarktpreise weiter steigen sollten, auch die Preise für die Walzwerkfabrikate heraufsetzt und diesen Schritt mit der vorangegangenen Roheisenpreiserhöhung begründet. Wir glauben daher, daß Nachsicht hier gefährlich wäre. Der Reichswirtschaftsminister sollte von seinen Rechten auf Grund der Kartellverordnung Gebrauch machen.

Eisengießereien wälzen ab.

Der Verein deutscher Eisengießereien hat beschlossen, ab 1. Juni wegen der Erhöhung der Roheisenpreise eine Preiserhöhung um 4 Proz. eintreten zu lassen. Die verarbeitende Industrie wird diese Erhöhung zu spüren bekommen, die über die Roheisenverteuerung noch hinausgeht. Wird sie auch jetzt noch schweigen? Wird der Herr Reichswirtschaftsminister auch jetzt noch durch die Finger sehen wollen?

Günstige Entwicklung bei Mix & Genest

Erhöhte Bestellungen der Deutschen Reichspost.

Das Berliner Schwachstromunternehmen von Mix u. Genest in Schöneberg hat durch zweimalige Erhöhung des Aktienkapitals in den letzten beiden Jahren seine Kapitalkraft mehr als verdoppelt. Das Unternehmen, das hauptsächlich Fernsprech- und Signalgerät herstellt und Fernsprechämter sowie automatische Telephonanlagen baut, erhöhte im Mai 1927 sein Kapital von 7,0 auf 9,6 Millionen und setzte es ein Jahr später um weitere 6,5 auf 16,1 Millionen herauf. Der starke Kapitalbedarf rührte in erster Linie von der Ausdehnung des Fernsprech-Mietgeschäftes her, dessen Umfang in der letzten Bilanz vom 31. Dezember 1928 mit 11,6 Millionen ausgewiesen wurde.

Nach dem jetzt veröffentlichten Börsenprospekt stieg der Umsatz im Jahre 1927 von 19,9 auf 20,8 Millionen und ging im letzten Jahre leicht auf 20,6 Millionen Mark zurück. Dieser Rückgang hing — angeblich — mit der Drosselung der Reichspostaufträge zusammen, die nach dem Prospektbericht im laufenden Betriebsjahr wieder zugenommen haben. Auch die Beschäftigung durch Privataufträge ist zurzeit befriedigend. Die gesamte Belegschaft bei Mix u. Genest beträgt einschließlich 1000 Angestellter etwa 3700 Mann.

Ein neues Wirtschafts-Jahrbuch.

Unter dem Titel „Wirtschafts-Jahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reichs und der Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns" hat Dr. K. C. Thalheim für den Verlag Herbert Schulze, Leipzig, den 1. Jahrgang 1928/29 eines Handbuchs (2 Bände, 2034 Seiten) herausgegeben. Aufgabe der Veröffentlichung soll es sein, eine Ergänzung zu den amtlichen Veröffentlichungen der Statistischen Aemter und des Instituts für Konjunkturforschung darzustellen. Der zweite Band ist ein großes Firmenadreßbuch, nach Branchen und Ländern übersichtlich geordnet, das allen Kaufleuten von großem Nutzen sein wird.

Der erste Band aber ist auch für den Wissenschaftler und den Politiker von Interesse. Wenn die Abschnitte über die Volkswirtschaften der Nachfolgestaaten etwas kurz geraten sind, so ist die Darstellung der einzelnen deutschen Wirtschaftszweige um so dankenswerter. Daneben sind die Probleme der deutschen Gesamtwirtschaft-Konjunktur, Sozialpolitik, Finanzen — keineswegs vernachlässigt. Und weil die Beurteilung der Konjunkturlage von besonderer Wichtigkeit ist, so ist in der Darstellung besonderer Wert darauf gelegt, neben dem wichtigen Faktor des letzten Jahres die großen Entwicklungslinien mehrerer Jahre aufzuweisen. Ein umfangreiches Zahlenmaterial wird textlich erläutert und durch zahlreiche Diagramme und Karten anschaulich dargestellt.

Der Motor den Bauern!

Technik in der Landwirtschaft.

Kürzlich hielt das im Jahre 1927 gegründete erfolgreich arbeitende Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft im Haus der deutschen Ingenieure seine Jahresversammlung ab.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Ausführungen des Zivilingenieurs Zander über die Motorisierung im landwirtschaftlichen Klein-, Mittel- und Großbetrieb. Untersuchungen hatten das überraschende Ergebnis, daß die angezweifelte Möglichkeit bäuerlicher Motorisierung in der Praxis an vielen Stellen mit recht gutem wirtschaftlichen Erfolg bereits besteht und daß verhältnismäßig am stärksten unsere kleinsten Betriebe, die Gärtnereien, motorisiert sind. In mehreren bäuerlichen Betrieben hat der Kraftschlepperausschuß des Kuratoriums die Mechanisierung und Motorisierung versuchsweise durchgeführt. Bäuerliche Betriebe, die sich einen eigenen Traktor nicht leisten können, sollen durch Zusammenschluß in Genossenschaften oder auf andere Art an den Vorteilen dieser Betriebsart beteiligt werden. Zander verwies auf einen gut geleiteten mecklenburgischen Betrieb, in dem während mehrerer Betriebsjahre die Schlepperleistung so gesteigert werden konnte, daß der Effekt einer Schlepperstunde dem von 13 Pferdestunden entspricht.

Professor Dr. Martiny und Güterdirektor Ruths sprachen dann über die Ergebnisse der Melkmaschinenforschung. Nach der statistischen Feststellung werden gegenwärtig in Deutschland nur 2 Proz. der Kühe mit Melkmaschinen gemolken, in Dänemark 20 Proz. Trotzdem ist erwiesen, daß der Durchschnitt der Melker weniger Milch aus den Kühen herausbringt als die Maschine. Man könne beim Maschinenmelken mit 10 Proz. besserer Leistung rechnen.

Reichstagsabgeordneter Schmidt (Köpenick), der dem Deutschen Landarbeiterverband vorsteht, hat noch kürzlich darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung für die Mechanisierung der Landwirtschaft eine entsprechende Heranbildung des bäuerlichen Nachwuchses sei. Bekanntlich hat dieser Nachwuchs durch Einfluß politischer Agitatoren und Phraseure wertvolle Jahre in der Berufsausbildung verloren. Dr. Schlabach vom Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft wies ebenfalls darauf hin, daß die Mechanisierung der Landwirtschaft in den letzten Jahren deshalb nicht den gewünschten Erfolg erzielt habe, weil die Landwirtschaft nicht über die Kenntnisse verfügt, die für den wirtschaftlichen Einsatz, die richtige Pflege und Behandlung der Maschinen notwendig ist. Der Redner schloß mit der bemerkenswerten Feststellung: Mechanisierung bedeutet heute für Deutschland nicht vermehrte Anschaffung von Maschinen und Vergrößerung des Maschinenparks, sondern Mobilisierung der geistigen Kräfte der Landwirtschaft.

Neuer Raubzug des Kupferkartells?

Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist das Internationale Kupferkartell gegenwärtig wieder dabei, die „Preise zu stabilisieren". Das Kartell trieb den Kupferpreis im Laufe des Winters von etwa 15 auf 24 Dollarcents herauf. Dann erfolgte vor etwa zwei Monaten ein Rückgang auf rund 18 Dollarcents. Das Kartell hat keinen Versuch gemacht, diesen Preisrückgang, der wohl in erster Linie durch Verkäufe des Handels hervorgerufen wurde, aufzuhalten.

Kreise, die es wissen müssen, behaupten, daß das Kartell den Preisrückgang nicht ganz ungern sah. Er bot ihm u. a. Gelegenheit, unbequeme Konkurrenten und Außenseiter auszuschalten. Dies Ziel muß das Kartell wohl jetzt erreicht haben, denn schon vor Tagen lagen aus New York Nachrichten vor, die von einer Einschränkung der Kupfererzeugung wissen wollten. Diese Nachrichten werden jetzt durch maßgebende Berliner Handelsfirmen dahin bestätigt, daß ein Beschluß vorliegt, die Kupferproduktion in Amerika um 10 Proz. einzuschränken. Das Kartell will damit „das gegenwärtige Preisniveau halten".

Die Öffentlichkeit kennt die Versicherungen des Internationalen Kupferkartells. Sie bedeuten nach reichlich trüber Erfahrung, daß die Preise bald wieder in die Höhe schießen werden. Das Kupferkartell rüstet zu einem neuen Raubzug.

Zurückgebliebene Bautätigkeit im ersten Quartal 1929. Im Monat März wurden nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts in 93 Groß- und Mittelstädten 1783 Neubauten mit 6321 Wohnungen begonnen gegen 285 Neubauten mit 790 Wohnungen im Februar. Der Reinzugang abzüglich der abgebrochenen Häuser betrug im März in 96 Groß- und Mittelstädten 1586 Gebäude mit 5803 Wohnungen gegen 1557 Gebäude mit 4982 Wohnungen im Februar. Hieraus wird ersichtlich, daß infolge der strengen Kälte die Inangriffnahme von Neubauten im Februar noch äußerst gering war, und daß die Bautätigkeit im Februar sich fast ausschließlich auf die Fertigstellung unterbrochener Herbstbauten beschränkte. Wie verhängnisvoll sich die Kältewelle in der Bautätigkeit auswirkte, geht daraus hervor, daß in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres nur 3062 Neubauten mit 10 600 Wohnungen in Angriff genommen wurden gegen 4814 Neubauten mit 18 075 Wohnungen im ersten Quartal 1928. Das Minderergebnis gegen 1928 beträgt also mehr als 40 Prozent.

Opel bei der Arbeit. Die Opelwerke beschäftigen zurzeit ungefähr 12 000 Mann gegen 13 500 Mann zur selben Zeit des Vorjahres. Die arbeitstägliche Automobilproduktion beläuft sich auf etwa 250 Wagen. Das Werk ist auf eine Produktion eingestellt, die ungefähr das Doppelte dieser Ziffer beträgt. Zurzeit werden täglich 2000 Fahrräder hergestellt. Auch hier könnte die Tagesproduktion etwa dreimal so groß sein, wenn der technische Betrieb voll ausgenutzt würde. Wie man hört, hängt der hinter der Höchstleistung zurückbleibende Umsatz damit zusammen, daß infolge des strengen Winters und der allgemein schlechten Wirtschaftslage eine Absatzstockung auf dem Auto- und Fahrradmarkt eingetreten ist.

Amerikanischer 7-Millionen-Auftrag für deutsche Textilmaschinen. Die Chemnitzer Textilmaschinenfabrik Schubert u. Salzer A.-G. hat jetzt von drei amerikanischen Textilunternehmungen Aufträge auf insgesamt 170 Strumpfmaschinen erhalten. Der Wert dieser Aufträge beläuft sich auf rund 7 Millionen. Dieser Auftrag ist deswegen bemerkenswert, weil es ausländischen Maschinenfabriken nur in seltensten Fällen gelingt, die amerikanische Konkurrenz innerhalb ihrer eigenen Grenzpfähle zu schlagen. Die Schubert u. Salzer A.-G., die von allen Maschinenfabriken in Deutschland die höchsten Dividenden verteilt und für die letzten beiden Jahre je 16 Proz. zahlte, hatte schon in den ersten Monaten dieses Jahres sehr erhebliche Umsätze erzielt. Die Ernte von 1929 wird also bei diesem Unternehmen kaum hinter den beiden letzten Konjunkturjahren zurückstehen.

Zwei Luftfahrtorganisationen. — Darüber Interessengemeinschaft. Durch eine Vereinbarung der beteiligten Gruppen wird es künftig statt des bisherigen Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrt zwei Verbände geben: den Reichsverband der Deutschen Luftfahrtindustrie (für Flugzeugbau und Motorenbau) und die Konvention des Deutschen Luftverkehrs (Deutsche Lufthansa und Nordbayerische Verkehrsflug G. m. b. H.). Beide Verbände bilden eine Interessengemeinschaft der Deutschen Luftfahrt.

Die Reichspolitik der Sozialdemokratie.

Bericht der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag.

Magdeburg, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Nach den Abstimmungen des Parteitages über die Richtlinien zur Wehrfrage folgte der Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion, erstattet von

Rudolf Breitscheid.

Ich komme fast mit leeren Händen, denn aus meinem Kuchen hat mir ein großer Vogel die Rosinen weggepickt. (Heiterkeit.) Die Berichtsperiode zerfällt in zwei getrennte Abschnitte. Im ersten Abschnitt standen wir in der Opposition und im zweiten sind wir an der Regierung beteiligt. Daß die Fraktion zum Eintritt in die Regierung berechtigt war, ergibt sich aus dem Beschluß des Parteiausschusses in Köln, und hier ist diese Berechtigung durch die gestrige Abstimmung bestätigt worden. Dabei sei noch darauf hingewiesen, daß wir lange Monate hindurch keine eigentliche, sondern nur eine

uneigentliche große Koalition

hatten und daß auch heute nur so etwas wie eine Kameradschaftsehe zwischen den Regierungsparteien besteht.

Nachdem unsere Partei in die Regierung eingetreten war, sind viele unvorhergesehene, in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Hindernisse für sie eingetreten. Es kam das gewaltige Absinken der Konjunktur. Die riesengroße Arbeitslosigkeit, durch den strengen Winter noch verschärft, die Ebbe in der Reichskasse und schließlich die Schwierigkeiten durch die Pariser Reparationsverhandlungen.

Alle diejenigen, die mißbilligt haben, daß die Fraktion bei ihrem Eintritt in die Regierung nicht ein Mindestprogramm aufgestellt hat, frage ich, ob wir in der Lage gewesen wären, schon im Mai 1928 die Geschehnisse des letzten Winters mit einzukalkulieren?

Wer an dem starren Prinzip des Aufstellens von Richtlinien festhalten will, täte besser, das Regieren grundsätzlich abzuschwören.

Regieren heißt nun einmal, mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Das ist kein Opportunismus, wenn man sich bei der Fülle und Verschiedenartigkeit der Verhältnisse seiner Grundsätze bewußt bleibt und sich bemüht, davon möglichst viel durchzusetzen. Was wir beim Eintritt in die Regierung und später in jedem einzelnen Falle zu prüfen hatten, war immer, ob die Teilnahme an der Regierung die Arbeiterklasse ihrem Ziele näher bringe oder ob mit dem entgegengesetzten Verhalten der Arbeiterklasse besser gedient sei.

Nun fragt Bielig-Plauen, ob unsere Erfolge nicht größer gewesen wären, wenn wir ohne die Regierungsbindung geblieben wären. Er fragt, aber er antwortet begreiflicherweise nicht. Ich will ihm zu Hilfe kommen. Er hätte darauf hinweisen können, daß wir

im sechsten Jahre vor der Wahl immerhin einiges Positive trotz unserer Oppositionsstellung erreicht

haben. Unsere Macht war groß genug, um das Wirken einer uns gegnerischen Regierung zu beeinflussen. In der Sozialpolitik, vor allem bei dem 1927 verabschiedeten Arbeitslosenversicherungsgesetz, ist die Hand der Sozialdemokratie ganz unverkennbar. Weiter konnten wir das Betriebsrätegesetz nicht unwesentlich verbessern. Unserem Drängen ist es schließlich zu verdanken, daß in das sogenannte Notprogramm des Bürgerblocks 75 Millionen für Rentenerhöhung an die Invaliden und 25 Millionen für Kleinrentnerfürsorge usw. eingesetzt wurden. Andererseits waren

zahlreiche unserer Vorstöße absolut erfolglos.

Auf jeden Fall hatten wir aber in der Opposition das Plus, daß wir im großen und ganzen die auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Pläne der Sozialreaktionäre vereiteln konnten. Das beweist, daß auch in der Opposition sogenannte positive Arbeit sehr wohl geleistet werden kann. Voraussetzung ist allerdings immer, daß es eine Opposition ist, die nicht auf dem Standpunkt des Alles oder Nichts steht und sie im heutigen Staate nicht außer acht läßt, daß sie morgen schon zur Regierung gerufen werden kann. Das ist einer der Unterschiede zwischen uns und den Kommunisten. Wir müssen stets damit rechnen, daß wir das durchführen müssen, was wir in der Opposition versprechen. Gerade bei unseren Erfolgen in der Oppositionszeit in der Sozialpolitik ist uns die Nähe der Wahlen und die damals günstigere Wirtschaftslage zu Hilfe gekommen.

Die Wirtschaftspolitik.

Aehnliche Erfolge haben wir als Oppositionspartei im Bereich der Wirtschaftspolitik nicht erzielt. Hier haben sich die Unternehmerinteressen im Bürgerblock praktisch restlos durchgesetzt. So haben wir zwar den deutsch-französischen Handelsvertrag wegen der Besserung der Wirtschaftsbeziehungen angenommen, aber im übrigen feststellen müssen, daß der Bürgerblock sich über die Lippenbekenntnisse aus der Weltwirtschaftskonferenz hinweggesetzt hat. Die Zölle für Schweine, Kartoffeln, Zucker und Industriemais wurden erhöht, das Kontingent des zollfreien Gefrierfleisches herabgedrückt, der landwirtschaftliche Flügel der Deutschnationalen sah sich für seinen Regierungswillen belohnt. Selbstverständlich bezeichnete er seine Politik zugunsten der Großgrundbesitzer als Bauernpolitik, was ihn aber nicht hinderte, alle unsere bauern- und landarbeiterfreundlichen Anträge abzulehnen. Wir haben selbst in dieser Situation

unsere Landwirtschaftsfreundlichkeit bewiesen,

indem wir den Maßnahmen der Agrarkrise zustimmten. Den wilden Subventionsplänen Hugenbergs und Schlange-Schöningens mußten wir uns freilich widersetzen. Der Staat darf nur dort helfen, wo noch Aussicht auf Rettung und Garantie für die zweckmäßige Verwendung der Mittel gegeben ist. Die öffentliche Hand hat nicht die Aufgabe, verkrachte Privatunternehmer zu sanieren; wir stecken schon viel zu viel im Sumpf der Subventionspolitik. (Sehr wahr.) Der Bürgerblock ist äußerlich an dem Schulgesetz gescheitert, innerlich aber auch daran, daß sich

bei den Zentrumsarbeitern eine wachsende Abneigung gegen das Zusammengehen mit der sozialreaktionären und antidemokratischen Deutschnationalen Volkspartei bemerkbar

macht. Auch das zeigt, daß nichts verfehlter wäre, als den Kampf gegen das Zentrum mit kirchenpolitischen Waffen zu führen. Die Religion muß absolut Privatsache bleiben. Die Partei muß Raum für jede Auffassung vom jenseitigen Leben haben, wenn nur unsere Mitglieder mit uns kämpfen. (Sehr gut!)

Wir müssen den religiös eingestellten Arbeiter klar machen, daß sie sozial-, verfassungs- und wirtschaftspolitisch zu uns gehören und für ihre Religion von uns nichts zu fürchten haben.

Wir dürfen uns auch von dem Wort Konkordat nicht schrecken lassen; wenn es sich auf rein kirchenpolitische Fragen beschränkt, haben wir keinen Grund, es zu bekämpfen. Aber bisher kennt freilich nur der Papst in Rom und der Papst in Preußen den Inhalt des Konkordats, und wir müssen abwarten, was die Vorlage der beiden heiligen Väter uns bringt. (Große Heiterkeit.)

In der Wahlbewegung haben wir den Bürgerblock niedergekämpft. Aber die Erbschaft mußten wir antreten, zusammen mit zwei oder drei Parteien, die dem Bürgerblock angehört hatten. So war eine vollständige Neuorientierung der Politik nicht möglich, sondern nur eine gewisse Verschiebung des Schwerpunktes von rechts nach links. Das haben die Regierungsverhandlungen von Anfang an deutlicher gemacht, als wohl manche Genossen im Wahlkampf angenommen haben. Den Nationalfeiertag, der im Regierungsprogramm gestanden hat, konnten wir nicht durchsetzen. Beim Panzerschiff, das wahrscheinlich in den Reihen der Feinde nie solche Verheerungen anrichten wird, wie vor der Fertigstellung in der Partei, hat die Verständigung der Reichstagsfraktion gefehlt.

Unsere Minister können nur Erfolg haben, wenn sie sich vorher der Zustimmung der Fraktion versichern. Wir sind mehr als eine Partei im landesüblichen Sinne. Wir sind eine Art Lebensgemeinschaft, aus der sich auch die Minister nicht lösen können.

Eine Auseinandersetzung, die möglicherweise zum Rücktritt eines oder mehrerer unserer Minister führt, möchten wir weder diesen Genossen noch der Partei zumuten. (Sehr wahr!)

Größere Schwierigkeiten als das Festhalten der bürgerlichen Parteien an ihrer Bürgerblockhaltung boten uns auch die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. Hilferding hatte in seiner letzten Rede im alten Reichstag das verschleierte Etatdefizit aufgedeckt und die kommende Not vorausgesagt. Aber die ganze Trostlosigkeit der Situation ist uns doch erst allmählich bewußt geworden. Das Reich hatte einen

völlig ungedeckten Kassenbedarf von 1100 Millionen, der von Monat zu Monat stieg.

Der Etat wies einen Fehlbetrag von Hunderten Millionen auf, der durch Ersparungen und 337 Millionen neuer Steuern ausgeglichen werden sollte. Da brach bei den bürgerlichen Parteien die große Sparbegeisterung aus und der Hansabund forderte allein im Sozialetat 266 Millionen Abstriche. Die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien haben sich dann zusammengesetzt und dieses Streichquartett hat uns hübsche Melodien vorgespielt. Es hat 180 Millionen Ausgaben gestrichen und 40 Millionen Mehreinnahmen aus der Vermögenssteuer, 90 Millionen mehr aus dem Branntweinmonopol bewilligt. Das ganze Vorgehen war zugleich

ein Beweis der Macht der Fraktionen innerhalb des deutschen parlamentarischen Systems,

die zu ertragen ist, wenn die Fraktionen das notwendige Verantwortlichkeitsgefühl jederzeit bewahren. Hilferding hat diesen Vorschlägen zugestimmt, weil anders eine Mehrheit für den Etat nicht zu haben war. Aber er ist sich mit uns darüber klar, daß diese Vorschläge nur eine provisorische Lösung bringen und daß neue Probleme bald auftauchen werden.

Beim Reichswehretat sind die vorgenommenen Kürzungen uns noch zu gering.

Immerhin ist zum ersten Male eine Verringerung der Reichswehrausgaben des Reichswehrministeriums eingetreten auf 660 Millionen gegen 727 Millionen im Vorjahre. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß diese Kürzung im kommenden Jahr ihre Fortsetzung findet. Wir sind zwar noch weit entfernt von dem Antrag der Opposition, den Reichswehretat auf 500 Millionen herabzusetzen, aber auch hier standen wir vor der Alternative, entweder auf dem Wege unserer Mitwirkung die Herabsetzung in dem erwähnten Umfange zu erreichen oder durch unser Beiseitetreten gar nichts zu erreichen.

Die Sozialpolitik.

Beim Sozialetat, produktive Erwerbslosenfürsorge, sind von den angeforderten 55 Millionen 20 Millionen gestrichen worden, aber wir haben noch Restbeträge von 40 Millionen aus dem Vorjahr, so daß insgesamt 75 Millionen verausgabt werden können. Gegen die Streichung der 25 Millionen bei den Ausgaben für Kapitalabfindungen der Kriegsbeschädigten hat sich die Sozialdemokratie energisch gewendet, hat sich aber gegenüber den anderen Parteien nicht durchsetzen können. Die Bezüge der einzelnen Beschädigten werden dadurch nicht verringert. Andererseits haben wir die

Verlängerung der Krisenfürsorge bis Ende Juli

erreicht, und durchgesetzt, daß die lex Brüning verbessert wurde. Darüber müssen wir uns klar sein, daß einer allgemeinen Erweiterung der Sozialpolitik die schlechte Finanzlage außerordentlich hindernd im Wege steht. Das heißt freilich nicht, daß uns in der Sozialpolitik überhaupt nichts gelungen wäre. Wir haben eine Erweiterung der Krisenfürsorge auf viele weitere Berufe durchgesetzt, ebenso die Verlängerung der Unterstützungsdauer. Die Unfallversicherung wurde auf verschiedene neue Berufe ausgedehnt und verbessert. Im Dezember wurde die Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit geregelt, um die Arbeitslosenversicherung zu entlasten. Die Angestelltenversicherung wurde durch eine Novelle zugunsten der älteren Angestellten verbessert. Dazu kommt eine wesentliche Verbesserung der Wöchnerinnenhilfe. Diese wertvollen Verbesserungen der Sozialpolitik sind um so mehr sozialdemokratische Erfolge, als sie erzielt wurden in einer Zeit, in der der Ansturm gegen die Sozialpolitik und die Sozialversicherung außerordentlich stark war und die verschlechterte Finanzlage des Reiches außerordentliche Schwierigkeiten machte. Im Herbst 1928 führten die

Unternehmer im Nordwesten Deutschlands einen erbitterten Kampf gegen das staatliche Schlichtungswesen.

Aber der Sozialdemokratie gelang es, für die Ausgesperrten

Die Aussprache über das Wehrprogramm.

Sozialdemokratie und Militärfrage.

Magdeburg, 29. Mai. (Eigenbericht.)

In der Wehrdebatte des Parteitags sprach nach Severing

Roemer-Ludwigsburg: Jeder Verständige müßte den Krieg auf ein Duell unter den feindlichen Heerführern einschränken. Aber wesentlich ist nicht, was wir möchten, sondern was möglich ist. Das Verbot des Giftgaskrieges war schon im letzten Krieg geltendes Völkerrecht, aber niemand hat sich daran gehalten. In einem neuen Kriege würde das genau so sein und

der Kampf gegen das Hinterland

noch stärker werden. Das „Giftgasverbot" ist nur eine irreführende Beruhigungspille für die Zivilbevölkerung, wir sollten diesen Betrug nicht mitmachen. Wir sollten grundsätzlich jede Kriegshandlung ablehnen und völlig abrüsten wie in Dänemark. Wir sollten von vornherein erklären, daß wir keinen Krieg mehr führen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Düsseldorf bekämpft, wird abgelehnt. (Beifall.)

Bergholt-Zeitz: In den Betrieben und unter den Funktionären hat die Wehrdebatte einen Umfang angenommen, wie seit Jahrzehnten kaum eine Frage. Unsere Richtlinien müssen weit über das Tagesbedürfnis hinausreichen. Wir verwahren uns dagegen, daß prinzipielle Darlegungen zu dieser Frage nur ausgetretene Kinderschuhe wären. Es ist

beste Tradition der Partei, in ihrem Programm grundsätzliche und tagespolitische Forderungen zu verbinden.

Jedes Heer ist heute ein Bereitschaftsheer. Die Verteidigung liegt bei der heutigen Struktur des Militarismus im Angriff. Die Landesverteidigung ist die Tarnkappe aller Aufrüstungsfreunde in allen Ländern. Habt ihr nichts daraus gelernt, daß wir in der Panzerkreuzerfrage schließlich isoliert gegen alle bürgerliche Parteien standen? In einem künftigen Krieg werden Heer und Volk eins sein. Die ganze Industrie wird zum Kriegszweck, die Front des neuen Angriffskrieges identisch werden mit der Front des Klassenkampfes. Im Hinblick auf diese Situation müssen wir die Massen mobilisieren im Kampf gegen den Krieg und für den Sozialismus.

Kaweraus-Berlin: Die Diskussion hat zweifellos ergeben, daß das Programm heute noch nicht zur Verabschiedung reif ist. In allen vorliegenden Entwürfen finden sich viele Unklarheiten. Im Entwurf der Kommission wird fortwährend

der Zukunftsbegriff der Reichswehr mit ihrem Gegenwartsbegriff zusammengeworfen.

Die Republikanisierung der Reichswehr bedeutet noch nicht die Lösung. Die amerikanische Wehrmacht ist vollkommen republikanisiert, aber sie wird immer die Interessen des Kapitals schützen; wenn das Kommando „Feuer!" kommt, senkt sie die Gewehre nicht. Viel Unklarheiten enthält auch das Programm der Opposition. Millionen sehen in der deutschen Sozialdemokratie den letzten Hort des Friedens. Wir schaden der Sache des Friedens, wenn wir uns heute schon festlegen auf nicht ausgereifte Richtlinien. Ich empfehle deshalb dringend Vertagung der Angelegenheit.

Haubach-Hamburg: Es könnte nach der Debatte scheinen, als ob der Parteitag darüber zu entscheiden hätte, ob wir einen neuen Krieg führen wollen oder nicht. Tatsächlich sind wir zu dieser Debatte doch dadurch gekommen, daß wir in der Deutschen Republik eine Reichswehr haben, die wir deutlich als eine innerpolitische Gefahr bezeichnen können. Bei den Richtlinien handelt es sich nur um die Frage, ob die Arbeiterklasse alle Mittel, auch die des Staates einsetzen will, um sich gegen die faschistische Gefahr von innen und außen zu wehren. Seydewitz sagt, die Opposition sei gegen jeden Krieg, aber tatsächlich wird in verschiedenen Anträgen der Opposition die Wehrhaftmachung des Proletariats als die wichtigste Aufgabe bezeichnet. Seegers Hinweis auf Dänemark trifft nicht den Kern der Sache, denn Dänemark rüstet eben nur bis zu dem Grade ab, daß es eine zum Schutz seiner Neutralität ausreichende Polizeitruppe hält. Es kommt darauf an, daß wir die Reichswehr, die jetzt im gegnerischen Lager steht, in unser Lager ziehen. Das können wir aber nur erreichen, wenn wir unseren Genossen die Arbeit an diesem Werk ermöglichen durch Richtlinien, wie sie die Kommission vorgelegt hat. Eine Vertagung würde die Lage für die Partei nur verschlechtern.

Schumacher-Stuttgart: Der Anlaß zur Aufstellung der Richtlinien hat die Panzerkreuzerkritik gebildet. Wenn man sich von dem vorgelegten Wehrprogramm einen Schutz gegen ähnliche Kritik verspricht, so ist das ein Trugschluß. Auch nach Annahme des Programms würde jeder die volle Verantwortung für seine politische Entscheidung in solchen Dingen tragen müssen. Ich lehne das Wehrprogramm ab, weil im Parteiprogramm schon alles Notwendige über unsere Stellung zu diesen Fragen gesagt ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen.

Dittmann

spricht im Schlußwort seine Genugtuung über die sachliche Aussprache aus. Wer wie er die 600 Artikel gelesen habe, die zur Wehrfrage erschienen sind, habe allerdings neue Argumente nicht gefunden. Nur wer die Parteigeschichte gar nicht kennt könne die Vorschläge der Programmkommission als etwas Neues ansehen. Eckstein habe gesagt, die österreichischen Arbeiter würden Tirol gegen den Faschismus verteidigen, aber nicht mit der offiziellen Wehrmacht zusammen. Das sei wertlose Konstruktion; im Falle der Not nehme man Bundesgenossen, wo man sie finde. Wenn Eckstein ins Wasser fallen würde, würde er sich auch von einem Hakenkreuzler retten lassen. (Heiterkeit.)

Es ist gar nicht so, daß auf der einen Seite die Arbeiterklasse steht, auf der anderen Seite das gesamte Bürgertum.

Die Klassenscheidung geht durch die politischen Parteien.

Im Lager der bürgerlichen Parteien sind leider noch sehr viele proletarische Elemente, die man für die Sozialdemokratie nie gewinnen würde, wenn man eine unübersteigbare Scheidewand aufrichtete. Der Entwurf der Programmkommission gibt nur praktische Richtlinien zur Tagespolitik als gemeinsame Position für den täglichen Kampf. Die Kommission beantragt, die Vertagung abzulehnen und den Entwurf anzunehmen. (Beifall.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Vertagung der Entscheidung und Verweisung an die Kommission mit 225 gegen 166 Stimmen abgelehnt. Der Entwurf der Programmkommission wird mit 244 gegen 147 Stimmen angenommen.

Damit sind alle anderen Anträge hierzu erledigt.

Unterstützung aus öffentlichen Mitteln durchzusetzen. Die Sozialdemokratie hat auch eine Aenderung des Schlichtungswesens abgelehnt.

Diese Punkte hat Bielich in seiner Bilanz leider zu registrieren vergessen. Was wir besonders auf der Kreditseite zu buchen haben, ist die Abwehr der Angriffe der Wirtschaft gegen die Sozialpolitik. Besonders ist neuerdings die Attacke auf die Arbeitslosenversicherung gerichtet. Es werden von den Sozialreaktionären unkontrollierbare Behauptungen über Mißbrauch der Versicherung erhoben. Die Sozialdemokratische Fraktion hat in ihrem Beschluß die Grenzen gezeigt, bis zu denen sie geneigt ist zu gehen, um eine vernünftige Reform in die Wege zu leiten. Sie gibt zu, es mögen Mißstände vorhanden sein. Sie liegen aber zum Teil darin, daß der Verwaltungsapparat noch nicht genügend eingespielt ist.

An dem Grundsatz der Arbeitslosenversicherung werden wir nicht rütteln lassen.

Wir sind bereit zur Abstellung nachweisbarer Mißstände und sind auch bereit, einer mäßigen Erhöhung der Beiträge zuzustimmen. Das ist aber auch die Grenze unseres Entgegenkommens. Wir wollen keine Krise, aber wenn es zu entscheidenden Auseinandersetzungen kommen sollte, dann ist der Kampf wohl für uns in der Arbeitslosenversicherung wesentlich günstiger als bei dem Panzerkreuzer! Wir profitieren bei dem Verfahren, wenn wir über diese Grenzen nicht hinausgehen, und die bürgerlichen Parteien werden erkennen müssen, daß

wir als die stärkste Arbeiterpartei bei Ueberschreitung dieser Grenze in die Opposition treten

müßten. (Lebh. Zustimmung.) Die Fraktion hat vorgeschlagen, neue Lohnklassen bei der Arbeitslosenversicherung aufzustocken, um höhere Einnahmen zu erreichen. Sobald die Reparationsverhandlungen abgeschlossen sind, wird die öffentliche Meinung den Verteidigern der Arbeitslosenversicherung sicherlich günstiger geworden sein. Den Antrag, die Altersgrenze bei der Sozialversicherung auf 60 Jahre herabzusetzen, konnten wir nicht annehmen, da die finanziellen Anforderungen zu hoch geworden wären. Es wird aber jetzt im Sozialpolitischen Ausschuß erwogen, ob eine beschränkte Abkürzung der Altersgrenze nötig ist.

Eine Frage, in der die Nachgiebigkeit unserer Fraktion ihre Grenzen finden müßte, ist

die Zollpolitik.

Den Bestrebungen, die Lebensmittel der breiten Massen zu verteuern, auch wenn man es „Preisausgleichszoll" nennt, müssen wir den stärksten Widerstand entgegensetzen. Einer mäßigen Erhöhung der Zuckersteuer haben wir nur deshalb zugestimmt, weil hier zum erstenmal in einem Zollgesetz dem Verbraucher die Versicherung gegeben ist, daß der Großhandelspreis einen gewissen Betrag nicht übersteigen darf. Wir bedauern auf das lebhafteste, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nicht weiter gediehen sind. Vielleicht sind unsere Unterhändler dabei nicht ganz ohne Schuld gewesen. Aber sie sind sicher nicht die einzig Schuldigen.

Mit Polen sich auf handelspolitischem Gebiet zu verständigen, ist ein Geschäft, das selbst die Engel im Himmel nicht leicht erledigen können.

Wir richten in diesem Zusammenhang an die polnischen Genossen die Bitte, uns in diesem Kampf zu unterstützen. Freilich ist der Einfluß der parlamentarischen Parteien in Polen unter Pilsudski wesentlich geringer als in Deutschland. Wenn wir uns einer Reform der Arbeitslosenversicherung im Sinne der Unternehmerwünsche widersetzen, so nicht zuletzt deshalb, weil in den letzten Wochen das Argument der finanziellen Unerträglichkeit der Belastung mindestens stark in seinem Werte herabgesetzt worden ist. Ich spreche von der Anleihe, die mit Steuerfreiheit beschlossen und aufgelegt worden ist. Sie wird in die Geschichte eingehen unter der Bezeichnung

„Hilferding-Anleihe".

Ich hoffe nur, daß unser Freund Hilferding an diesem Spiel eine gewisse Freude haben wird, wir als Fraktion haben wahrhaftig wenig Freude daran gehabt. Die Fraktion hat ihr nur mit sehr schwerem Herzen und großem Bedenken nach langen Auseinandersetzungen mit einer verhältnismäßig geringen Mehrheit zugestimmt, aber nur, weil wir überzeugt sind, daß es im gegenwärtigen Moment einen anderen Ausweg nicht gab und daß wir hier zu büßen haben für die Sünden der Finanzpolitik vergangener Jahre und Regierungen. Wir hoffen, daß diese Anleihe Erfolg hat. Nachdem wir ihr zugestimmt haben, muß unser Widerstand gegen eine Aenderung der Arbeitslosenversicherung noch stärker sein als bisher.

Wir wollen nicht, daß die Kassenlage des Reiches gebessert wird auf Kosten hungernder Erwerbsloser.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn die Reparationsverhandlungen in Paris zu einem das deutsche Wirtschaftsleben entlastenden Ergebnis führen, so wird auf die Dauer eine grundsätzliche Steuerreform unvermeidlich werden. Sollten aber die bürgerlichen Parteien darauf bestehen, im wesentlichen eine Entlastung des Besitzes vorzunehmen und um eine Erleichterung der Massenbelastung herumzugehen, so werden wir uns auf dem Posten, d. h. in der Opposition finden. Sie müssen dann versuchen, ihre Politik mit Hilfe der Deutschnationalen gegen uns durchzuführen. Die Arbeiter, auch die, die noch in ihren Reihen stehen, werden ihnen dann die Quittung erteilen. (Beifall.) Vor allem stehen wir vor der Notwendigkeit, gesunde Reichsfinanzen zu schaffen. Ein Staat mit schlechten Finanzen, wie jetzt das Reich, wird immer der Spielball der Willkür der Besitzenden sein.

Für die Gestaltung unserer Finanzwirtschaft und Steuerpolitik wird vieles abhängen von der Gestaltung unserer

außenpolitischen Beziehungen.

Wir haben auch in der Opposition Stresemanns Politik der Verständigung und des Ausgleichs unterstützt. Wir sind deshalb auch ständigung und des Ausgleichs unterstützt. Wir sind deshalb aus den eigenen Reihen abfällig kritisiert worden, aber keiner hat uns sagen können, welche anderen Wege einzuschlagen gewesen wären. Vielleicht war es unsere beste Rechtfertigung, als zur Zeit der Abenddämmerung des Bürgerblocks der deutschnationale Abg. von Freytagh-Loringhoven seinem lange unterdrückten Groll Luft machte und die Stresemann-Politik deshalb für verwerflich erklärte, weil es im Grunde die Politik der Sozialdemokratie sei. Sie bestand darin, auf friedlichem Wege einen Ausgleich mit den uns früher feindlichen Nationen zu finden.

Verständigung mit dem Westen, trotzdem aber ein stetes Bemühen, die Fäden nach dem Osten und nach Sowjetrußland nicht zerreißen lassen.

Wir haben die Verträge mit Rußland und die Anerkennung der führenden Politiker Sowjetrußlands, daß die Beziehungen mit Deutschland ausgezeichnet sind. Wie lächerlich ist demgegenüber der kommunistische Vorwurf, wir trieben eine Politik, die darauf hinauslaufe, mit den kapitalistischen Westmächten eine Einheitsfront gegen Sowjetrußland zu bilden!

Wir wollen die denkbar besten Beziehungen zu Rußland. Was wir nicht wollen, ist eine militärpolitische Gemeinschaft mit Rußland. Von der russischen Regierung verlangen wir, daß sie sich zu Deutschland wie einem Kulturstaat benimmt, was sie am 1. Mai nicht getan hat.

Ganz Deutschland ist weit davon entfernt, imperialistische Politik treiben zu können, selbst wenn wir es wollten. (Sehr wahr!) Wir sind für Frieden und Ausgleich in gleicher Weise im Westen wie im Osten. Mögen die Motive und letzten Ziele Stresemanns andere sein als unsere, mag der dauernde Frieden nur durch den internationalen Sozialismus zu erreichen und zu garantieren sein, so müssen wir doch bis dahin die Maßnahmen unterstützen, die in unserer Richtung liegen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Regierung in ihren Bemühungen um Völkerbund, Abrüstung, Räumung des Rheinlandes und Rückgabe des Saarreviers. (Beifall.)

Wir freuen uns der Zeichen von Freundschaft, die die Franzosen jetzt beim Unfall des „Zeppelins" gegeben haben. Die Völkermassen wissen nichts von Hassen und Gehässigkeit. Sie wollen Frieden und Freundschaft, aber sie müssen dafür noch viel fester zusammenstehen und die Regierungen vorwärtspeitschen.

Solange die Besetzung des Rheinlandes fortdauert und die Abrüstung sabotiert wird, kann eine wirkliche Entspannung nicht eintreten.

Die Schwierigkeiten der Pariser Reparationsverhandlungen sind im Reichstag nicht besprochen worden, weil ja leider die Sachverständigen nicht dem Parlament verantwortlich sind. Wir haben nur einmal protestiert, als Schacht völlig deplaciert Kolonial- und Ostgrenzenrevision mit den Finanzverhandlungen verbinden wollte. (Sehr wahr!) Die Rechtspresse faselt von einer Nebenregierung Stresemann-Hilferding-Bernhard-Breitscheid. Eine merkwürdige Nebenregierung, in der zwei Minister sitzen! Da sind wohl Schacht und Hugenberg als Hauptregierung anzusehen? (Heiterkeit!) Ich selbst habe nie den geringsten Einfluß auf die Pariser Verhandlungen gehabt oder geübt und ich habe auch in Genf keinen Schritt getan, der nicht mit der deutschen Delegation vereinbart war. Trotzdem schreit man Landesverrat. Ich brauche das Wort nicht gern, aber

Hugenbergs Brief nach Amerika, der versucht, den deutschen Kredit zu erschüttern und die Unterschrift der deutschen Regierung ohne Gegenzeichnung der Schwerindustrie als wertlos hinzustellen, das ist Nebenregierung, das ist Landesverrat!

(Stürmische Zustimmung.) Sollte die Einigung in Paris nicht glücken, dann muß die Regierung sofort internationale politische Verhandlungen einleiten; denn die Politik des starken Rückgrates, der Kirdorff und Thyssen, ist nur eine Politik der Katastrophe für die breiten Massen des Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Vorschau.

Sie haben der Reichstagsfraktion gestern die Vollmacht gegeben, auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten. Es ist eine schwierige, dornenreiche Straße.

Wir gehen sie nicht aus Begeisterung für die Koalition, nicht aus Freude am Regieren, sondern aus Verantwortungsgefühl für den demokratischen Staat.

Dieser Staat ist noch nicht unser Staat. Es ist erst ein Rohbau, in dem wir die Wohnungen künftig nach unserem Geschmack und Interesse ausstatten wollen. Aber dieser Rohbau kann nicht zerstört werden ohne schwerste Schäden für die Arbeiterschaft.

(Sehr wahr!) Wenn diese Regierung scheitert, was dann? Eine neue Regierung von den Nationalisten bis zu den Demokraten! Oder die ewig wiederkehrende Auflösung des Reichstages? Es kann der Moment kommen, wo wir auf jede Gefahr hin aus der Regierung ausscheiden müssen, auch wenn dann Desperados zu Mitteln greifen, die dem Sinn und Geist unserer Verfassung nicht entsprechen.

Dann müssen wir bereit sein, die Demokratie außerhalb des Parlaments zu verteidigen,

nicht auf den Barrikaden, die nie bestanden haben, auf denen nie Kommunisten gestanden haben, die die Kommunisten aber heldenhaft verteidigt haben, wie die Kommunisten in ihrer Verlogenheit und politischen Sinnlosigkeit gleichzeitig versichern, sondern mit den Mitteln der organisierten Arbeiterschaft. Aber solange wie möglich müssen wir die Machtmittel des Staates durchaus in der Hand behalten, um seinen Geist und sein Wesen zu retten. (Lebhafter Beifall.) Die Reichstagsfraktion hat die Aufgabe, innerhalb der Koalition die Macht der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen. Dazu brauchen wir

keine Resolution, aber vielleicht manchmal etwas mehr Resolutheit.

(Sehr gut!) Resolutheit nicht nur zum Nein-, sondern auch zum Ja-Sagen, und auch die Resolutheit, nötigenfalls einmal unpopulär zu sein und nach eigenem Wissen und Gewissen gegen vorübergehende Stimmungen der Genossen zu handeln. (Stürmischer Beifall.)

So werden wir verantwortungsbewußt Politik treiben, ob Opposition, ob Koalition, die Grundlage bleibt die gleiche, nur die Nuancen sind verschieden, und so muß der Parteitag über die Fraktion ein parteigenössisches Urteil fällen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Hofmann-Ludwigshafen: Im Namen aller Delegierten des besetzten Gebietes bitten wir den Parteitag, unseren Protest gegen die Fortdauer der Besetzung anzunehmen. Wir wissen uns von jeder nationalistischen Regung frei, aber wir müssen immer wieder die Freigabe des besetzten Gebietes fordern. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes wird durch die Besetzung noch immer in ihrem Wirtschafts- und politischen Leben gefesselt.

Noch immer befiehlt die berüchtigte französische Sicherheitspolizei, noch immer arbeiten die französischen Militär- und Kriegsgerichte.

Die Nöte des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet beweist die Massenarbeitslosigkeit, die mehrfach so groß ist wie im unbesetzten Deutschland. Wir ersuchen den Parteitag, wiederum seine Stimme für die Freiheit des besetzten Gebietes zu erheben. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag der Delegierten des besetzten Gebietes wird einstimmig angenommen und darauf der Parteitag auf Donnerstag früh vertagt.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Achtung, Ableilungsleiter!

Morgen, Freitag, letzter Tag für Abgabe der Melde- und Sammellisten für Wien!

„Baldur"-Fahrer (1. und 2. Juni)! Wir treffen uns am Sonnabend, 18½ Uhr, in Spandau, Lindenufer.

Bewegungschor. Neuaufnahmen an allen Uebungsabenden. Jeden Donnerstag, 19½ Uhr, Uebungsstunde (für Anfänger und Fortgeschrittene); 20½ Uhr üben für Wien, Schule Danziger Str. 23.

Heute, Donnerstag, 30. Mai, 19½ Uhr:

Kölnischer Park: Funktionärsitzung beim Genossen Scholz, Blumenstr. 27, Quergeb. 4 Tr. Nur Funktionäre haben Zutritt.

Falkplatz 1: Schule Sonnenburger Str. 20. „Soziales Wandern." — **Köpenicker Viertel:** Schule Wrangelstr. 128. „Arbeiterjugend, Kinderfreunde und Rote Falken in Wien." — **Kottbusser Tor:** Heim Brixer Str. 27—30. Lichtbilder: „Das alte und neue Wien." — **Schöneberg III:** Heim Hauptstr. 15. Bericht von Magdeburg. — **Wilmersdorf:** Heim Wilhelmsaue 129. „Wien." — **Steglitz:** Heim Albrechtstr. 47a. „Tagespolitische Fragen." — **Wittenau:** Heim Rosenthaler Str. 15. Lichtbilder: „Kreuz und quer durch die Mark." — **Lichtenberg-Nord:** Heim Dossestraße. 20 Uhr Singkreis.

*

Werbebezirk Neukölln: Morgen, Freitag, Lustiges Filmabend im Saalbau Bergstraße. Einlaß 19½ Uhr. Beginn 20 Uhr. Eintritt 50 Pf.

DIESER VOLLENDETE SECHSZYLINDER
SPORTWAGEN KOSTET NUR 3900 MARK

Der 8 PS Opel ist eine der reifsten und gelungensten Sechszylinder-Konstruktionen.

Die kraftvolle, geschmeidige Maschine bezwingt mühelos und ohne Schalten die Skala der Geschwindigkeiten vom langsamen Schritt des Fußgängers zum donnernden Tempo des D-Zugs.

Dabei sind die 8 PS Opel nicht nur die preiswürdigsten, sondern auch die absolut billigsten Sechszylinder-Wagen auf dem deutschen Markt!

OPEL

ADAM OPEL A.G., RÜSSELSHEIM A.M.

20-432 e 28

Donnerstag
30. Mai 1929

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

M. Soltschenko: Qualitätserzeugung

Bei meinen Bekannten, den Gußjews, hatte ein Deutscher aus Berlin gewohnt. Er war bei ihnen Untermieter. Beinahe zwei Monate lang.

Und nicht etwa so ein Ostseeprovinzler oder eine andere nationale Minderheit, sondern ein echter Germane aus Berlin. Vom Russischen keinen blauen Rauch. Zur Verständigung benutzte er Hände und Kopf.

Natürlich war dieser Deutsche überwältigend gekleidet. Reine Wäsche, gespannte Hosen. Nichts Ueberflüssiges. Der reine Kupferstich. Und als der Deutsche abreiste, da blieb den Wirten mehreres zurück. Ein ganzer Haufen ausländischer Feinheiten, allerlei Phiolen, Kragen, Schächtelchen. Und überdies beinahe zwei paar Unterhosen. Auch ein Sweater, fast ganz. Dann noch Kleinigkeiten, nicht zu zählen. Sowohl für männlichen als für weiblichen Gebrauch.

Das lag alles zusammengeworfen in der Ecke beim Waschtisch.

Die Hausfrau, Madame Gußjew, eine tadellose Dame, über die gab's nichts zu reden, deutete dem Deutschen vor seiner Abreise an, — haben Sie nicht etwa, pardon carton, die ausländischen Erzeugnisse in der Eile vergessen?

Der Deutsche schlug mit dem Kopf aus, — bitte, pardon carton, behalten. Nicht der Rede wert.

Da ergriffen die Wirte von den zurückgelassenen Erzeugnissen eifrig Besitz. Gußjew stellte sogar eine Liste darüber auf. Und natürlich schlüpfte er vor allem selbst in den Sweater und behielt sich auch die Unterhosen.

Zwei Wochen lang spazierte er mit den Unterhosen in den Händen herum. Er zeigte sie allen Leuten. Nicht zu sagen, wie er protzte und die deutsche Qualität lobte.

Die Sachen waren ja allerdings — obwohl abgetragen und überhaupt kaum zu gebrauchen — echte ausländische Ware, eine richtige Augenweide.

Unter anderem befand sich zwischen den Sachen so eine Flasche, nicht gerade eine Flasche, sondern so ein ziemlich flaches Gefäß, mit einem Pulver darin. Das Pulver war rosig, fein. Duftete auch nicht schlecht, vielleicht nach Houbigant, vielleicht nach Rosen.

Nach den ersten Tagen der Freude und des Jubels begannen die Gußjews zu raten, was das wohl für ein Pulver sei. Sie rochen daran, zerkauten es zwischen den Zähnen, streuten es auf Feuer, konnten aber nicht darauf kommen, was es sei.

Sie trugen es im ganzen Haus umher, zeigten es den Arbeiterstudenten und der übrigen Intelligenz im Hause, konnten jedoch nichts in Erfahrung bringen.

Viele meinten, es sei Puder. Andere wieder erklärten, es sei feines, deutsches Talkum, um Säuglinge damit einzustreuen.

Gußjew sprach:

„Feines deutsches Talkum kann mir nichts nützen. Säuglinge habe ich nicht. Lassen wir es Puder sein. Ich will mir nach jedem Rasieren die Schnauze damit einstauben. Man muß doch einmal im Leben auch ein bißchen kultiviert leben."

Er rasierte sich also und puderte sich. Ging nach jedem Rasieren rosig umher, blühend, geradezu voll Wohlgeruch.

Ringsum natürlich Neid und Fragen.

Man muß sagen, Gußjew förderte wirklich die deutsche Produktion. Lobte viel und heiß die deutsche Ware.

„Wie viele Jahre," sagte er, „habe ich meine Persönlichkeit mit allerlei russischen Abfällen entstellt, endlich bin ich aufs richtige gekommen. Wenn mir," sagte er, „dieses Puder einmal ausgeht, weiß ich wirklich nicht, wie ich leben werde. Ich werde mir rein eine neue Schachtel bestellen müssen. Sehr feine Ware."

Nach einem Monat, als der Puder zu Ende ging, kam ein bekannter Intelligenzler Gußjews, diesen besuchen. Beim Tee machte er sich's bequem und las die Schachtelaufschrift. Es war ein Mittel gegen Flöhe.

Einen anderen, weniger lebensfreudigen Menschen hätte natürlich dieser Umstand erdrückt. Vielleicht hätte sich auch die Fratze bei einem weniger lebensfreudigen Menschen vor überflüssiger Aengstlichkeit mit Zinnen und Pickeln bedeckt. Aber Gußjew war nicht von dieser Art.

„Also das lasse ich mir gefallen," sagte er. „Das nenne ich Qualitätserzeugnis. Das nenne ich Errungenschaft. Das ist Ware, kein Krimskrams. Willst du, kannst du die Schnauze einstreuen, willst du, kannst du Flöhe einpudern. Taugt für alles. Und was gibt's bei uns?"

Und noch einmal lobte Gußjew die deutsche Produktion und sprach:

„Drum schau ich immer — was soll das nur? Ich pudere mich nun schon einen Monat lang und kein einziger Floh hat mich gebissen. Meine Frau, Madame Gußjew, beißen sie. Auch meine Buben kratzen sich den ganzen Tag. Und ich gehe umher, als wenn nichts wäre. Wenn sie auch Insekten sind, sie spüren doch, die Hundskerle, was gute Produktion wert ist. Ja, ja ..."

Jetzt ist der Puder bei Gußjew zu Ende. Wahrscheinlich beißen ihn die Flöhe wieder.

(Deutsch von J. Borissoff.)

J. Ries: Deutsche Schriftreformbewegung

Auf dem Gebiete der deutschen Schrift ist eine Revolution bemerkbar geworden. Abseits in deutschen Landen suchen hauptsächlich unter Führung der Volksschullehrer die Regierungen die bisher gepflegte und geübte „Deutsche Schrift" in die Geschichte der Vergangenheit versinken und eine neue Schriftform entstehen zu lassen. Bis 1931 soll allgemein die neue deutsche Schrift als lebensfähiges Kind geboren sein und Allgemeingut des heranwachsenden Geschlechtes werden, das heißt mindestens der allgemeinen Volksschüler. In Norddeutschland ist man auf diesem Gebiete schon etwas vorgerückt, indem man dort schon verschiedene Schreibzeichensysteme zur Probeeinführung gebracht hat. Auch in Süddeutschland sind Männer am Werk, jeder sein Steckenpferd reitend und damit auch seinen Namen gern hörend, moderne Schriftart zu propagandieren.

Ein heißer Streit in Wort und Schrift entbrennt schon um das allein selig machende System; denn es scheinen hier nicht nur pädagogische, sondern auch geschäftliche Fragen und Vorteile mit im Spiele zu stehen. Sache der Behörde müßte es nun sein, den klaren Blick bei dieser neuen Heillehre nicht durch die modern pädagogische Schriftanpreisung trüben zu lassen und das Volksschulkind als Versuchskaninchen zu Reklamegeschäften zu verwenden; denn das Experimentieren ist bald zur Modesache in der Volksschule geworden.

Zugegeben muß auch von dem eingefleischtesten Konservativen der Anhänger unserer alten deutschen Schrift werden, daß unsere Schrift dem modernen Weltverkehr und dem zeitgemäßen Wirtschaftsleben angepaßt werden muß, wollen wir Deutsche nicht durch unsere Schrift, auch auf diesem Gebiete, die Sünde der verpaßten Gelegenheiten auf uns laden. Entscheidend ist es aber in dieser Frage, ob man nicht durchgreifend sich auch in der Schrift weltpolitisch und weltwirtschaftspolitisch orientieren soll und die jetzige Schrift, wie es auch andere und noch viel ältere Kulturvölker getan haben, den Geschichtschreibern und Altertumsforschern hinterlassen soll. In der Politik, in der Wirtschaft, im Staat und in der Bildung streben wir, Weltgesichtskreis zu erlangen, warum sollte dann unsere Schrift allein ein Hemmnis des weltpolitischen Verstehens und Kennenlernens sein? Ist es nötig, daß allein das Volksschulkind zweierlei Schreibschrift üben und kennen lernt; während das Kind der sogenannten besseren Schichten schon heute immer mehr sich die sogenannte lateinische Schrift zu seiner Korrespondenzschrift zu eigen macht? Achtzig Prozent aller in Deutschland geschriebenen Korrespondenz wird heute schon, ob mit Schreibmaschine oder mit der Hand, in lateinischer Schrift geführt, und nur der deutsche Volksschullehrer und das Proletarierkind verkünsteln sich in der sogenannten Deutschen Schrift. Selbst im amtlichen Schriftverkehr hat sich nahezu vollständig die Lateinschrift zur Amtsschrift entwickelt, und zwar nicht gewollt, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen, weil sie im internationalen Verkehr zur leichteren Verständigung führt und weil sie flüchtiger und gefälliger schreibbar ist.

Im Interesse des gesamten Volkes, der Weltgeltung und Völkerverständigung wäre es wohl das Gegebenste, wenn nur eine Schrift von allen Völkern geschrieben würde, und das könnte nur die Lateinschrift sein. Viele orientalische Völker haben diese zeitgemäße Forderung erkannt und sich die Lateinschrift als Amtsschrift und Schulschrift zu eigen gemacht. Oder sollten wir auch auf diesem Gebiete aus nationalistischen Gründen wieder die Zeit verschlafen wollen und erst durch die Not oder durch einen fremden Diktator zur Einsicht gebracht werden? Darum ist es Pflicht der Regierungen, auch hier Führer zu sein und nicht abzuwarten, bis die Federfabrikanten, Bücherschreiber und egoistischen Streber ihre Geschäfte, aber nicht zum Nutzen des Deutschen Staates, Volkes und der Jugend gemacht haben. Aber auch der deutsche Bauer und Arbeiter müßte sich um diese Frage lebhaft interessieren und müßte es sich verbitten, daß gerade ihm eine neue „nationale" Schrift aufoktroyiert werden soll, während die sonst nationalen Kreise ihre internationale Schrift als Eigengut weiter in Anspruch nehmen. Dann aber auch sorge man dafür, daß dem Kinde des werktätigen Volkes sein Schulsack nicht mit allen möglichen Experimentiertafeln angefüllt werde, sondern daß es ein gediegenes Allgemeinwissen und Können mit auf seinen Lebensweg erhalte, auf daß die Klagen der Mittel- und Handelsschulen, wie auch der Kauf-, Handwerks- und Geschäftsleute, über das mangelhafte Wissen, vor lauter phrasenhaftem Geschwätz, verstumme.

Fronleichnamszauber

Kulturbild aus dem schwärzesten Oesterreich

Jäh schrecke ich auf. Was gibt's? Krachende Schüsse lassen alle Fenster klirren. Meine kleinen Kinder schreien angstvoll. Noch ist's kaum Tag.

Ja so: Fronleichnam! Der höchste Festtag der katholischen Welt. Da wird aus Böllern geschossen vom ersten Tagesgrauen an. In wochenlangen Verhandlungen habe ich wenigstens erreicht, daß die Kanonen nicht direkt hinter meinem Garten aufgestellt wurden und ihren Ziegelgrus uns in den Morgenkaffee streuten.

Es gibt Landesgesetze. Doch kein Deubel schert sich darum. Ich sehe Most und Schnaps und die Kanoniere in grüner Festtracht mit roten Gesichtern hantieren. Krach—bumm!!

Von der Kirche kommt das Zeichen. Mitten hinein in die heiligste Handlung wird der Donner gepfeffert, daß es nur so „scheppert". Da kann man so recht andächtig sein, wenn Kelch und Kruzifix klirren und das Gestühl bebt.

Denn das ist ja noch der alte Lärmzauber, der die Dämonen verscheucht, das Unheil von der Ernte fernhält. Hier haben wir uralte heidnische Gründe christlicher Bräuche.

Ach, und da kommt die Prozession aus der Kirche! Wimmelnde Scharen, paarweis hinter dem geistlichen Pomp daherziehend, die Frauen in Wolle vom Kinn bis zur Ferse, dunkelbraun und schwarz, die Mädchen, die den Baldachin tragen, erhitzt, dem Gehirn- und Hitzschlag nahe, arme Hascher, die „züchtig" in langen schwarzen Strümpfen und hochgeschlossenen Wollkleidern stecken, — ach, und wieviel durch Inzucht und Most verkümmerte Gestalten unter beiden Geschlechtern!

Krach—bumm! Die Böller dröhnen, die Glocken lärmen, um die Dämonen des Marxismus zu scheuchen, die allenthalben lauern, teufelskrallig ...

Schon warten Lebzelter, Karussell und Schießbuden, Mostschänke und Tanzboden. Heute, am allerheiligsten Tage, muß etwas draufgehen zur Ehre der allerhöchsten Herrschaft.

Die Männer stehen im politischen Gespräch beieinander. Der nächste Heimwehraufmarsch ist das Gesprächsthema. Ob der Republikanische Schutzbund wieder gleichzeitig demonstriert? Das ist das Hauptinteresse. Denn es verspricht wieder einen Festtag, ein kriegerisch-prunkvolles Herummarschieren mit Fahnen und Trompeten und einem kühlen Trunk gratis aus der Vereinskasse...

Das ist das Unglück dieses schönen Landes: daß die schwarze Herrschaft, aufs engste verbündet mit dem Heimwehraufgebot der katholischen Länder, keine parlamentarische Verständigung vollziehen kann mit dem „inneren Feinde", der vom roten Wien aus, wo unsere Jugend sich jetzt versammelt, dem schwer ringenden Vaterlande — den inneren Frieden bringen will.

4000 Jahre Spargel

„Eine liebliche Speis' für Leckermäuler" — so hat der älteste der deutschen Pflanzenväter, der Geistliche Hiernonymus Bock, in seinem 1539 erschienenen „Neuen Kräuterbuch", das eine Fülle von unbekannten Gewächsen erschloß, den Spargel genannt, und dieses Wort findet noch heute Widerhall in den Herzen aller derer, die eine feine Zunge haben; denn wir alle haben uns heute an dieses „Leckerbißlein" gewöhnt, von dem Bock noch berichtet, es sei eben erst von den Welschen und den Spaniern zu uns gekommen. Doch wenn auch der Genuß des Spargels bei uns noch verhältnismäßig jung ist, so blickt diese Gemüsepflanze doch auf ein Jahrtausende währendes Alter zurück. Die alten Aegypter kannten bereits die Kunst, diese wildwachsenden Stengel in den Gärten zu veredeln und die jungen saftigen Sprossen, die auch Pfeifen genannt werden, möglichst lang und fleischig zu erhalten. Unter den Opfergaben, die in einem der ältesten Bauwerke des Nillandes, in der Stufenpyramide von Sakkara abgebildet sind, werden in einem Stilleben auf einem Tisch neben Feigen, Kürbissen und Melonen auch schön zusammengebundene dicke Spargel dargestellt, um dem Verstorbenen, der gewiß im Leben ein großer Spargelfreund gewesen war, dies Lieblingsgericht auch im Tode darzubieten. Der Name Spargel, der aus dem griechischen Asparagos stammt, bedeutet eigentlich soviel wie der nicht Gesäte, weil man ihn schon bei den Hellenen durch Stecklinge fortpflanzte. Der Spargel, der im alten Griechenland auch als Heil- und Zaubermittel benutzt wurde, kam mit den griechischen Ansiedlern nach Unteritalien und von dort zu den Römern. Der ältere Cato behandelt in seiner Schrift über den Landbau, die etwa um 180 v. Chr. erschien, die Zucht des Spargels noch als etwas Neues, während ein Jahrhundert später Plinius und Columella das Sammeln des wildwachsenden Spargels empfehlen, da er als Arznei wirksamer wird. Plinius spricht auch davon, daß der Spargel jetzt künstlich „gemästet" werde, und zwar sei der in Ravenna gezogene so dick, daß drei Stück zusammen ein Pfund wiegen. Daß die Römer der Kaiserzeit den leckeren Spargel auf ihrer Tafel nicht fehlen ließen, zeigen u. a. die Wandgemälde von Pompeji, auf denen die prächtigsten Spargelstangen höchst naturgetreu abgebildet sind.

Die Veredelung des Spargels diente sogar zu einem sittlichen Symbol, wenn wir aus dem Altertum hören, daß Neuvermählte sich mit Kränzen aus Spargelkraut schmückten, um anzudeuten, daß, so wie der wilde Spargel durch die Kultur verfeinert wurde, auch Ehe und Familie die Sitten der Völker veredle. Der Anbau des Spargels bedarf sorgsamer Pflege und reicher Düngung, und so ließ man sich in Deutschland auf diese anspruchsvolle Zucht erst verhältnismäßig spät ein. Die ersten Anweisungen zur Kultur des Spargels gab unter Hinweis auf den alten Cato der pfälzische Leibarzt Tabernaemontanus. Um diese Zeit wurden die ersten Spargelbeete im Stuttgarter Lustgarten angelegt, und bald wird berichtet, der Spargel werde im „Rheingau bei Wennhagen auf den feuchten Wiesen so überflüssig gezogen, daß man ihn zur Speis' genugsam bekommen könnte". Im 17. Jahrhundert drang der Spargel auch in Norddeutschland mehr und mehr in die feine Küche ein. Besonders war Leipzig ein wichtiger Ort der Spargelzucht, und die Kaufleute, die zur Sommermesse nach Leipzig kamen, nannten sie nach dem größten Genuß, der hier ihrer harrte, die „Spargelmesse". Während der Spargel als Heilpflanze immer mehr zurücktrat, wurde er als feines Gemüse immer mehr geschätzt, und zur Zeit Friedrichs II. gab es auch schon in Berlin große Spargelkulturen, die sich freilich mit den heutigen Plantagen noch nicht messen konnten. Die Feinschmecker verpönten die Zubereitung als Salat und verlangten den Spargel so zubereitet, wie ihn schon John Gray im 17. Jahrhundert seinen Landsleuten empfohlen hatte: „Die Sprossen des Spargels, leicht gekocht und mit Butter angerichtet, empfehlen sich dem Gaumen durch den köstlichen Geschmack." Die ganz feinen Leute essen bekanntlich nur die Spargelköpfe, und zwar bevorzugt man in Frankreich, Italien und auch in Süddeutschland die Köpfe, die schon von der Sonne grün oder violett gefärbt sind und durch die größere Menge von Asparagin, die sich in ihnen angesammelt hat, einen etwas herberen Geschmack besitzen.

Röntgen-Kinematographie

Am Dienstag veranstaltete die Deutsche Kinotechnische Gesellschaft E. V. im Ingenieurhaus ihre 77. Sitzung, die sich mit den Fragen der Röntgen-Kinematographie befaßte. Dr. med. Gottheiner sprach zunächst über deren medizinische Bedeutung und führte aus, daß es der Einführung des Kinematographischen Verfahrens auf dem Gebiet der Röntgenologie vorbehalten sein werde, auch physiologische Vorgänge im Innern des menschlichen Körpers dem Blick des Arztes zugänglich zu machen. Dem bisherigen photographischen Röntgenbild hat der große Mangel angehaftet, immer nur ein Augenblicksbild zu geben, das für die Diagnose naturgemäß nur in beschränktem Maße Aufschlüsse geben konnte. Die Versuche, auf kinematographischem Wege die Durchleuchtungsbilder festzuhalten, gehen schon auf Jahrzehnte zurück. Die große Schwierigkeit liegt einmal darin, daß man nicht wie beim gewöhnlichen Filmverfahren die Lichtquelle beliebig verstärken kann, ohne die gefürchteten Verbrennungserscheinungen zu erhalten. Mithin hat man sich auf Verwendung lichtstärkster Objektive und Negative beschränken müssen. Die andere Schwierigkeit liegt darin, daß sich die Röntgenstrahlen durch kein Linsensystem brechen lassen und daß deshalb eine direkte Verkleinerung nicht möglich ist. Man hat bei dem direkten Aufnahmeverfahren Filmstreifen von etwa 30 Zentimeter Breite verwenden müssen, wodurch sich nicht nur technische Schwierigkeiten ergaben, sondern auch unverhältnismäßig hohe Kosten. Das neue Verfahren Dr. Gottheiner-Jacobsohn nimmt auf indirektem Wege das sich auf dem Fluoreszenzschirm ergebende Bild auf. Dieses Verfahren bietet erstmalig die Möglichkeit, einen ordnungsgemäßen Unterricht in der Röntgenologie durchzuführen und eröffnet auch der wissenschaftlichen Forschung neue Wege.

Eine Riesenkalksperre wird jetzt am Saluda-Fluß, 16 Kilometer von Kolumbia in Süd-Karolina errichtet. Die Anlage liefert nach einem Bericht der „Umschau" das Wasser für ein Elektrizitätswerk von 300 000 PS. Die Sperre besteht in einem gewaltigen Erddamm, der 69 Meter hoch, am Grunde 400 Meter breit und etwa 2400 Meter lang ist. Ueber die Dammkrone soll eine breite betonierte Fahrstraße führen. Der Stausee wird 65 Kilometer lang und an der breitesten Stelle über 22 Kilometer breit sein; er bedeckt bei vollkommener Füllung eine Fläche von 215 Quadratkilometern und faßt genug Wasser, um das Werk auch bei einer halbjährigen Trockenheit in Betrieb zu erhalten.

Großer Verkauf! Spitzen

Weißwaren · Handschuhe

Weißwaren

Bindekragen a. Voll-Voile, weiss, champagne.... Stück 65 Pf.
aus kunstseidenem Rips, in vielen Farben.............. 95 Pf.

Bindekragen aus Doppel-Crêpe de Chine, reine Seide, od. Doppel-Crêpe Georgette, reineSeid.,gr.Farbsort.,St. 1.45

Bindekragen aus Crêpe de Chine, mit aparter Spachtelzacke garniert, viele Farben.................. 1.95

Bindekragen aus Crêpe de Chine u. Manschetten m. Schlingengarnierung, sehr apart..............Garnitur 2.75

Capuchon-Kragen a. Bretonne-Spitze.....95 Pf. als Garnitur, Krg.u.Mansch. 1.95

Capuchon-Kragen Voile, mit breiter Spachtelspitze 1.75

Capuchon-Garnitur a. Crêpe deChine, m. apart. Spachtelzacke, Krag. u. Manschett. 2.25

Weisses Zipfeltuch aus Crêpe de Chine, reine Seide 2.45
bunt, in schönen Farben und Mustern...................... 3.90

Buntes Cachenez für Damen aus Crêpe de Chine, apart. Farb. und Muster, ca. 90×90 cm... 5.50
in glatt-weiss Crêpe de Chine, reine Seide................ 3.90

Spitzen

Wäschespitzen weiss und ecru... Meter 12, 18, 25 Pf.

Wäschespitzen zum Einarbeiten, Meter 25, 45, 65 Pf.

Valenciennes-Spitzen und -Einsätze..........Coupon ca. 5⅓ Meter 35, 45, 55 Pf.
Einsätze bis 6 cm breit...... Meter 12 Pf. | Spitzen bis 10 cm breit..... Meter 25 Pf.

Wäscheansätze mit Spitze kombiniert, Meter 35, 45, 65 Pf.

Klöppelspitze u. Einsätze für Wäsche, Meter 5, 8, 10 Pf.

Feine chinesische Handspitzen ..Meter 35, 55 Pf.

Leinenspitzen u. Einsätze handgeklöppelt, ca. 6 cm breit.............. Meter 95 Pf. 1.25 1.45

Gardinenansätze Maschinenklöppel, Ramieleinen, ohne Franse, ca. 50 cm breit....... Meter 1.90

Gardinenansätze mit handgeknüpfter Leinenfranse, ca. 65 cm breit............... Meter 2.85

Gitterstoff dazu passend, Ramieleinen ca. 160 cm breit........... 3.50 | ca. 200 cm breit, Meter 4.50

Kleiderspitzen moderne Farben und Muster, ca. 25—30 cm breit Meter 1.25 | ca. 45—60 cm breit Meter 1.65

Schmale kunstseidene Spitzen u. Einsätze in vielen Farben Serie I..Meter 25 Pf. | Serie II Meter 45 Pf. | Serie III Meter 95 Pf.

Gardinen-Gitterstoff, Baumwolle, in weiss und ecru, ca. 150 cm breit, Meter 2.25 | ca. 300 cm brt., Mtr. 4.25

Stickereicoupons verschiedene Muster, enorm billig
Coupon ca. 2¼ u. 3 Meter, durchweg 95 Pf. | Coupon ca. 4½ Meter 1.25 1.65

Handschuhe

Damen-Handschuhe Leinen imitiert oder schwedisch imitiert, mit modern. Manschette 95 Pf.

Damen-Handschuhe Leinen imitiert, Spezialqualität „Hertie", 2 Druckknöpfe.......... 1.65

Damen-Handschuhe Kunstseide, mit Umschlagmanschette.............. 2.90

Damen-Handschuhe Waschleder, waschbar mit Wasser und Seife, mit 2 Perlmutterknöpfen 3.90

Damen-Handschuhe Ziegenleder, feine Qualität, mit 2 Druckknöpfen, in weiss und farbig................ 4.90

Garant. Kunstseide SIAG Seidenstrümpfe
Kunstseide
In vielen Modefarben, Goldstempel... Paar 2.90
In allen unseren Häusern erhältlich.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Strasse * Brunnenstrasse * Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Strasse * Andreasstrasse

---

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst. 30. 5. **Staats-Oper** Unter d. Linden. A.-V. 138. 19 Uhr **Schatzgräber**

Donnerst. 30. 5. **Städt. Oper** Bismarckstr. Turnus IV. 20 Uhr **Sly**

Staats-Oper Am Pl.d.Republ. R.-S. 118. 19½ Uhr **Carmen**

Staatl. Schausp. am Gendarmenmarkt. A.-V. 127. 20 Uhr **Maß für Maß**

Staatl. Schiller-Theater, Charlb. 20 Uhr **Kalkutta, 4. Mai**

SCALA
8 Uhr B 5 Barbarossa 9256
The Jovers und weitere Varieté-Neuheiten

PLAZA
Am Küstriner Platz. Alex. 8066—68
Tägl. 5 u. 8¹⁵: Intern. Varieté
Vorverkauf stets für die laufende Woche inkl. Sonntag

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr
Stettiner Sänger
u. a. „Eine Nacht im Kaiserweinkeller".
Sommerpreise: 60 Pf. bis 2 M.

Dönhoff-Brettl: (Saal und Garten)
Varieté — Konzert — Tanz.

Winter Garten
8 Uhr • Zentr. 2810 • Rauchen erlaubt
Große Internat. Varieté-Schau.

Renaissance-Theater
Hardenbergstr. 6. Tl.: Steinpl. 001 u. 2583/84
8¼ Uhr Täglich 8¼ Uhr
Die heilige Flamme
Regie: Gustav Hartung.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
„Mütter von heute"
und ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser: Gutschein für 1—4 Personen Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M. Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Rose-Theater Gr. Frankfurter Straße 132. Tel.: Alex. 3422.
Täglich 8.15 Uhr: **Spiel im Schloss.**
Gartenbühne: Täglich 5.30 (Sonntag 5 Uhr) Konzert und Bunter Teil.
Täglich 8.15 Uhr **Ein Walzertraum**
Gr. Operette in 3 Akten v. Oscar Straus.

Lessing-Theater Täglich 8¼ Uhr **„Die Frau des Andern"**

Theater am Nollendorfplatz Täglich 8¼ Uhr **Die Männer der Manon** Operette in 3 Akten v. Walter W. Goetze

Trianon-Th. Täglich 8¼ Uhr **Casanovas Sohn** Lustspiel von Rudolf Lothar.

Planetarium am Zoo Vorträge Joachimsthaler Straße. B. 5 Barbarossa 5578.
16½ Uhr Sternbilder des Frühjahrs
18¼ Uhr Wunder des südlichen Himmels
20¼ Uhr Sternhimmel und Weltbau
Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf. Mittw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

„Wo speist man gut u. billig? Nur Groß-Berlin Alexanderplatz.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Trojaner**

Thalia-Theater 8¼ Uhr **Pfarrhauskomödie**

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Kalkutta, 4. Mai**

Theater am Schiffbauerdamm. Norden 1141 u. 281. Täglich 8 Uhr **Dreigroschen-Oper** Neher, Valetti, Thimig, Lvovsky, Leidoff, Steckel

Barnowsky-Bühnen Theater in der Königgrätzer Straße Täglich 8¼ Uhr **Rivalen**
Komödienhaus Täglich 8¼ Uhr **Charleys Tante** mit Curt Bois.

Berliner Theater Direkt. Heinz Herald Charlottenstraße 90. A. 7. Dönhoff 170. 8¼, Ende 10¼ Uhr. Täglich **Die fünf Frankfurter** von Carl Rössler. Regie: Eugen Robert.

Dtsch. Künstler-Th. 8¼ Uhr **Prosit Gipsy** Operette v. Gilbert. Agnes Esterhazy, Fritz Schulz. Rundfunkhörer halbe Preise

Kleines Theater Täglich 8¼ Uhr **Naß oder trocken?** nach dem Amerikanischen von Frank Green. Musikalische Illust. Fr. Holländer. Regie: Fr. Friedmann-Frederich.

Deutsches Theater D. 1. Norden 12 310. 8 U., Ende geg. 10½ **Die Gefangene** Schauspiel von Edouard Bourdet. Regie: Max Reinhardt.

Die Komödie 11 Bismck. 2414/7516. 8¼, Ende geg. 10¼ U. **Der Mann, der seinen Namen änderte** 3 Akte von Edgar Walace. Regie: Heinz Hilpert

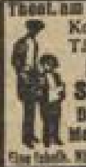
Kammerspiele D. 1. Norden 12 310. 8¼ U. Ende nach 10 **Aufgang nur für Herrschaften** Kleine Komödie von Siegfried Geyer

Lustspielhaus 8¼ Uhr **Guido Thielscher** **Weekend im Paradies**

Thalia-Theater Dresdener Str. 72-73. 8¼ Uhr **Pfarrhauskomödie**

Theat. d. Westens Täglich 8¼ Uhr. Sonntag 3½ u. 8¼. Franz Lehars Welterfolg! **Friederike** Carola Toelle, Kammersänger Hanns Wilhelm

Theat. am Kottb. Tor Kottb. Str. 6. Tägl. 8 Uhr **Elite-Sänger** Das neue Mai-Progr.



Eine fabelh. Möbelbrücke!

METROPOLTHEATER 8: Nur noch 2 Tage! **Lustige Witwe** Hesterberg, Heidemann, Jankuhn, Kiloot, Junkermann, Schaeffers.

GR. SCHAUSPIELHAUS 8 Nur noch 2 Tage! **Der liebe Augustin** Christians, Karlweis, Lieske, Arno, Morgan, Westermeier.

Künstlerische Leitung: Erik Charell.

Bekanntmachung.

Gemäß Beschluß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vom 29. Mai 1929 wird für das Geschäftsjahr 1928 auf die Vorzugsaktien Serie IV und V eine Vorzugsdividende von 7% verteilt. Die Restdividende (3½%) wird ab 1. Juni 1929 ausgezahlt. Hierbei gilt 1 GM gleich 1 RM.

An die Inhaber von **Zertifikaten** Gruppe I und II der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie IV und V der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wird die Restdividende, die auf die durch die Zertifikate vertretenen Vorzugsaktien entfällt, unverkürzt (vermindert um den Steuerabzug vom Kapitalertrag) auf Dividenden-Bezugsschein Nr. 6 bezw. Nr. 2 vom 1. Juni 1929 ab bei den für die Einlösung vorgesehenen Zahlstellen ausgezahlt.

Berlin, den 29. Mai 1929.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung
Jahn.
Reichsbank-Direktorium
Dr. Hjalmar Schacht. Dreyse.

Rennen zu Grunewald
Donnerstag, den 30. Mai nachmittags 3½ Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmitglieder Achtung!
Freitag, den 31. Mai, findet keine Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung statt.
Die Auszahlung der Liquidationen erfolgt beim Kollegen Schmidt in der Zeit von 3—6 Uhr nachmittags.
Die Ortsverwaltung.

Groß-Möbelfabrik
Für Möbelsuchende besondere Gelegenheit. — An Private verkauft zu günstigen Preisen: Speise-, Herren- und Schlafzimmer in erstklassigen Holz- und Stilarten. Hervorragende Werkstattarbeit. 5 Jahre Garantie. Auf Wunsch auch Zahlungserleichterung.
Anfragen erbeten unter: Chiffre 84 an Ann.-Exped. Löw & Steiner, Berlin W 8, Jägerstraße 62a.

Kostproben gratis!
Ausschank vom Faß

Feinste Maibowle	Liter 0.95
Erstklassiger Dessert-Apfelwein, süß	„ 0.75
Hochwert. Dessert-Johannisbeerwein, süß	„ 0.95
Hocharomatisch. Dessert-Kirschwein, süß	„ 1.25
Hocharomat. Dessert-Erdbeerwein, süß	„ 1.45
Echter Tarragona, süß	„ 1.35
Echter Malaga, dunkel, süß . . .	„ 1.60
Echter Griechenwein, süß	„ 1.40
Echter Insel-Samos, hell, süß . . .	„ 1.90
Echter Wermuth-Wein, süß	„ 1.85
Echter Douro-Portwein, süß	„ 2.80
Echter Pepsinwein für Kranke . . .	„ 2.60
Echter Tafelaquavit 35%	„ 2.95
Echter Weinbrand-Verschnitt 38% . . .	„ 3.20
Echter Getreidekorn ca. 40% . . .	„ 3.60
Echter Weinbrand, ganz rein ***Stern	„ 4.20
Hochwertige Edel-Liköre bis 38% . .	„ 4.45

Achtung! 1 Liter enthält ³⁄₁₀ mehr als eine ¹⁄₁ Flasche

Feinste Rot- und Weißweine	von Fl. 0.95
10 000 Fl. 25. weißer süßer Bordeaux . . .	„ 1.45
15 200 Fl. Liebfraumilch u. Niersteiner . . .	„ 1.35

Eduard Süßkind
Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland
Hauptgeschäft: Berlin N 31, Brunnenstr. 42
Filialen und Verkaufsstellen:

Berlin, Müllerstr. 144	Steglitz, Schloßstraße 121
Berlin, Chausseestr. 76	Spandau, Potsdamer St. 23
Berlin, Petersburger Str. 60	Pankow, Wollankstr. 98
Berlin, Koppenstr. 87	Neukölln, Berliner Str. 13
Berlin, Grünauer Str. 18	Moabit, Wilsnacker Str. 25
Köpenicker Straße 121	Prenzlauer Allee 50
Wilmersdorfer Straße 157	Martin-Luther-Straße 86

Oberschöneweide, Wilhelminenhofstraße 40
Schöneberg, Kolonnenstraße 9, Ecke Feurigstraße
Berlin, Wismarplatz 1, Ecke Boxhagen. Str.
Kruken, Flaschen usw. werden geliehen

Unserem Parteifreund
Georg Hauf nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Genossen der Firma H. Gerson.

Ein sanfter Tod erlöste nach längerem Leiden am Dienstag, dem 28. Mai, abds. 10½ Uhr, unseren innigstgeliebten, herzensguten Vater, Schwieger- und Großvater, den Pianofortefabrikanten
Heinrich Noeske
im 79. Lebensjahre.
Um stilles Beileid bitten
Heinrich Noeske, Willi Heyse und Frau Gertrud, geb. Noeske, Albert Geldewitz und Frau Wilhelmine, geb. Noeske, Willi und Gerhard als Enkelkinder.
Berlin, den 29. Mai.
SO. 36, Grünauer Str. 21, III.
Die Einäscherung findet am 3. Juni, nachmittags 2½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 28. Mai verstarb mein geliebter Mann, unser guter Vater und Großvater, der frühere Gastwirt
Hugo Haufe
im 76. Lebensjahre.
Dies zeigen in tiefer Trauer an:
Anna Haufe, geb. Döhring
Erna Huth, geb. Haufe
Fritz Huth u. Ethel Huth als Enkelkinder.
Die Einäscherung findet am Montag, dem 3. Juni, 18 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Else Strecker
geb. 8. Juli 1902, am 26. Mai an Lungenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 31. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes im Baumschulenweg aus statt.

Am 28. Mai starb an Unfallfolgen unser Kollege, der Metallarbeiter
Bernhard List
geb. 7. Juli 1908.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 1. Juni, nachm. 2½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage des Vorwärts und trotzdem **billig!**